INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

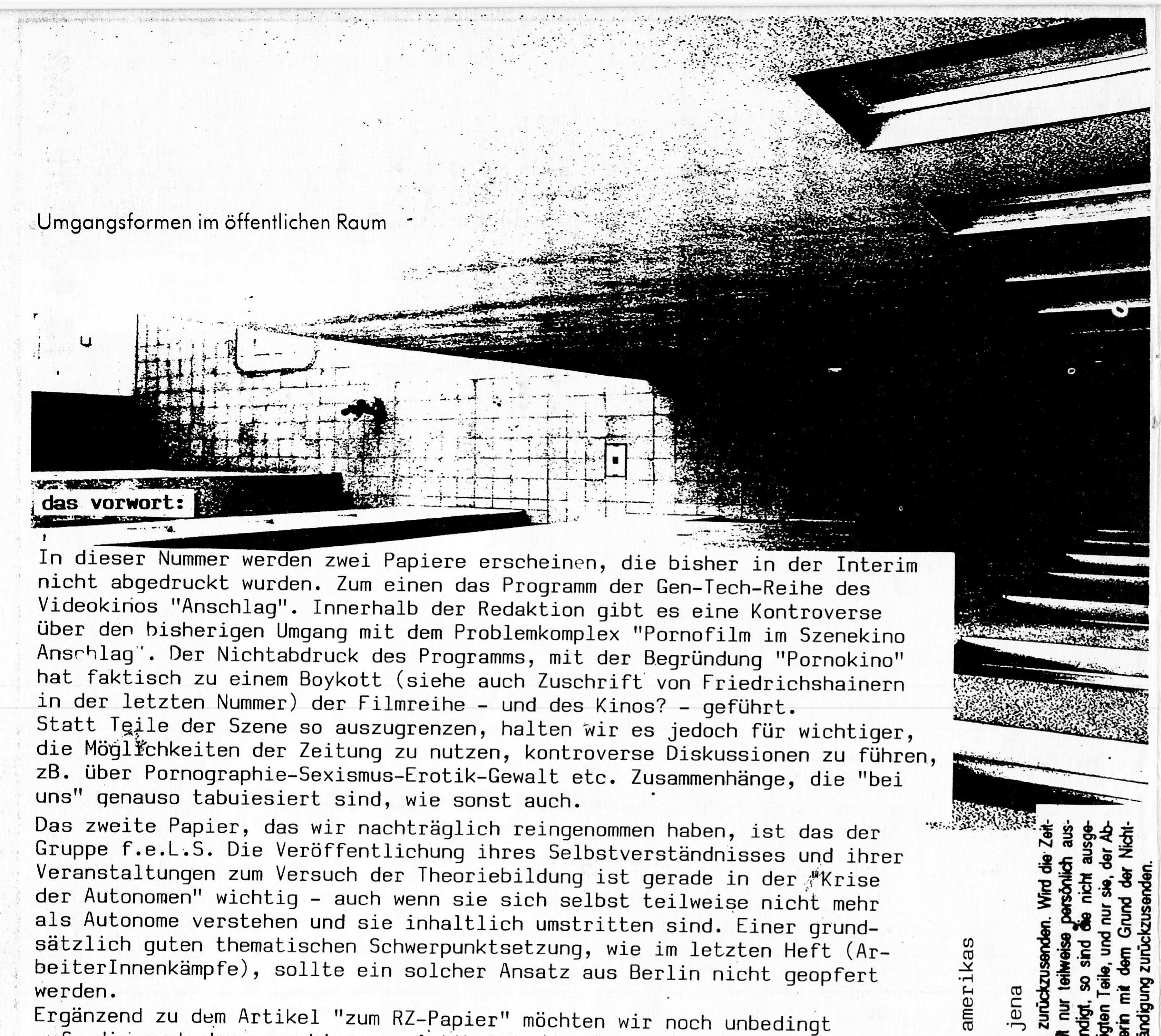
2 DM

auswärts 2,50 DM

GEGEN CHAUVI-NISMUS UND RASSISMUS

Nr. 180

13. Februar 1992



das vorwort:

In dieser Nummer werden zwei Papiere erscheinen, die bisher in der Interim nicht abgedruckt wurden. Zum einen das Programm der Gen-Tech-Reihe des Videokinos "Anschlag". Innerhalb der Redaktion gibt es eine Kontroverse über den bisherigen Umgang mit dem Problemkomplex "Pornofilm im Szenekino Anschlag". Der Nichtabdruck des Programms, mit der Begründung "Pornokino" hat faktisch zu einem Boykott (siehe auch Zuschrift von Friedrichshainern in der letzten Nummer) der Filmreihe - und des Kinos? - geführt.
Statt Teile der Szene so auszugrenzen, halten wir es jedoch für wichtiger, die Möglichkeiten der Zeitung zu nutzen, kontroverse Diskussionen zu führen, zB. über Pornographie-Sexismus-Erotik-Gewalt etc. Zusammenhänge, die "bei uns" genauso tabuiesiert sind, wie sonst auch.
Das zweite Papier, das wir nachträglich reingenommen haben, ist das der Gruppe f.e.L.S. Die Veröffentlichung ihres Selbstverständnisses und ihrer Veranstaltungen zum Versuch der Theoriebildung ist gerade in der "Krise der Autonomen" wichtig - auch wenn sie sich selbst teilweise nicht mehr als Autonome verstehen und sie inhaltlich umstritten sind. Einer grundsätzlich guten thematischen Schwerpunktsetzung, wie im letzten Heft (ArbeiterInnenkämpfe), sollte ein solcher Ansatz aus Berlin nicht geopfert werden.
Ergänzend zu dem Artikel "zum RZ-Papier" möchten wir noch unbedingt auf die auch dazu erschienenen Artikel in der Prowo vom Februar und im ak (Arbeiterkampf) vom Januar hinweisen.
P.S.: die neue RADI 145 ist jetzt in jedem gutsortierten Buchladen zu finden.

der inhalt:

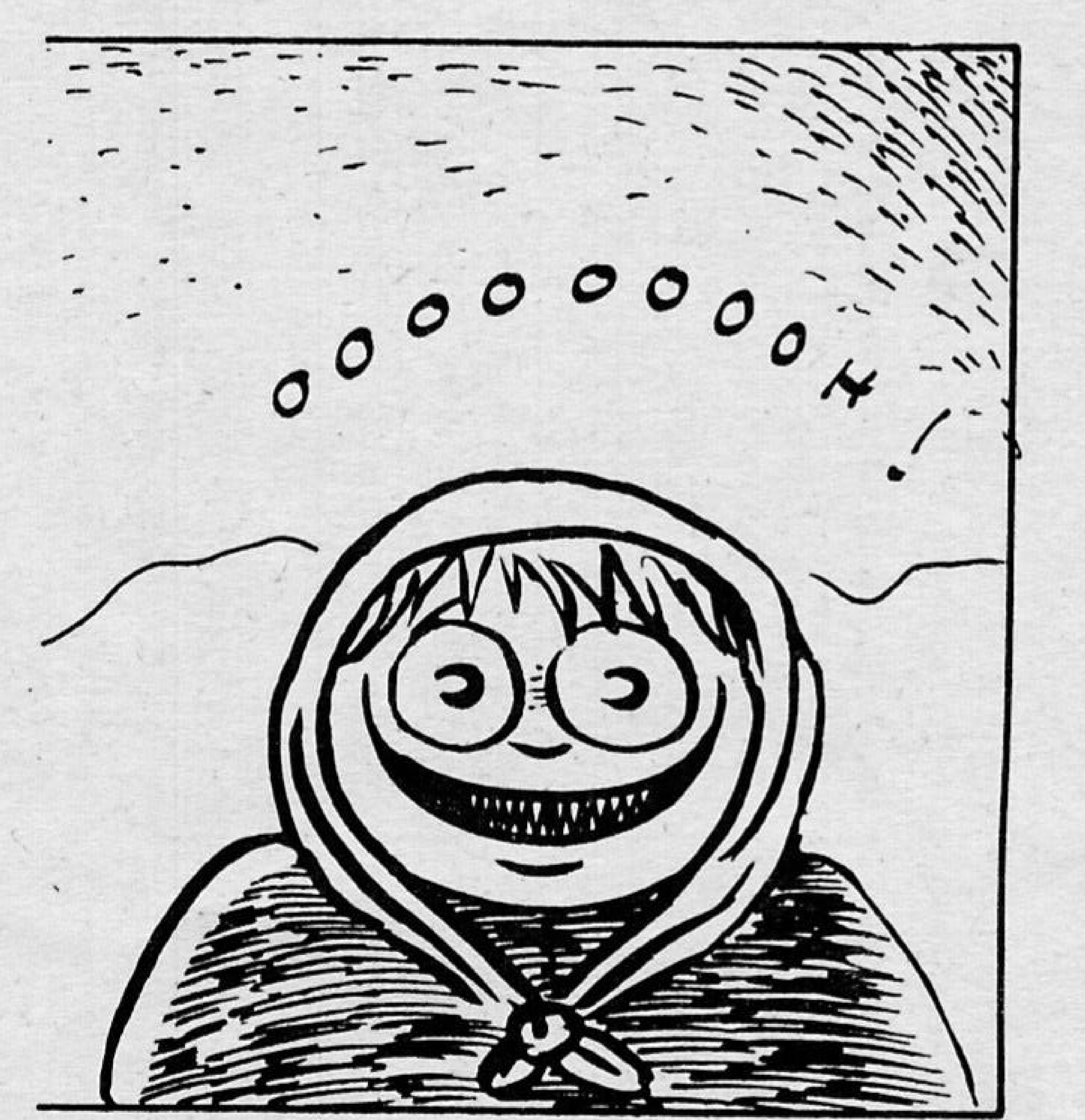
s.3 f.e.l.s.
s.5 zum neuen asog
s.6 filmreihe "gentechnologie"
s.7 "anschlag"-diskussion
s.8 räumung der johannisstr.8
s.9 der verfassungsschmutz in aktion
s.11 anquatschversuch in rudolstadt
s.12 zum rz-papier zu gerd albartus
s.17 diskussionspapier zur flüchtlingsarbeit (aus radi 145)
s.21 erklärung der flüchtlinge aus norderstedt
s.22 zwangsverteilung-ein beispiel
s.24 antifa passau - gegen dvu-treffen
s.25 wwg-kampagne / münchen
s.25 die militarisierung der ökologischen frage
s.29 egin-westsahara
s.30 briefwechsel lutz taufer-tübinger unterstützer
s.37 2.jobberInnen treffen
s.38 termine

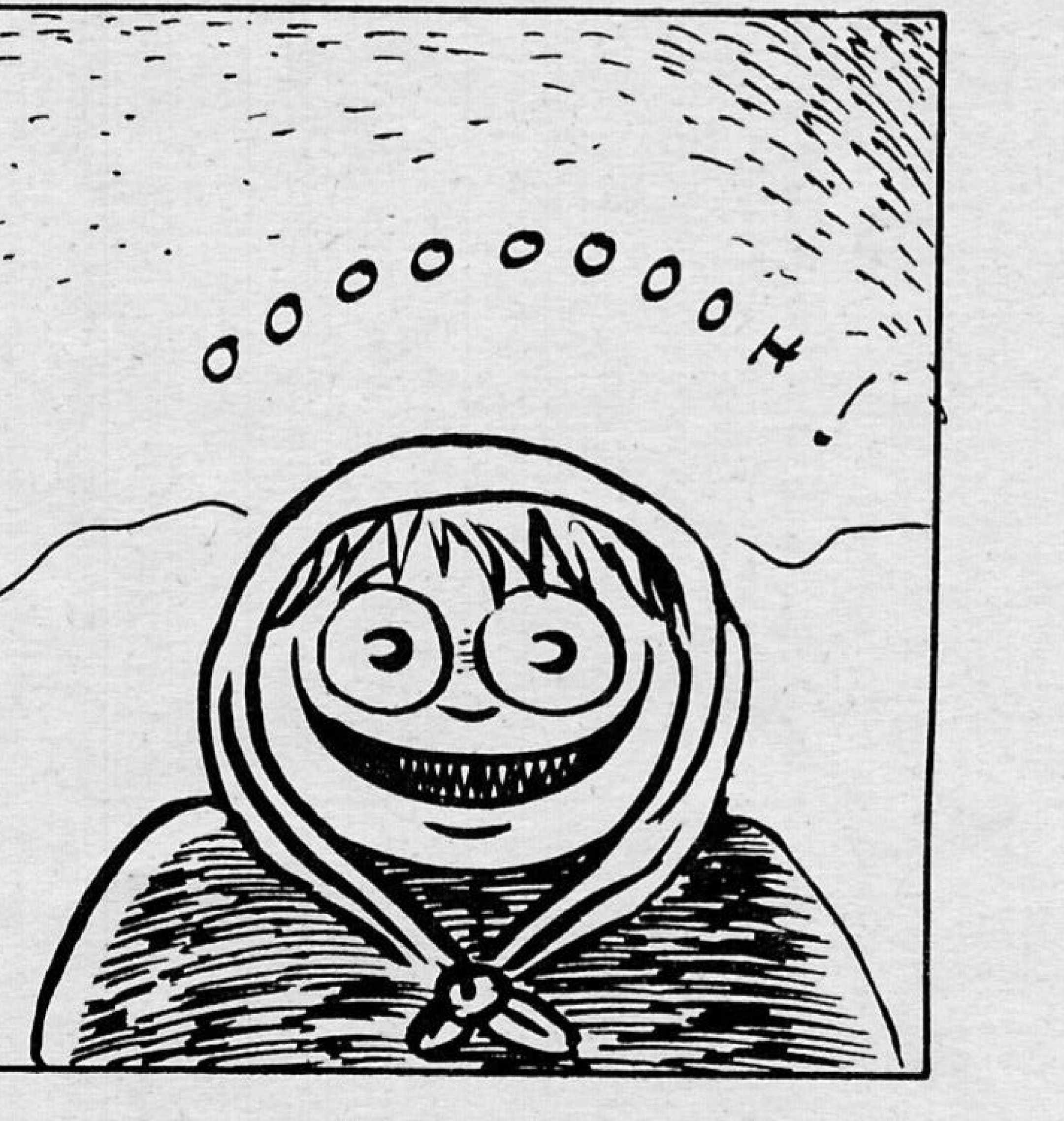
Impressum
Redaktionsanschrift: s. o.
Herausgeberin: Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

im ordner:

reaktionäre an der uni/hamburg
schülerInnen gegen terror/kiel
palästinagruppe w-bln zu uno resolution
antifa koblenz zu demo am 8.2. in koblenz
aktion gegen hubschrauber in niederlande
knastbedingungen in usa
sprühereien in heidelberg zu 500 jahre eroberung amerikas
antifa auseinandersetzung zur sag/Ffm/offenbach
thüringer infoblatt "streit" zu hausbesetzung in jena
libyeninfo aus hamburg

Seminarreihe der Lern-AG der Gruppe F.e.I.S





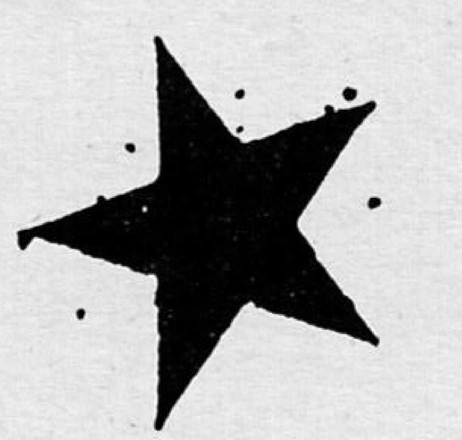
Das Projekt

Als Lern-AG der Gruppe FELS wollen wir in den nächsten Monaten eine Seminarreihe zu politischer Theorie und Organisationsmodellen machen. Im Abstand von 5-7 Wochen soll jeweils ein Samstag zu einem Thema gearbeitet werden. Im Gegensatz zu den szeneüblichen Veranstaltungen zu spezifischen Themen wollen wir durch die Seminare einzelne Grundfragen linker Politik über einen ganzen Tag vertiefen, d.h. über aktuelle Bewegungsbeschreibungen hinauskommen.

Die Idee zur Seminarreihe entstand aus Überlegungen zum Verhältnis von Theorie und Praxis in der Gruppe FELS; einerseits waren wir uns darin einig, daß der autonomen Bewegung, mit der viele von uns verbunden sind/waren, theoretische Grundlagen fehlen. Das heißt, daß notwendige Begriffe unbekannt sind, Halbwissen vorherrscht und sich die politische Bestimmung stark auf äußere Erscheinungsformen (Kleidung, Sprache usw.) beschränkt; zum anderen aber waren wir uns auch darin einig, daß eine Theorie, wie sie an den Unis betrieben wird, zum überwiegenden Teil auch nur der Profilierung dient und für eine politische Praxis bedeutungslos bleibt. Und zum Dritten bemerkten unsere GenossInnen aus der DDR, daß es Formen der Theorievermittlung gibt, die genauswenig über das Halbwissen hinauskommen, wie das einfache Ignorieren der Theorie. Einen befriedigenden Umgang mit Theorie konnte eigentlich niemand von uns in der Linken hier entdecken.-

Wenn wir also unserem Anspruch als Gruppe, nämlich zum Entstehen einer neuen linken Organisation beizutragen, gerecht werden wollen, dann können wir nicht einfach wie zahllose Zirkel des "wissenschaftlichen Sozialismus" im Hinterzimmer eine eigene theoretische Position erarbeiten, mit der wir danach die Szene beschießen...

Wir wollen die Aneignung von Theorie, die für uns einer von mehreren wesentlichen Bestandteilen für das Entstehen einer neuen linken Kraft ist, deshalb als offene und gemeinsame Entwicklung zugängig machen: Zwar bereiten wir unsere Seminare als AG gemeinsam mehrere Wochen vor, aber wir wollen nicht als SpezialistInnen auftreten, die ihren Standpunkt eindeutig geklärt haben. Die Seminare sollen Raum bieten für das gemeinsame Erobern einer Position, die natürlich keine endgültige bleiben kann. Dafür wollen wir sowohl mit Referaten und Diskussionen im Plenum, als auch mit kleineren Untergruppen, Textauszügen, Dias, Filmen, Zeitzeugen usw. arbeiten. Die interessanteste, spaßigste, praktischste Methode werden wir - blutige Laien die wir sind - erst im Verlauf der Reihe finden können, gemeinsam mit denen, die da sind.



Zur Themenstellung

Warum gerade diese Fragestellung?, wird eine der Fragen an uns sein. Manche haben schon im Vorfeld gesagt, es gäbe "brennendere Fragen der Zeit" als die, die wir zu Seminarthemen gemacht haben.

Als wir uns als Gruppe zusammengetan haben, teilten wir alle die Ansicht, daß im Moment Strukturen in der Linken fehlen. Nicht, weil wir ParteifanatikerInnen sind, sondern weil in den heute bestehenden, losen und atomisierten Strukturen bei den Autonomen, aber nicht nur dort, nicht einmal eine richtige Diskussion zustandekommt. Wir fanden, daß die Stellungnahmen in den meisten Debatten sich entweder gar nicht aufeinander beziehen oder aber mit Worthülsen hantiert wird, die sich dadurch ergeben, daß es keine gemeinsam erarbeiteten Begrifflichkeiten gibt.

Die existierenden Debatten über Zeitungen und Bücher sind unpersönlich und deshalb beschränkt. Was in Theorie und Praxis nicht erreicht wird, wird durch Aktionen und Kampagnen wettzumachen versucht.

Diese Form des Arbeitens wollten wir nicht mehr. Wir wollten eine arbeitsteilig organisierte und verbindlichere Struktur, und bewegten uns jahrelang um die Organisationsfrage. Die aber ist zwar "notwendig, aber nicht hinreichend". Sich vernünftig zu organisieren ist ein notwendiger Schritt, aber kein Allheilmittel, wenn ansonsten nur Halbwissen, Parolen oder vage Moralvorstellungen/Ansprüche herumspuken. Unsere Themenstellung bezieht sich deshalb vor allem auf Fragen, die unserer Meinung nach

a) in der autonomen Debatte besonders unreflektiert beantwortet werden

b) für eine Strukturdebatte viel bringen

c) zu denen wir interessante ZeitzeugInnen/ReferentInnen kennen.

Darüberhinaus entspringen die Themen natürlich auch unseren persönlichen Diskussionsbedürfnissen in der AG, die notwendigerweise beschränkt sind...Über Themenanregungen und Leute, die sich in die Reihe mit eigenen Themen und Vorstellungen einklinken, freuen wir uns aber. Lücken sind dazu da, sie zu füllen. Es ist bestimmt richtig, daß



wir im Augenblick Themen für wichtig erachten, die andere für völlig zweitrangig halten. Aber weder hat der mainstream immer Recht, noch läßt sich so eindeutig sagen, was die "wirklich brennenden Themen der Zeit sind". Unsere Veranstaltungsreihe bezieht sich auf jeden Fall auf jene Fragen, die uns in unserer politischen Praxis besonders unter den Nägeln brennen...Wir haben nicht alle die gleichen Finger...

Warum überhaupt Theorie?

Dazu haben wir oben schon einiges gesagt: man kann zwar Aktionen machen, sich an Revolten beteiligen, Aufstände durchführen oder einfach nur oppsitionell leben ("leb radikal/wild und gefährlich"), aber damit aus der eigenen Wut eine gesellschaftliche Bewegung für eine andere Gesellschaftsform entsteht, die außer der Utopie auch noch eine Vorstellung besitzt, wie man zu der Utopie gelangen könnte, dafür brauchen wir Theorie. Ums klar zu machen: Gemeinschaften, die kommunistisch-oppositionell gelebt haben, Aufstände, Streiks, Verweigerung, all das gibt es seit Jahrtausenden. Die herätischen Sekten im Mittelalter sind ein gutes Beispiel für radikale kommunistische Gemeinschaften, die zwar gekämpft, aber keine gesellschaftliche Veränderung erreicht haben. Warum? unter anderem deswegen, weil Utopie und guter Wille nicht ausreichen, wenn die gesellschaftlichen Bedingungen Veränderungen nicht zulassen. Revolution ist eben mehr als die Entschlossenheit und die Opferbereitschaft einer Gruppe von Leuten.
Das unerläßliche Zwischenstück zwischen den objektiven Bedingungen und der Strategie kämpfender Menschen, diese (Unterdrückungs-)Verhältnisse zum Zerbrechen zu bringen, das ist das Verständnis von geschichtlichen Veränderungen, die Fähigkeit, zu planen und das Lernen aus Fehlern.
Wer also Theorie für unnötiges Labern hält, nimmt der Linken ihre wichtigste Waffe, ohne die sie nicht siegen kann. So gibt es zwar oppositionelle Bewegungen ohne Theorie und ohne strategisches Konzept, aber bestimmt keine revolutionäre Praxis mit Aussicht auf Erfolg.

Die Theorie von 150 Jahren sozialistischer Bewegung liegt heute offen da. Der Realsozialismus ist in Osteuropa verschwunden und es fällt einfacher, die KlassikerInnen wieder vor ihrem historischen Hintergrund (und nicht dem des 'real existierenden' Sozialismus) zu lesen Aber auch historische Irrtümer, Sackgassen, verpaßte Möglichkeiten, sowie objektive Zwänge lassen sich heute ohne ideologische Voreingenommenheiten entdecken. Sich gerade jetzt von 150 Jahren sozialistisch-revolutionärer Geschichte mit ihren verschiedenen Strömungen abzukehren, weil "man jetzt sehen kann, was da für Scheiße herausgekommen ist", finden wir kleinkariert und beknackt. Ein Konzept für eine andere Gesellschaft läßt sich nur entwickeln, wenn wir eine Vorstellung von Geschichtlichkeit haben, von Notwendigkeiten und der Langatmigkeit der Umwälzung.
Deswegen brauchen wir Theorie, nicht um akademische Piruetten zu drehen, oder als Bestätigung dessen, was wir davor schon immer gesagt haben, sondern als Untersuchung, als ständiges Dazu-und Umlernen.

Für eine linke Strömung

"Für eine linke Strömung" ist eine Gruppe von etwa 20 Leuten, die etwa zur Hälfte aus dem autonomen Spektrum, und zur anderen aus anderen linken Gruppen, kommen. F.E.L.S. ist eine Organisationsinitiative, die zur Neuzusammensetzung der Linken beitragen will und dafür an bundesweiten Diskussionsstrukturen mitarbeitet. Sie betrachtet sich als offene politische Gruppe ohne Themenbeschränkung. Sie will sich nicht zu einem Teilbereich verhalten, sondern eine gesellschaftliche Perspektive wieder zur Diskusssion stellen helfen. Obwohl sie das Entstehen einer linksradikalen politischen Organisation begrüßenswert fände, hält sie die Organisationsfrage für kein Allheilmittel. In der jetzigen Situation der Neuzusammensetzung der Linken findet sie vor allem eine breite Debatte unter den bestehenden Zusammenhänge, Gruppen und Szenen notwendig. Dafür ist die Eigeninitiative der verschiedensten Gruppen und das Schaffen von unterschiedlichen Diskussionsstrukturen unerläßlich.

Fels ist erreichbar
Scharnweberstr.29
O-1035 Berlin (U-Bhf Samariterstr.)
Dort findet Freitags auch um 18 Uhr 30 das Treffen der offenen Gruppe statt.

Ort, genauer Termin und Zeit der folgenden Veranstaltungen werden wir jeweils 2-3 Wochen vorher bekannt geben:

Veranstaltung (voraussichtlich) 14.3.Lenin und Luxemburg:

Diskussion mit zwei wissenschaftlichen Kennerinnen aus der DDR über die beiden TheoretikerInnen der ersten Revolutionsjahre

(Voraussichtlich) Ende April: Vorstellung verschiedener Organisationsmodelle und ihr historischer und materieller Hintergrund

-die linke Strömung in Griechenland: eine linksradikale, nicht Parteiförmige Organisation, die als Abspaltung der Kommunistischen Partei entstanden ist

-der sozialistische Volksblock KAS im Baskenland: in KAS sind legale Organisationen (Frauen, Jugendliche, Gewerkschaft und Zusammenschluß der Massenbewegung) mit ETA vereint; KAS ist das Rückgrat der bei uns bekannteren Wahlkoalition Herri Batasuna

-die ELN in Kolumbien: eine undogmatisch, revolutionär-sozialistische Guerilla

-Volksmilizen: Formen der Selbstorganisierung in lateinamerikanischen Ländern mit Guerillapräsenz

(Voraussichtlich) Mitte Mai: Kritisches linkes Wörterbuch

-Definition und Diskussion grundlegender Begriffe aus Patriarchat, Kapital- und politischer Theorie

(Voraussichtlich) Mitte Juni: Die subjektive Rolle der Militanten: zwischen Anspruch und Möglichkeiten; sind bestimmte Eigenschaften erlernbar und wozu? (Diskussion)

-der Anspruch an das individuelle Verhalten der AktivistInnen ist sicherlich für eine tiefschürfende Umwälzung der Verhältnisse unerläßlich; schließlich ist Revolution auch veränderter Alltag. Aber die objektiv vorhandenen Grenzen des "guten Willens" sind oft enger als man wahrhaben will. Wie läßt sich mit den Widersprüchen leben, ohne den Drang nach vorne aufzugeben?
-auf der anderen Seite braucht politische Arbeit (wie andere Arbeiten auch) bestimmte Fähigkeiten und Geschick; es sind Eigenschaften, von denen der Erfolg politischer Praxis ebenso abhängt wie von funktionierenden Strukturen. Was sind das für Fähigkeiten und wie können wir sie lernen?

(Voraussichtlich) Mitte Juli: Die andere Befreiung

Über das Verhältnis von Patriarchat und Kapital, Klassen- und Rassenhaß und andere Vorstellungen von revolutionärer Umwälzung
-Überlegungen zu den Unterdrückungsverhältnissen, die quer und längs zueinander stehen, manchmal viel und manchmal gar nichts miteinander zu tun haben und wie linke Politik wieder zu einem umfassenden Begriff von Befreiung kommen kann, wenn das Primat der Ökonomie nicht so eindeutig besteht wie bislang von der Linken angenommen

JEDER IST VERDÄCHTIG

- Das neue Berliner Polizeigesetz -

Berlins Große Koalition hat im Oktober 1991 als eines der letzten alten Bundesländer den Entwurf für ein neues Polizeigesetz ("Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz": ASOG) vorgelegt. Bis spätestens zum 31.03.1992 soll dieses neue Gesetz vom Abgeordnetenhaus verabschiedet werden. Was kommt damit auf uns zu?

Keine richterliche Festnahme-Prüfung

Bereits das alte ASOG erlaubte es der Polizei, ohne konkreten Tatverdacht Personen vorbeugend bis zu 48 Stunden festzunehmen. Als Ergebnis intensiver Schnüffeleien von polizeilichem Staats- und dem Verfassungsschutz wurden z.B. im Vorfeld der Reagan-Besuche 1982 und 1987 in Berlin oder bei 1.Mai-Aufzügen, regelmäßig Personen gleich im Dutzend präventiv in polizeilichen Gewahrsam genommen.
Bisher war vorgeschrieben, festgenommene Personen "unverzüglich" einem Richter vorzuführen. Tatsächlich mußten bei den ASOG-Massenfestnahmen die Betroffenen immer wieder stundenlang auf ihren Richter warten, der dann oftmals - wie am Fließband - vorgefertigte Festnahme-Beschlüsse unterschrieb. Nach dem neuen ASOG-Entwurf (§31) kann nun auf die richterliche Vorführung ganz verzichtet werden, "wenn anzunehmen ist, daß die Entscheidung des Richters erst nach Wegfall des Grundes der polizeilichen Maßnahme ergehen würde." Damit wird die richterliche Anordnung, wie wir es schon bei Wohnungsdurchsuchungen beobachten konnten, auch bei Festnahmen überflüssig.

Kontrollstellen bei Demonstrationen

Zukünftig dürfen Berliner Bullen Daten zur Identitätsfeststellung sogar von Personen erheben, die an einer Demonstration teilnehmen wollen. Zur massenweisen Feststellung personenbezogener Daten, dürfen hierfür nach §21 richtiggehend Kontrollstellen errichtet werden. Diese Daten dienen nicht der Fahndung nach Straftätern. Vielmehr sollen auf einen vagen Verdacht hin möglichst viele Menschen erfasst werden. So können dann "Bewegungsbilder" erstellt werden. Personenbezogene Daten dürfen bis zu drei Jahren in Berliner Bullendateien schlummern (§43). Werden sie allerdings - wie üblich - gleich an das Bundeskriminalamt überspielt (§28), ergibt sich hieraus eine Speicherungsdauer bis zu zehn Jahren. §50 räumt jeder Person das Recht ein, Auskunft über die von ihr gespeicherten Daten zu erhalten. Dieser Antrag kann aber - abweichend von den sonst üblichen Datenschutzregeln - abgelehnt werden, wenn "die Art der Daten (nicht) näher bezeichnet" wird.

SCHNÜFFELN IST KEINE LÖSUNG!

DER HAT'S NÖTIG.

tagesspiegel 11.2.92

Juristen und Polizeivizepräsident plädieren für den ASOG-Entwurf

Lediglich der Berliner Datenschut..ftragte äußert Bedenken

... gelassen zu werden". Er wies in diesem Zusammenhang Polizeivizepräsident Dieter Schenk zurecht, der mit dem Gesetz einen „Informationskuchen ansammeln" möchte, an dem sich die Polizei beliebig bedienen kann.

Für verfassungskonform hält auch der sozialdemokratische Rechtsanwalt Klaus Eschen den Entwurf, der jedoch eine bessere Ausbildung für Polizeibeamte forderte: „Was hilft das schönste Gesetz, wenn die Qualität der Anwender nicht adäquat ist?" Vertrauensbildend sollte die Polizei wirken und beispielsweise zeigen, daß sie vertrauensvoll mit den gesammelten Daten umgehe, verlangte der Rechtsanwalt.

... der Staatsanwalt: ... anbetrifft, sagte ... „Verfassungskonform ist das, was im Hinblick auf die Sicherheit der Bürger notwendig ist." Fätkinheuer wehrte ...

Den umstrittenen Einsatz technischer Mittel zur Überwachung und zum Abhören Verdächtiger brachte Eschen auf den Nenner: „Ich wäre beunruhigt, wenn die Polizei diese Mittel nicht hätte."

Bullen sitzen in der ersten Reihe

Die Linke wird sich zukünftig daran gewöhnen müssen, daß bei ihren Veranstaltungen Bullen in der ersten Reihe sitzen. BesucherInnen werden bei solchen Veranstaltungen polizeiliche Vorkontrollen, Bullen-Zuschauer und die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen über sich ergehen lassen müssen (§24). Diese aus Bayern berüchtigte Praxis führte dort bereits zu erheblicher Einschränkung der politischen Betätigung

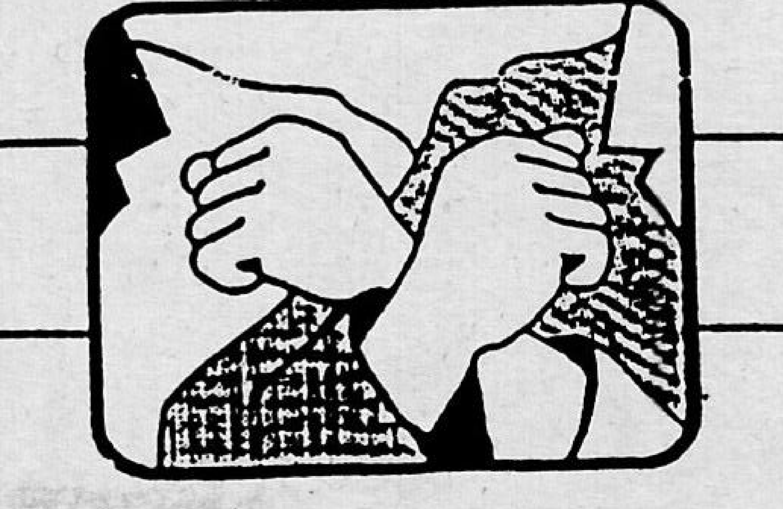
"Verdeckte Ermittler" und Observation

Zentraler Punkt bei der ASOG-Novelle sind die Regelungen für den Einsatz sog. "verdeckter Ermittler" und intensiver technischer Überwachung. "Bei Straftaten und Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung" dürfen zukünftig Bullenspitzel und Observationstechniken eingesetzt werden. Was "erheblich" ist, wird in §25 nicht eingegrenzt. Die Spitzel können dann personenbezogene Daten von Verdächtigen, ihren Begleit- und Kontaktpersonen erheben. Anstatt den Bullen endlich die Verwendung klassischer geheimdienstlicher Mittel (wie den Einsatz von Spitzeln und Überwachungstechniken) zu untersagen, wird jetzt mit der Erfassung von Begleit- und Kontaktpersonen der Kreis auszuspionierender Personen uferlos.
Abhör- und Observationsmaßnahmen können bei "Gefahr im Verzug" ohne richterliche Erlaubnis bis zu drei Tagen vom Polizeipräsidenten angeordnet werden. Auf einmalige Anordnung des Richters kann diese Schnüffelei dann auf 12 Monate ausgeweitet werden.

Normalisierung des Ausnahmezustands

Wir meinen, daß diese ASOG-Novelle eine beachtliche Ausweitung des staatlichen Repressionsarsenals darstellt.
Die verfassungsrechtlich gebotene Trennung von Polizei und Geheimdiensten wird aufgehoben. Der Einfluß der Gerichte wird zugunsten des Staatsschutzapparates zurückgeschnitten. Die demokratischen Rechte von politisch Aktiven werden weiter eingeschränkt.
Zusammenfassend läßt sich sagen, daß mit der Neufassung des ASOG die Unschuldsvermutung in ihr Gegenteil verkehrt wird: Am Anfang steht die Kontrolle und Datenerfassung einer beliebig großen Menschenmenge. Erst am Ende ergibt sich dann eventuell ein Tatverdacht. Der Staatsschutz wird ein weiteres gutes Stück ins Vorfeld gerückt. Politisch Aktive sollen entweder in den Untergrund gedrängt werden oder sich mit "harmlosen" Dingen beschäftigen. Ziel ist die Normalisierung des Ausnahmezustands.

ROTE HILFE BERLIN



V.i.S.d.P. und neuer Kontakt: A. Lüers, Grüntaler Str. 30, 1/65 Tel.: 493 65 20
Prozeßhilfekonto: R. Stüker, Kto.Nr.: 2402?7679 Sparkasse der Stadt Berlin, BLZ: 100 500 00

"WENN DIE UTOPIEN EINIGER ZU DEN ALPTRÄUMEN ALLER WERDEN"

Filmreihe zur GENTECHNOLOGIE vom 26.1.-18.3.



VIDEOKINO ANSCHLAG
KREUTZIGER STR. 18 /IM HOF
1035-BERLIN-FRIEDRICHSHAIN

SONNTAG, 26.1. 21.00 UHR
...UND ANDERE ERGÜSSE ;BRD 1991, 56 min
Führende Wissenschaftler der Genetik kommen selbst zu Wort, was sie zu sagen haben ist alles Andere als beruhigend.

MONTAG, 27.1. 21.00 UHR
KREATOR ;BRD 1989, 6 min Josy Meier
Der Kreator ist ein Liebhaber der Gen- und Reproduktionstechnologien.
WEIBLICHE ZONE ;BRD 1986; 45 min
Die Frage des Films:Warum wird Frauenheilkunde von so wenigen Frauen betrieben,was kommt noch auf uns zu?

MITTWOCH, 29.1. 21.00 UHR
KREATOR & SOFT CELL. (ENGL.ORIG.)
GB 1987, 50 min
SOFT CELL untersucht die Auswirkungen der Gentechnologie auf den Menschen.Frauen eines internationalen Netzwerks (FINRRAGE) leisten Widerstand gegen die Entwicklung dieser Technologie.

SONNTAG, 2.2. 21.00 UHR
SOFT CELL SIEHE 29.1.

MONTAG, 3.2. 21.00 UHR
ON GUARD Australien 1983, 60 min
Frauen in Sydney wehren sich dagegen,dass ihnen ohne ihr Wissen Eier entnommen wurden,die dann an ein gentechnologisches Forschungsinstitut weitergegeben wurden.

MITTWOCH, 5.2. 21.00 UHR
ON GUARD Siehe 3.2.

SONNTAG, 9.2. 21.00 UHR
DER GLÄSERNE ARBEITNEHMER ;BRD 86, 13min
SCHÖNE NEUE WELT ;BRD 1980, 10 min
Die Grundfrage der Filme: "Droht die genetische Seleotion am Arbeitsplatz?" ist heute schon längst beantwortet.
BILDER DER WISSENSCHAFT: INTERVIEW MIT BERND KLEES ZUR GENOMANALYSE
ARD 1988, 30 min
Der gläserne Mensch-wie Sich die Genomanalyse auf die sozialen Beziehungen der Menschen auswirken wird.

MONTAG, 10.2. 21.00 UHR
DAEDALUS ;BRD/CH 1991
Ein Science-Fiction Film darüber wie die Welt in Kürze aussehen könnte wenn die Gentechnologen freie Hand haben.

MITTWOCH, 12.2. 21.00 UHR
DER GLÄSERNE ARBEITNEHMER
SCHÖNE NEUE WELT
BILDER DER WISSENSCHAFT:
SIEHE ALLES 9.2.

SONNTAG, 16.2. 21.00 UHR
VERMESSENES LEBEN ;BRD 1990, 45 MIN
IN ZUKUNFT: PERFEKTE MENSCHEN
Welche Auswirkungen kann die Totalsequenzierung des menschlichen Genoms gesellschaftlich nach sich ziehen? Hat die Wissenschaft nicht mehr zum Ziel die Krankheiten zu heilen sondern den potentiell kranken Menschen schon vor der Geburt auszusondern?
MIT VERANSTALTUNG VON MITARBEITERINNEN DES GEN-ETHISCHEN NETZWERKS ZUR GENOMANALYSE

MONTAG 17.2. 21.00 UHR
...UND ANDERE ERGÜSSE SIEHE 26.1.

MITTWOCH 19.2. 21.00 UHR
VERMESSENES LEBEN & IN ZUKUNFT: PERFEKTE MENSCHEN SIEHE 16.2.

SONNTAG 23.2. 21.00 UHR
GENTECHNIK: MANIPULATION ALS GESCHÄFT ;WDR 1988, 30 min
An vier Beispielen wird aufgezeigt,, wo Geschäfte mit Hilfe von gentechnisch veränderten Organismen erwartet werden können.Ausserdem ein Interview mit dem Arbeitsrechtler Bernd Klees.
MUSTERKATALOG DER HÖLLE ;BRD'88, 20 min
Die Wunschträume der Gentechnologen:
Zwitterwesen aus verschiedenen Zutaten,gezüchtet im Reagenzglas.
MIT VERANSTALTUNG VON MITARBEITERINNEN DES GEN-ETHISCHEN NETZWERKS ZUR PATENTIERUNG VON LEBEWESEN

MONTAG, 24.2. 21.00 UHR
DAEDALUS SIEHE 10.2.

MITTWOCH 26.2. 21.00 UHR
MUSTERKATALOG DER HÖLLE
GENTECHNIK: MANIPULATION ALS GESCHÄFT SIEHE BEIDE 23.2.

SONNTAG 1.3. 21.00 UHR
DIE GENTECHNIK ENTLÄSST IHRE KINDER BRD 1987, 45 min Thomas Weidenbach
Ein Film über Freilandversuche mit genetisch veränderten Organismen.
PETUNIEN MIT RESTRISIKO ;BRD'89, 30 min
Ein kritischer Film über einige der 50 welt-weit bislang durchgeführten Freisetzungsversuche.

MONTAG 2.3. 21.00 UHR
...UND ANDERE ERGÜSSE SIEHE 26.1.

MITTWOCH 4.3. 21.00 UHR
DIE GENTECHNIK ENTLÄSST IHRE KINDER & PETUNIEN MIT RESTRISIKO

SONNTAG 8.3. 21.00 UHR
SEPTEMBERWEIZEN/HYBRIDE
BRD 1983, 12 min Peter Krieg
Ein Kapitel aus dem Film "Septemberweizen" über die Abhängigkeit der Landwirtschaft von den Saatgutmultis.
DER SAMENKRIEG ;BRD 1987, 45 min
Wie die Pharma-,Chemie- und Erdöl-industrie die Landwirtschaft Mittels der Gentechnik unter Ihre Kontrolle bringen

MONTAG, 9.3. 21.00 UHR
MASCHINENTRÄUME ;BRD 1988, 87 min
Vom Mythos der Technik handelt dieser Film von P. Krieg: Von den Schöpfungsmythen bis zur künstlichen Intelligenz

MITTWOCH 11.3. 21.00 UHR
SEPTEMBERWEIZEN/HYBRIDE
DER SAMENKRIEG SIEHE BEIDE 8.3.

SONNTAG 15.3. SOWIE MONTAG 16.3. JEWEILS 21.00
LEBENSMITTELDESIGN: ABSCHIED VON ACKERBAU UND VIEHZUCHT ;BRD 1989, 30 min
Die Nahrung von morgen wird nur noch aus Grundstoffen zusammengerührt und aromatisiert der Weg zum Humanfuttermittel ist schon beschritten.
VON DER APOTHEKE BIS ZUM SUPERMARKT
BRD 1991, 30 min
Die 90'er Jahre sollen zum Jahrzehnt der gentechnisch hergestellten Arzneimittel werden.Die Anlagen dafür sind bereits gebaut.

MITTWOCH 18.3.
MASCHINENTRÄUME SIEHE 9.3.

An die Interim-Redaktion

Ihr habt auch in der letzten Ausgabe das Programm des Videokinos "Anschlag" zu dessen Reihe über Gen-Technologie nicht abgedruckt. Damit bestätigt sich, was zzu befürchten war, als Ihr als Bedingung eine "Eindeutige Stellungnahme" des Kinokollektivs gefordert habt: Die Erklärung der Kinogruppe war Euch scheinbar nicht "eindeutig" genug, womit ziemlich klar wird, daß Ihr schon vorher wußtet, was genau in dieser Stellungnahme stehen muß, damit Ihr Euren Boykott aufhebt. Was Ihr damit aber fordert, ist keine offene Auseinandersetzung, sondern das platte abspulen linker Grundsätze, die zwar richtig sind, aber wenn mit Diskussionsverbot belegt, zu flachen Dogmen werden.
Mit Eurer Verantwortung als Redaktion der einzigen wöchentl. Szene-Zeitung solltet Ihr aber Diskussionen anregen/fördern, nicht abblocken.

Natürlich läßt sich manches an der Kinogruppe kritisieren. Nach den Protesten vor der Aufführng hätte zumindest (!) von Ihnen aus eine öffentl. Diskussion angesetzt werden sollen. Die lief aber wohl nur in der Straße.
Trotzdem rechtfertigt das nicht, wie jetzt mit dem Kino teilweise umgegangen wird. (Die Ankündigung als "Homepornovideo" in der Zitty stammt übrigens tatsächlich nicht von der Kinogruppe sondern wohl von der Zitty selbst.)
Statt irgendetwas inhaltliches zu diesem Film, zum Umgang des Kinos damit oder zu Eurem Umgang zu sagen, verweist Ihr auf "Porno-Diskussionen" um andere Kinos wie Sputnik, Eiszeit Checkpoint... und stellt das "Anschlag" damit in eine Reihe und damit - schwpps raus aus den Szenezusammenhängen. Das "Anschlag" ist aber ein völlig unkommerzielles Kino, in dem Diskussionen zu den Filmen laufen können und auch tun. Außerdem laufen dort zT. sehr gute Filme, so zB. die jetzige Gen-Tech Reihe, die wirklich sehr gut und wichtig ist. Dieses Programm nicht zu veröffentli chen ist ein politischer Fehler. Ein polit. Fehler ist es auch, Ultimaten aufzustel len, sie schon vorher mit Sanktionen zu belegen und statt Auseinandersetzung zu fordern, GenossInnen in die Ecke zu drängen, schon halb auf die "Abschußliste" zuschreiben und Bekenntnisse hören zu wollen.

Auch im Friedlhainer Kiez läuft keine Auseinandersetztng weder um Pornographie, noch um den Umgang ,mit dokumentarischen Filme, noch um Sexismus und Gewalt in Filmen. Stattdessen sitzt "die Szene" vor der Lindenstraße oder zieht sich zum 10. mal "Casablanca" rein. Und während es hier seit 2 Jahren fast keine Patriarchatsdiskussion gibt -genausowenig ein Umgang mit Sexismus und den Mackerstrukturen in der Szene gefunden oder auch nur gesucht wurde, stürzen sich jetzt einige besonders wild auf das Kino "Anschlag" und glauben nun endlich **DEN** bösen Feind in den eigenen Reihen gefunden zu haben.

Die Frage taucht auf, inwieweit es da wirklich nur um den Film geht, oder ob nicht nicht noch ganz andere Dinge ablaufen/eine Rolle spielen, die nur nicht ausgesprochen werden.
so auch hier.

Druckt das Gen-Tech-Programm ab!

Hinz und Kunz



PRESSEERKLÄRUNG ZUR RÄUMUNG DER JOHANNISSTR.8

Polizist: "Schönes Haus, kann man sicher toll drin wohnen, sollte man einfach kaufen."
Besetzer: "Man könnte es auch einfach besetzen."
Polizist: "Aber wenn ich`s kaufe, fliege ich nicht so schnell raus."
(Dialog 4.2.92 morgens)

Genau das passierte heute Morgen mit uns.
Nachdem sie Fenster zerschlagen und Türen eingetreten hatten, wurden wir von ca. 200 Polizisten und etlichen Zivilbeamten aus dem Schlaf gerissen.
In den folgenden 1 1/2 Stunden wurden wir alle fotografiert, registriert, unsere Sachen wurden untersucht und wir mußten uns Leibesvisitationen unterziehen. Zwei Leute von uns wurden kurzzeitig festgenommen.
Da seitens der Ordnungskräfte zuvor keine Aufforderung gekommen war, das Haus zu verlassen, war es uns in keiner Weise möglich, angemessen auf die Situation reagieren zu können. Rechtlich ist eine solche Aufforderung pflichthafter Bestandteil einer Räumung. Somit war das Vorgehen der Polizei entmündigend und illegal.

Die Besitzverhältnisse sind für niemanden eindeutig überschaubar. Selbst die TREUHAND war sich offenbar nicht im Klaren darüber, denn die auf diesen Punkt zielende Frage unserer Rechtsanwältin ist bis heute unbeantwortet geblieben. Wir wissen nicht, auf welcher rechtlichen Grundlage die TREUHAND das Haus an die DER veräußerte.
Fest steht aber, daß angesichts der katastrophalen Wohnungssituation wertvoller Wohnraum in Gewerbefläche umgewandelt werden soll und seinen eigentlichen Zweck nicht mehr erfüllen wird. Die systematische Vernichtung von Wohnraum und die bewußte Aufrechterhaltung von Leerstand ist ein Skandal!
Die in der "BERLINER ZEITUNG" veröffentlichte Stellungnahme der TREUHAND zu diesem Thema enthielt eine zynische Definition der eigenen Arbeit: "Was können wir uns mehr wünschen, als das ein Unternehmen Arbeitsplätze schafft." Es ist einfach pervers - aber scheinbar gängige Praxis - verschiedene soziale Mißstände gegeneinander auszuspielen.

Uns erscheint es als ein weiterer Schritt, das von Spekulanten und Investoren heiß umworbene Gelände um die Friedrichsstraße herum und anderswo in Zukunft zu einer kommerzbestimmten Fassade von Wohlstand und Reichtum umzuwandeln. Menschen aus normal und weniger verdienenden Schichten sollen von hier vertrieben werden, obwohl gerade sie das Staßenbild lebendig gemacht haben.
Wir sehen einem Berlin der Bonzen, Banker und Bullen entgegen und werden diese Entwicklung nicht ohne Widerstand hinnehmen.

Für`s Erste fordern wir:
- Rückgabe der Johannisstr.8 an die Besetzerinnen und Besetzer
- Offenlegeung der rechtlichen lage um das Haus
- Keine weitere Vernichtung von Wohnraum

die BesetzerInnen

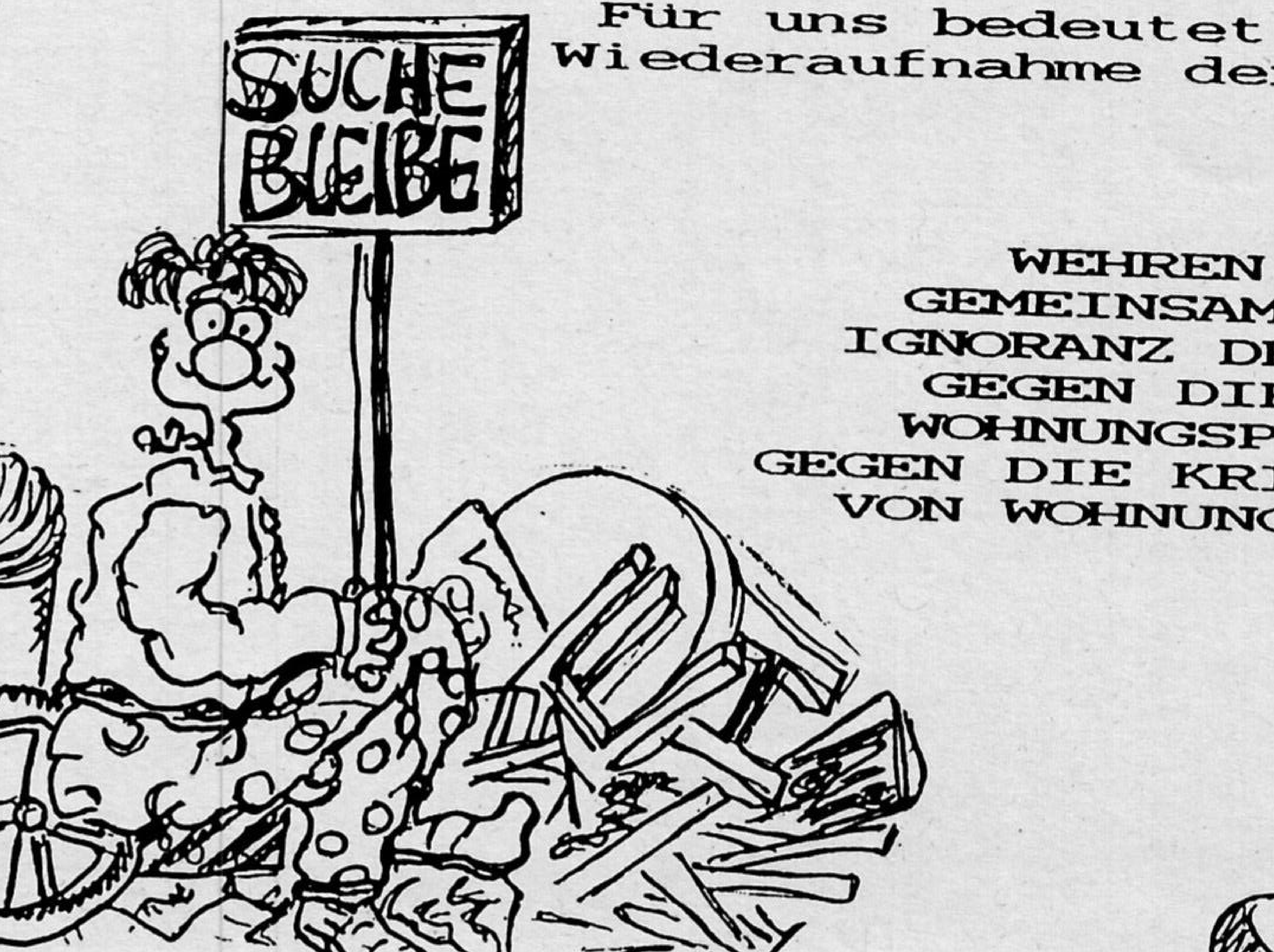
JOHANNISSTRASSE 8 GERÄUMT !

Heute früh, am 4.Februar kurz nach 7 Uhr, wurden wir, die BewohnerInnen der Johannisstr.8, von zwei Hundertschaften der Polizei aus dem Schlaf gerissen und geräumt. Obwohl laut Einsatzleiter das Räumungsbegehren bereits seit dem 27.1. vorlag, wurden wir weder davon informiert, noch gab es es eine Aufforderung der Polizei, das Haus zu verlassen. Unsere Hausklingel mißachtend warfen sie Fensterscheiben ein und drangen so ins Haus. Unsere Personalien wurden festgestellt, und wir mußten tatenlos die sexistische Anmache von Seiten der Zivis über uns ergehen lassen.

Am 18.1.92 besetzten wir dieses Haus, nachdem es zuvor zwei Jahre leer stand und die Kamine, Wasser- und Stromleitungen teilweise zu Spekulationszwecken funktionsuntüchtig gemacht wurden. Mit viel Mühe und Arbeit haben wir seitdem begonnen, das Haus wieder bewohnbar zu machen.
Verhandlungsangebote unsererseits an die verfügungsberechtigte Treuhand wurden ignoriert und die Bemühungen unserer Anwältin zwecks Kontaktaufnahme ausgeschlagen.

Heute morgen erst erfuhren wir, daß die Treuhand das Grundstück samt Wohnhaus an ein europäisches Reisebüro verkauft haben soll, obwohl die Eigentumsverhältnisse ungeklärt sind (laut Grundbuch hatte das Grundstück noch 1942 jüdische BesitzerInnen). Es liegt uns kein Kaufvertrag darüber vor und auch keine Berechtigung auf eine Umwandlung des Wohnraums in Gewerberäume.

Daß bei der herrschenden Wohnungsnot Wohnungen mit Bad und Küche, die Platz für ca. 50 Menschen bieten, in Reisebüros umgewandelt werden, kennzeichnet die nur auf Profit bedachte und an den Grundbedürfnissen der Menschen vorbeiplanende Politik der Treuhand. Hier wird die Kiezstruktur zerstört und der Verdrängung der ursprünglichen AnwohnerInnenschaft vorschub geleistet.



Für uns bedeutet die Räumung die Wiederaufnahme der Wohnungssuche!

WEHREN WIR UNS GEMEINSAM GEGEN DIE IGNORANZ DER TREUHAND, GEGEN DIE BERLINER WOHNUNGSPOLITIK UND GEGEN DIE KRIMINALISIERUNG VON WOHNUNGSSUCHENDEN!



M
DER VERFASSUNGSSCHUTZ IN AKTION

der verfassungsschmutz in aktion

am 11.1.92 lag bei mir im briefkasten ein brief der senatsverwaltung für inneres mit einer einladung zum 13.1.92 in einer "auskunftsangelegenheit" vorzusprechen.
näheres oder verdächtiges ging aus dem brief nicht hervor.
ich sollte am montag den 13.1.92 erscheinen.
zu diesem termin bin ich nicht hingegeangen, weil ich tatsächlich keine zeit hatte. 4 tage später kam ein zweiter brief per briefkurier direkt an die wohnungstür, der sehr ähnlich geschrieben war, nur einendeut freundlicher und weniger amtlich, allerdings in beiden fällen immer mit amtlichen briefkopf.
unterschrieben war der brief mit dem namen grimm.
zu dem zweiten vorgeschlagenen termin am dienstag den 21.1.92 bin ich dann aus unwissenheit über die dienststelle und die angelegenheit hingegangen. (es hätte genausogut um einen noch nicht bezahlte geldstrafe von mir wegen einer antifaaktion im april 91 gehen können) ich erschien 11/2 stunden früher zum gegebenen termin im dienstgebäude sächsische str. 28 in berlin wilmersdorf im zimmer 567. der beamte im büro war sehr verdattert weil die "unterhaltung" eigentlich zu dritt laufen sollte, mit zwei beamten und mir. ich fragte als erstes direkt was die überhaupt von mir wollten und welche aufgaben ihr amt hat. er blieb relativ locker und sagte sie seien die abteilung 4,stehen über der polizei und müssten straftaten nicht zur anzeige bringen. sprich ein mitarbeiter des verfassungsschmutzes stand vor mir was er auch auf meine frage hin bejahte.
er stellte sich als beamter einer verfassungsschmutzinternen forschungsgruppe "rechtsextremismus" vor,erwähnte die antifaaktion (s.o.) und meinte wir würden ja wohl gegen dieselben feinde kämpfen besonders in den neuen bundesländern.
von mir persönlich erhofften sie sich informationen über militante neonazigruppen in der ehemaligen ddr weil sie selber meinten keine besonders guten infos und erkenntnisse darüber zu haben. speziell wollten sie infos über die nazis der weitlingstr. , von denen sie mir bei einem weiteren termin fotos vorlegen wollten. an dem punkt sagte ich ihm, er soll sich n nicht lächerlich machen, denn sie hätten jawohl genug erkenntnisse über die neonazigruppen um gegen sie vorgehen zu können.

das bestritter. ich sagte ihm, daß ich davon überzeugt bin, daß der vs stasierkenntnisse über die neonazigruppen vorzuliegen hat. (z.b. über die weitlingstrassendurchsuchung im april 1990) er log mir ins gesicht und sagte, daß sie weder stasiakten besitzen noch mit stasileuten zusammenarbeiten. Abschliessend sagte ich ihm noch ,daß er sich mal ein antifa-infoblatt kaufen solle zwecks des erkenntnisstandsdes vs. damit war dann das gespräch beendet.
nach diesem ereignis unterhielt ich mich mit verschiedenen personen die mir alle davon abrieten den kontakt weiter aufrechtzuerhalten. zum zweiten mündlich vereinbarten termin ging ich nicht hin. am 29.1.92 erhielt ich daraufhin einen weiteren brief, der ohne briefmarke und vor der post eingeworfen, in meinem briefkasten lag. hier der - für den vs-etwas ungewöhnlichen text. (ich hatte sie nicht darum gebeten mich zu duzen.)

Lieber Wolfgang,

wie wir es befürchtet hatten, hast Du unsere Verabredung am 28.1.1992 um 16,00 Uhr wohl doch vergessen.

Komme doch bitte am Freitag, dem 31.1.1992, um 16,00 Uhr zur alten Stelle. Sollte Dir das nicht möglich sein,rufe uns doch bitte sofort unter der Rufnummer

867 6471

zwischen 9,00 Uhr und 11,00 an.

Es grüßt Dich

Peter

ich veröffentliche das alles um deutlich zu machen, daßß ich nicht mehr mit dem vs reden werde, als selbstschutz und als auflärung für andere menschen, die in eine ähnliche situ ation geraten. außerdem glaube ich, daß momemtan besonders leute aus der opposition der ddr ansprechgefährdet sind.

...aus STREIT Nr.3 (1/92) Anquatschversuch

im laufe des letzten jahres hat sich das verhalten der ehemaligen "volks--bullen"und jetzigen treuen dienern der demokratie gegenüber ANTIFAS gewaltig verändert..bei antifaschistischen aktionen sehen wir uns immer öfter u. schneller bereitschaftsbullen gegenüber,die sich zur aufgabe gemacht haben die faschos zu schützen.wenn aber horden von faschisten am hellen tag leute verprügeln oder jugendclubs angreifen,sieht man nie BULLEN.anzeigen gegen faschos werden nicht bearbeitet b.z.w.zeigen keine erfolge(siehe STREIT(E)2). in letzter zeit werden verstärkt zivilstreifen zur observation von antifas und deren freunde eingesetzt.die DETEKTEI SAALFELD(alles ehemalige stasi-mitarbeiter)! beobachtet mittlerweile ebenfalls antifaaktivitäten und gibt vermutlich infos an BULLEN & FASCHOS weiter.die zusammenarbeit von zivi-bullen und faschos geschieht in aller öffentlichkeit.bei einem angriff auf eine faschokneipe in saalfeld schoß ein mit den faschos bestens befreundeter zivi-bulle mehrmals auf ein antifaauto.es ist zuerwarten, das diese leute sich auch weiterhin verstärkt mit uns beschäftigen werden.der fall den wir beschreiben wollen läßt nichts anderes erwarten:

in der letzten novemberwoche des vergangenen jahres wurde ein ANTIFA aus RUDOLSTADT in der wohnung seiner eltern von zwei netten herren besucht.diese stellten sich als mitarbeiter einer "antifaschistischen zeitung"vor.sie boten ihm 800,-dm monatlich für seine informationen" RUND UM DEN BASEBALLSCHLÄGER"!! vorstellen wollten sie weder die zeitung noch sich selbst!sie schlugen ihm ein weiteres treffen vor und gaben ihm 100,-DM als vorschuß.das treffen sollte am 9.12.91 um 19.00 uhr am bahnhof RUDOLSTADT stattfinden.er unterrichtete uns noch am selben tag von diesem vorfall.wir überlegten uns gemeinsam wie wir darauf reagieren sollten.da wir uns keine ANTIFA-zeitung vorstellen konnten,die 800,-DM für einen informanten aufbringen kann tipten wir auf BULLEN oder FASCHOS.wir beschlossen daraufhin das treffen zu beschatten.zwei tage vor dem treffen mußte unser freund kurzfristig zu einem lehrgang(für zivldienstleistende) nach westdeutschland.am 9.12.91 kammen wir trotzdem zum bahnhof,um zu sehen was sich TUT.exakt um 19.00 uhr erschienen zwei typen,die wir als ZIVI-BULLEN identifizierten.sie besahen sich den bahnhof und versuchten an der nächsten telefonzelle zu telefonieren.bei der gelegenheit gelang es uns sie mehrmals zu fotografieren.sie entfernten sich in richtung innenstadt und dort versuchten sie noch mehrmals zu telefonieren,wobei sie von uns weiter beobachtet wurden.anschließend bestiegen sie ihr auto(WARTBURG LIMOUSINE , neuhauser kennzeichen) und fuhren in richtung saalfeld.wir nutzten die gelegenheit und folgten ihnen bis zum kreisKRIMINALAMT SAALFELD,vor dem sie ihr

auto parkten.anschließend begaben wir uns zur wohnung unseres freundes und ver-
suchten vonadresse und telefonnummer von ihm zu erfahren.seiner mutter war es
selbst nicht bekannt,wo und wie er zu erreichen ist.wir nahmen nun an zu wis-
sen,woher der anquatschversuch kam,wunderten uns aber sehr ,woher das KKA über
solche mittel verfügen kann.als unser freund nach 14 tagen zurückkam erzählte
er uns,das er erstaunlicherweise bereits am montag,den 8.12.91 von einem der
herren angerufen wurde,der ihm ein neues treffen vorschlug,da er ja zur zeit
auf einem lehrgang wäre.das verwirrte uns natürlich sehr,da wir annahmen,die
gesprächspartner am treffpunkt beobachtet zu haben.auch seine personenbeschrei-
bung von den beiden herren stimmten nicht mit dem aussehen der von uns beobach-
ten typen überein.der termin für das neue treffen war für den 6.1.92 um 20.00 uhr
am gleichen ort angesetzt.wir unterhielten uns mit ihm und beschlossen dieses
treffen offen zu fotografieren.wir gingen davon aus,das es für uns im augen-
blick die beste möglichkeit war,um ihn und uns zu schützen und ihnen ihre tour
gründlich zu vermasseln.unser freund begab sich am vereinbarten tag gegen 19.30
uhr zum bahnhof.gegen 19.45uhr platzierten wir uns dezent in der gegend um den
bahnhof.zwischen halt und dreiviertel acht fuhr der bereits uns bekannte wart-
burg(neuhauser nr.) mehrmals am bahnhof vorbei.da sie uns nicht beobachten kon-
nten,nahm das treffen seinen geplanten lauf.so gegen 20.00uhr sichteten wir 2
auffällig unauffällige herren,die sich in richtung bahnhof liefen.einer dieser
"schmucken"herren blieb etwas zurück,während der andere unseren freund heran-
winkte.in augenblick der begrüßung fingen wir an,sie aus nächster nähe zu foto-
grafieren.

DIE beiden waren sichtlich erschrocken,versuchten ihre gesichter zu verbergen und flüchteten in ihr auto,welches in unmittelbarer nähe vor dem bahnhof parkte. auch dieses wurde mehrmals von uns bildlich festgehalten.sie fuhren mit einem dunklen OPEL-VECTRA mit der Nr. BN-CX 784 in richtung saalfeld.wir verfolgten sie wieder bis zum KKA SAALFELD.als beweis für unsere hartnäckigkeit warteten wir vor diesem und fotografierten sie erneut,als sie das gebäude verlassen wollten. mit einem saalfelder kollegen flüchteten sie sich erneut hinter die sicheren mauern des KKA.für uns stand erstmal fest,das sie,ihrem aussehen und dialekt nach,westbullen waren.wir nehmen an,das es auch keine normalen 0815 bullen waren,sondern das es sich hierbei um staatsschutz oder einem ähnlichen organ handelte.es steht auch fest ,das dies nicht der erste und letzte versuch sein wird ,einen spitzel in unseren reihen aufzubauen,um unsere strukturen aufzuhellen und infos über uns und unsere aktivitäten zu bekommen.
wenn ihr also von bullen oder ähnlichen typen angequascht werdet,informiert euren freundeskreis und versucht ähnlichj oder dem falle entsprechend vorzugehen. versucht ihnen diese tour zu versauen,laßt ihnen keine chance(die habt ihr nämlich auch nicht!!!).wir behalten uns die restlichen fotos vor,um sie an geeigneten ort öffentlich zu machen.

KEINE AUSSAGEN BEI BULLEN UND JUSTIZ!!!

GEBT SPITZELN KEINE CHANCE!!!



zum RZ Papier:

"Ich geh weg, ich geh weg, ich geh weg und such was Neues..."
(Ton, Steine, Scherben)

Wir haben den Eindruck, daß die RZ in ihrem Papier "Gerd Albertus ist tot" den Tod eines Genossen als Aufhänger dazu mißbrauchen, mit internationalistischer Politik, die auch Gerd's Politik war, abzurechnen.
Das Papier liest sich nur vordergründig als Kritik an eigenen Fehlern, diese Kritik läuft hierfür aber aus einer zu großen zeitlichen und politischen Distanz. Eine kritisch-konstruktive Auseinandersetzung sowohl mit nationalen Befreiungsbewegungen als auch mit dem eigenen Internationalismusbegriff gab es offensichtlich nicht. Alle politischen Inhalte von Entebbe wurden einfach aus dem Programm genommen: kein solidarisches Verhältnis mehr zu den Befreiungsbewegungen, keines mehr zu den revolutionären Gefangenen. Ein Rückzug auf metropolenzentristische Politik, als Flucht vor dem Erarbeiten eines neuen, kritischeren Solidaritätsbegriffs. Stattdessen erscheint der sozialrevolutionäre Schwenk der RZ als "logische" Konsequenz aus dem Ablauf der Entebbe-Aktion.
Die Internationale Solidarität wird auf die zwei Möglichkeiten reduziert: bedingungsloses Mitläufertum oder bedingungsloser Bruch.
Bei der Beschreibung des toten Genossen scheint es ebenfalls nur auf den ersten Blick so, daß die RZ sich um Fairneß bemühen. Durch den Rundumschlag gegen internationalistische Politik, die auch **seine** Politik war, entsteht jedoch beim Lesen der Eindruck einer gewissen Häme : Sein Tod als Folge seiner falschen Politik.

1. Nationaler Befreiungskampf

1.1 Charakter von Befreiungsbewegungen und Machtübernahme

Die RZ denunzieren den Ansatz nationaler Befreiungsbewegungen, die die soziale Befreiung an die Erlangung staatlicher Souveränität koppeln. Anhand der Entwicklung der "jungen Nationalstaaten" leiten sie ab, daß die 'Machtübernahme':

in fast allen Fällen den sozialen Gehalt der Revolution zerstörte,

dazu führte, daß die Führer der Befreiungsbewegungen sich als "**Protagonisten brutaler Entwicklungsdiktaturen gebärdeten**", daß das Massenelend anhält, und es dafür einer neuen Erklärung bedarf

"**kurz gesprochen - die ganze Dialektik von nationaler und sozialer Befreiung (sich) vor allem (für) die neuen Machthaber rechnete und daß dies keine Frage von Verrat oder Korrupter Moral war, sondern dem Wesen der Staatsgründung entsprach.**"

Daraus ziehen sie folgende Schlüsse: "**Wir mußten zur Kenntnis nehmen, daß das Spektrum sozialer Bedürfnisse und Interessen nicht in den Befreiungsorganisationen aufging und daß die Dimension des Geschlechter- und des Klassenkampfes selbst im Prozeß antiimperialister Befreiung keinen Moment an Bedeutung verloren hatte. Wir durften uns mit den völkisch-ethnischen Parolen nicht zufrieden geben, auf denen das unartikulierte Miteinander von KämpferInnen und Kommandanten basierte ..."(...)"Wir mußten den Mythos des Volkskriegs auf seine revolutionären Qualitäten hinterfragen und ihn in seiner Doppelheit als Moment der Befreiung und als eine Form zerstörerischer Rationalisierung neu begreifen, zu deren ersten Opfern die Flüchtlinge ebenso gehörten, wie die Frauen und Kinder in den Auffanglagern an den Grenzen zu den umkämpften Gebieten.**"

Unser Blick auf die Geschichte ist ein anderer: Die Revolutionen "rechneten" sich für Millionen Menschen, die nicht verhungerten, die sich nicht als SklavInnen und TagelöhnerInnen verdingten, sondern sozial gesicherter leben konnten. Und sicher zeigten sich -gemessen an Utopien und Idealen- auch Grenzen.
Die RZ suchen Gründe für das Scheitern der 'jungen Nationalstaaten' ausschließlich in diesen selbst. Dadurch wird aus einer Analyse ein Psychogramm, dadurch werden einzelne richtige Kritikpunkte, falsch, weil sie als ausschließliche Erklärung für etwas herhalten sollen, was nicht ausschließlich durch sie bedingt und zu erklären ist. Sie schieben für ihre Verabschiedung von revolutionärer internationalistischer Politik und der von daher folgerichtigen

Absage an Befreiungsbewegungen platte und ungenaue Argumente vor. Ginge es ihnen wirklich noch um internationale Befreiung, so würden sie eine Kritik an den Befreiungsbewegungen einbinden in eine Analyse der objektiven Bedingungen, unter denen diese Bewegungen kämpfen, und sie müßten der Tatsache Rechnung tragen, daß diese Bewegungen organisierter Ausdruck der Kämpfe der Völker im Trikont sind.

Im Zeitalter des Imperialismus, der Aufteilung der Welt in Interessensgebiete, der absoluten Ausplünderung des Trikonts durch die Metropolen, ist es unmöglich, die Entwicklung im Trikont, in einzelnen Trikontländern, in einzelnen Befreiungsbewegungen, losgelöst von der internationalen Situation zu analysieren. Hierzu kommt von den RZ nichts. Weder die ökonomische Situation, die durch die imperialistischen Staaten bedingt ist, noch die permanente -von ihnen aufgezwungene- Kriegssituation wird untersucht.
Warum bedarf das Massenelend in den 'jungen Nationalstaaten' einer neuen Erklärung? Wo keine Mittel da sind, Krankenhäuser zu bauen, wo kein Geld für Schulen da ist und wo es nicht genug zu fressen gibt, findet die Utopie ihre Grenzen.
Es geht nicht darum, Fehler der jungen Nationalstaaten außen vor zu lassen, aber es ist nunmal so,

*daß die Machtübernahme die absolute Verelendung nicht beendet, daß Abhängigkeiten vom Weltmarkt bestehen, daß Schulden bezahlt werden müssen, weil die Kräfteverhältnisse es nicht anders zulassen. Die vom Kolonialismus ausgeplünderten Staaten, deren Grenzen willkürlich festgelegt waren und und deren Ökonomie am Boden lag, hatten schlechteste Ausgangsbedingungen für ihre Entwicklung.
*daß viele der jungen Nationalstaaten durch von den Imperialisten hereingepuschte Kriege geschwächt wurden und werden
*daß es im Trikont Tendenzen gibt, die eigene Situation auf die eigene Unfähigkeit zurückzuführen und die Verhältnisse in Europa und Amerika zum Ziel aller Ziele zu machen und die zur Versuchung führen, alles Westliche nachmachen zu wollen.
*daß die BefreiungskämpferInnen Erziehung und Prägung unter den Werten erfahren haben, die die alten Gesellschaftssysteme getragen und gestützt haben und der Prozeß der Entwicklung revolutionärer Werte unter härtesten materiellen Bedingungen und unter den Bedingungen des Krieges, der immer verhärtet, auch wenn es ein revolutionärer Krieg ist, stattfinden mußte.
*daß die Sowjetunion, China etc. Befreiungskämpfe nicht aufgrund ihrer sozialen und revolutionären Inhalte unterstützten, sondern um ihre Einflußsphären auszubauen, was z.B. in Eritrea zu einem Andauern der Unterdrückung führte.
*daß die Sowjetunion ihr falsches Großtechnologiedenken auf die jungen Nationalstaaten übertragen hat

Das sind die Bedingungen, unter denen die Befreiungsbewegungen kämpfen und die bei jeder Kritik berücksichtigt werden müssen. Kritik ist wichtig und richtig, aber wer ausschließlich seine Werte und Utopien überträgt und zur Bedingung für Solidarität macht, gerät in eine Situation, in der seine Politik zum Kolonisationsfaktor gegen die Kämpfe im Trikont wird. Das Bewußtsein über die Ungleichheit der Bedingungen beinhaltet auch, daß die Völker der drei Kontinente ihre eigenen Organisationsformen entwickeln müssen, genau wie wir unseren Kampf unter unseren Bedingungen führen müssen. Und die Fehler, die sich nicht mit den oben genannten Punkten erklären lassen, sind Ausdruck von "**Verrat und korrupter Moral**"und eben nicht, wie die RZ schreiben im "**Wesen der Staatsgründung**" begründet.Diese Position ist nichts anderes als kleinbürgerlicher Anarchismus.

"**...Wir durften uns mit den völkisch-ethnischen Parolen nicht zufrieden geben, auf denen das unartikulierte Miteinander von KämpferInnen und Komandanten basierte...**" Eine solche Denunziation wie obige entlarvt eher die Verfasser als die Adressaten der Kritik. Der Begriff **völkisch** ist eindeutig faschistisch belegt durch den deutschen Nationalsozialismus, war Grundlage seines Vernichtungsprogramms gegen Millionen Juden, Jüdinnen, Roma, Sinti, PolInnen und RussInnen. Es kennzeichnet die Unaufrichtigkeit, daß zu anderen Themen, wo es opportun erscheint, so viel Wert auf dieses Kapitel der Geschichte gelegt wird, und hier gleichzeitig so leichtfertig mit den Begriffen, die durch diese Zeit geprägt wurden, umgegangen wird. Der Umgang, der in Befreiungsbewegungen miteinander geführt wird, ist natürlich nicht immer so, wie er lange in den idealistischen Vorstellungen der Metropolenlinken -als scheinbare Verwirklichung der eigenen Utopien- existierte, diesen aber als "**unartikuliertes Miteinander**" zu bezeichnen, verrät eine tiefe rassistische Verachtung der RZ gegenüber den GenossInnen im Trikont.

Zum Metropolenmythos des Volkskrieges: Es stimmt, daß es revolutionsromantische Vorstellungen vom Volkskrieg gibt, die ein realitätsfernes Bild vom sauberen Krieg vermitteln, die Elend und Leid unter den Tisch kehren und Kämpfe im Trikont idealisieren. Es stimmt aber genauso, daß es revolutionsromantische Vorstellungen gibt, die davon ausgehen, es gäbe andere Wege zur Befreiung, als die bewaffnete Gewalt gegen den Imperialismus - als Ausdruck des politischen Kampfes des Volkes. Aus dem Charakter der imperialistischen Staaten, aus ihrer Praxis von Vietnam über Korea bis zum Golfkrieg, kommt die Erfahrung, daß den Imperialisten jedes Mittel bishin zum Völkermord recht ist, um politisch störende Faktoren zu bekämpfen.
Den Befreiungsbewegungen eine Mitverantwortung an "Frauen und Kindern in Flüchlingslagern" etc. zu geben ist in höchstem Maße zynisch, wenn die Alternativen berücksichtigt werden, ein Leben in Elend, ohne den Funken der Hoffnung auf Zukunft (Jedes Jahr sterben mehr Menschen an Hunger und fehlender ärztlicher Versorgung, als im gesamten "2.Weltkrieg"). Wenn die RZ den Befreiungsbewegungen vorwerfen, den Sieg zu wollen und die Macht übernehmen zu wollen, ist es ein weiterer Ausdruck davon, alles aus dem Metropolenblickwinkel zu betrachten, in dem die Notwendigkeit des Sieges nicht in ihrer existenziellen Bedeutung begriffen wird, da die materielle Situation eine andere ist. Es sind eben nicht die Ausbeutungsverhältnisse in den Metropolen, die den mörderischsten Teil des Imperialismus darstellen, diese werden ja schließlich auf Kosten der Trikontvölker abgemildert und damit befriedet.

1.2. Zusammenarbeit mit Befreiungsbewegungen / Solidarität

Die RZ schreiben: "Es ist eine Kritik an falschen Harmonievorstellungen, wie wir sie lange Zeit gehabt haben und die hier vor allen von Seiten antiimperialistischer Gruppierungen ungebrochen genährt werden. Die Selbstverständlichkeit mit der jede revolutionäre Gruppe oder Bewegung internationale Solidarität auf ihre Fahnen schreibt, steht im Widerspruch, sie einzulösen. Existenz und Gewalt des gemeinsamen Gegners reichen nicht aus, um die Gegensätze und Konflikte in den eigenen Reihen einzudämmen. Immer wieder brechen auch hier Antagonismen auf, die ihre Ursache in der Unterschiedlichkeit von Interessen und Zielvorstellungen oder in selbst errichteten ideologischen Barrieren haben...."
Ein aufschlußreiches Zitat mit vielen Unterstellungen. Daß die RZ mit ihren hier formulierten Positionen einen Antagonismus (unversöhnlicher Gegensatz) zu den Befreiungsbewegungen darstellen, sehen wir auch so.
Die Harmonievorstellungen, die Gleichsetzerei der Kämpfe sind Erscheinungen, die kritisiert werden müssen. Natürlich ist der Kampf der RAF nicht mit dem z.B. der PKK gleichzusetzen, genauso, wie die Straßenschlacht in Kreuzberg einen grundsätzlich anderen Charakter hat, als die "riots" in Brasilien. Nur: die Tendenz, die Kämpfe gleichzusetzen verliert ständig an Bedeutung. Die meisten derjenigen, die so gearbeitet haben, machen heute nichts mehr. Die GenossInnen, die heute mit Befreiungsbewegungen zusammenarbeiten, tun dies in ihrer überwiegenden Mehrheit im Bewußtsein der Unterschiedlichkeit der Kämpfe. So ungebrochen wie die RZ tun, wird weder "genährt" noch "auf die Fahne geschrieben", das ist reine Polemik. Die Erkämpfung einer internationalistischen Position hier in den Metropolen ist ein Ergebnis aus der Geschichte der revolutionären Kämpfe seit ihrer Entstehung. Sicher gibt es auch immer GenossInnen, die unhinterfragt "Hoch die internationale Solidarität" rufen, dies ist aber sowohl ein Problem des Metropolenstatus, der Verflachen der revolutionären Politik in den letzten Jahren, als auch ein Produkt der Schwäche der internationalistischen Kräfte, denen es oft nicht gelingt, ihr Bewußtsein so zu vermitteln, daß es andere überzeugt, begeistert, mitreißt und zu genauerer Auseinandersetzung anregt.

Auch geht es nicht darum, durch die Existenz des gemeinsamen Gegners Konflikte einzudämmen. Es geht darum sie auszutragen, sich gegenseitig zu kritisieren und trotzdem zu wissen, daß es einen gemeinsamen Gegner und gemeinsame Interessen, sowie auch punktuell unterschiedliche Interessen gibt.
Hier zeigt sich, daß die RZ ihr altes kritikloses Unterstützungsverhältnis zu Befreiungsbewegungen nicht aufgearbeitet haben, sondern nach dem Motto "Wirds Schwierig, such ich mir was Neues", verdrängt hat. Klar ist dann auch, daß es keine Debatte über ideologische Fragen gibt, sondern "selbsterrichtete ideologische Barrieren". Es geht auch nicht darum, ob die Existenz des gemeinsamen Gegners für irgendwas ausreicht, sondern darum, daß es eine weltweite Situation gibt, die geprägt ist von der Existenz der imperialistischen Staaten und deren Interessen. Diese Situation führt dazu, daß Kämpfe, die sich nicht auf andere Kämpfe beziehen, perspektivisch in der Bedeutungslosigkeit verschwinden, wie Gerd Albartus richtig analysiert hat. Eine weitere Säule internationalistischen Denkens ist das Ablehnen unseres Metropolenstatus, weil er nur durch die absolute Verelendung des Trikonts möglich ist. Die revolutionäre Moral "Unter uns keine Sklaven über uns keine Herrn", beinhaltet die Solidarität mit den "Sklaven".

2. Entebbe, "Israel" und Revolutionäre Gewalt

2.1. Zur Aktion in Entebbe

Die Aktion um Entebbe stellt -so die RZ- einen Wendepunkt in ihrer Geschichte dar: Er löste den Rückzug aus den internationalen Kontakten aus. Zwar sei "Entebbe kein Einzelfall (gewesen), wohl aber der Kulminationspunkt einer Entwicklung".
Entebbe nimmt somit einen zentralen Platz nicht nur in der Geschichte der RZ, sondern auch in ihrem Papier ein: 'Kulminationspunkt' bedeutet, daß sich in dieser gescheiterten Aktion die politischen, strategischen und praktischen unüberbrückbaren Differenzen focusartig verdichteten und zum Ausdruck kamen und als sol che dargestellt werden können. Diese Bedeutung wird Entebbe zumindest von den RZ zugewiesen.
Dies und die Tatsache, daß sich die RZ seit 1976 noch nie umfassend zu Entebbe geäußert haben, erfordert zweierlei:

1.) Eine politische Stellungnahme zu dem bisherigen Nichtverhalten und eine politische Einschätzung der politischen Folgen eben der Tatsache, daß der imperialistischen Propaganda die politische Aufbereitung der mißglückten Aktion überlassen wurde und Entebbe seither als wunder Punkt, als 'irgendwie düsteres Kapitel' der revolutionären Linken gilt.
2.) Heute eine möglichst umfassende und politisch genaue (das bedeutet keine Offenbarung in praktischen Fragen) Darstellung der Aktion, ihrer ursprünglichen Planung , ihrer Entwicklung, ihres veränderten Ablaufs und der politischen Antworten darauf. Das ist nicht nur wichtig, um die im ersten Punkt angedeuteten -von der RZ zu verantwortenden- Fehler zu korrigieren, endlich eine produktive Auseinandersetzung mit dieser Aktion und v.a. ihrer Folgen für die Linke zuzulassen. Insbesondere müßte dies im Interesse der RZ heute sein, um die Diskussion über ihre politischen Erfahrungen, die an Entebbe 'kulminierten', über ihre politische Kritik und ihre Schlüsse daraus zu ermöglichen.

Nichts dergleichen -zumindest im von uns verstandenen Sinne einer politischen Diskussion- geschieht, sondern:
Die RZ kolportieren die Propagandalüge von der 'Selektion jüdischer Menschen' von allen nicht-jüdischen durch das Kommando.
Seit 1976 dient diese Behauptung als 'Beleg' für den 'Antisemitismus der Linken' und hat sich mittlerweile so verfestigt, daß sie auch in linksradikalen Kreisen kaum mehr zurückgewiesen wird. Wenn eine Lüge hundertmal wiederholt wird, so wird davon nichts wahrer, aber sie schafft sich eine eigene Realität. Sie beginnt zu wirken -vor allem dann, wenn Name und Tonfall der VerbreiterInnen deutlich zu machen versuchen: 'Wir wissen mehr als ihr'.
Eine Auswahl der Geiseln unter dem Kriterium Juden/Nichtjuden hat nicht stattgefunden.
Tatsächlich ließ das Kommando in Bengasi und Entebbe Menschen aus den Staaten aussteigen, deren Regierung keine der GenossInnen gefangen hielten, deren Freilassung erreicht werden sollte. Kriterium dafür waren die Personalpapiere. Weiter als Geiseln im Flughafengebäude festgehalten wurden israelische und französische Staatsbürger. (Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Stellungnahme der KB-Mehrheit im ak 338 vom 13.1.92)
Die Vorgehensweise, einen Teil der Passagiere aus einer solch zugespitzten Situation wie einer Flugzeugentführung zu entlassen, beinhaltet das Kalkül, mit den verbliebenen Geiseln weiter Druck auf deren Regierungen ausüben zu können. Damit werden sie objektiv einer Gefahr ausgesetzt, auch wenn subjektiv Anstrengungen unternommen werden, daß dies nicht geschieht.
Mit diesen Fragen, die den Kern des äußerst problematischen Mittels der Flugzeugentführung beschreiben, hat sich beispielsweise die RAF im Maipapier 1982 auseinandergesetzt. Wie die palästinensischen Kräfte die Frage der Gefährdung von Menschen aus den Metropolen bei antiimperialistischen Aktionen diskutiert haben, wissen wir nicht. Seit den 70er Jahren ist uns jedoch kein Fall mehr bekannt, in dem linke Guerillakommandos Flugzeugentführungen durchgeführt haben.
Das heißt nicht, daß <u>diese</u> Diskussion abgeschlossen sein muß. <u>Dafür</u> leisten die RZ aber keinen Beitrag.
Stattdessen übernehmen sie in ihrem Papier eine Falschmeldung, deren einzige Funktion es war und ist, den palästinensischen Kampf und den der beiden getöteten GenossInnen, Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann, als antisemitisch darzustellen.
Gerd Albertus saß 5 Jahre im Gefängnis: Er habe -so die Justiz- versucht, ein Kino in dem der Film Entebbe lief, in Brand zu stecken. Was für ein Ziel dieses Anschlages ist denkbar? Doch nur das, die Verbreitung eines Filmes an-

zugreifen, der das Blutbad von Entebbe glorifizieren und die gefallenen Genossinnen und Genossen und ihren politischen Kampf denunzieren sollte.
Wie es zu einer Übernahme dieser Propagandageschichte kommen konnte, können nur die RZ klären.
Neben diese Falschmeldung fehlt es auch an weiteren Informationen, die Entebbe politisch diskutierbar machen. Was die RZ darlegen, sind Wertungen bestimmter Vorgänge. So lassen sie uns beispielsweise wissen, sie hätten schon damals kritisiert, **"daß dem Kommando im Zuge der Operation die Befehlsgewalt entzogen worden war und die GenossInnen (...) bloß noch die Weisungen zu befolgen hatten, die an anderer Stelle und fernab des Geschehens ausgegeben wurden."** Wer die Möglichkeit eröffnen will, aus der Aktion und den politischen Fehlern, die sich darin ergaben, zu lernen, der/die muß auch deutlich machen, ob z.B. die palästinensischen GenossInnen diesen Vorgang auch als "Entziehen der Befehlsgewalt" benennen und wenn ja, was die Gründe für diesen Schritt waren.

In Entebbe stießen weitere Guerillas zu dem Kommando. Waren dies die neuen 'Chefs', die Überbringer der 'Weisungen' von **"fernab des Geschehens"** ? Oder sind nicht ganz andere Gründe möglich: Eine Verlagerung der Verhandlungen auf eine weitere Instanz ist als Möglichkeit denkbar, um dem Kommando in schwieriger Lage neuen Raum zu geben und Druck von ihm zu nehmen. Es fehlt an jeder Grundlage solche Fragen zu diskutieren. Es wäre Aufgabe der RZ gewesen, die verschiedenen Begründungen und politischen Haltungen in irgendeiner Form öffentlich zu machen (ohne praktische Details offenzulegen), um den behaupteten Kulminationspunkt einer Entwicklung **"in dem wir uns mehr und mehr von dem entfernt hatten, wofür wir mal angetreten waren"** in beiden Aspekten -dem der palästinensischen Kräfte und der RZ- politisch greifbar zu machen. Dafür stellt der Entebbe -Teil des RZ-Papiers nichts zur Verfügung. Information wird wider besseres Wissen vorausgesetzt um Meinungen verbraten zu können. Mensch kann den RZ nur glauben (oder auch nicht). Doch Glaube ist kein tragfähiger Boden für politische Bewertungen.
Entebbe - nicht die Tatsachen aus, nicht die politische Diskussion um Entebbe - sondern der nun jahrealte düstere Fleck 'Entebbe' wird benutzt, um eine grundsätzliche politische Entscheidung daran aufzuhängen. Die Funktion ist eine rein illustrative; ein Bildchen, das die rechte Stimmung verbreitet, um im weiteren die Befreiungsbewegungen -nun plötzlich so ganz allgemein...- im Licht obskursten **"leninistisch-stalinistischen"** Herrschaftsdranges erscheinen zu lassen.

2.2. zu "ISRAEL"

Politisch entwickeln die RZ ihre Position zu "Israel" an der Aktion in Entebbe und ideologisieren ihren eigenen Rückzug, wie soviele im Moment. Während die RZ keine Probleme damit haben, trotz der geschichtlichen Belastung aus der 'deutschen Geschichte', den Begriff "völkisch" zu verwenden und damit Befreiungsbewegungen zu denunzieren, kommt es nun zu "Israel" scheinbar sehr genau: **"Der schwarze September der Palästinenser, die israelischen Luftangriffe auf die Flüchtlingslager, das Massenelend in den besetzten Gebieten, das Regime des Schreckens, das die Besatzungsmacht dort ausübte, die Berichte aus den israelischen Gefängnissen waren uns Grund genug und zugleich Vorwand, unser Wissen über Ausschwitz in den Hintergrund zu drängen. Wir machten uns die Losungen des palästinensischen Befreiungskampfes zueigen und setzten uns darüber hinweg, daß unsere Geschichte eine vorbehaltlose Parteinahme ausschloß. "(...)" Wir sahen Israel nicht mehr aus der Perspektive des nazistischen Vernichtungsprogramms, sondern nur noch aus dem Blickwinkel seiner Siedlungsgeschichte: Israel galt uns als Agent und Vorposten des westlichen Imperialismus mitten in der arabischen Welt, nicht aber als Ort der Zuflucht für die Überlebenden und Davongekommenen, der eine Notwendigkeit ist, solange eine neuerliche Massenvernichtung als Möglichkeit von niemanden ausgeschlossen werden kann, solange also der Antisemitismus als historisches und soziales Faktum fortlebt."**

Es geht nicht um ein subjektives Empfinden, ob "Israel" als Agent und Vorposten der Imperialisten in der arabischen Welt gilt, "Israel" **ist** Agent und Vorposten der Imperialisten in der arabischen Welt (daß es in den arabischen Regimes auch noch andere Verbündete der Imperialisten gibt, schwächt dies nicht ab)!
Judenverfolgung und Antisemitismus, sind Fragen, die heute in den Köpfen sind, wenn über "Israel" diskutiert wird; aber "Israel" als Zufluchtsort ist keine Lösung .
Die Shoa (Judenvernichtung), sowie Antisemitismus allgemein, können nicht dafür herhalten, daß den PalästinenserInnen ihr Land geraubt wurde, und erst recht nicht dafür, daß Teile der Linken dies propagieren. In Deutschland wurden die Juden fabrikmäßig geplant vernichtet. Es gibt die Position, die Juden seien durch die Shoa zum Volk

geworden. Die VertreterInnen dieser Position, die daraus das Existenzrecht "Israels" herleiten kommen aber bezeichnender Weise nicht auf den Gedanken, für einen solchen Staat einen Teil Deutschlands zu beanspruchen, sondern es ist das alte Muster, daß Konflikte aus den Metropolen im Trikont ausgebadet werden müssen.
Unsere Konsequenz aus der Geschichte ist eine andere. Es geht darum, Rassismus, Antisemitismus, Verfolgung und Faschismus zu bekämpfen mit dem Ziel, gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, in denen es keine Verfolgung und Unterdrückung mehr gibt. Dies schließt den Kampf gegen den Staat "Israel" und für Palästina mit ein.
Die RZ kritisieren sich : **"Wo wir unter anderen Voraussetzungen auf der Unterscheidung zwischen oben und unten beharrten, sahen wir im Nahen Osten vor allem gute und schlechte Völker"**. "Oben und unten" gibts nun mal nicht als objektive Kriterien, weil sie sich immer in Relation zueinander definieren. Es ist also notwendig, analytische Faktoren hinzuzuziehen: "Israel" ist ein Staat mit einer kolonialen Siedlerstruktur, die die Vertreibung und Vernichtung der palästinensischen Bevölkerung zum Ziel hat. Die palästinensische Gesellschaft hat den Klassencharakter aller arabischen Gesellschaften. Die palästinensische Bourgeoisie hat nicht das Interesse, den antizionistischen Kampf in seiner antiimperialistischen Konsequenz zu führen, was einen Bruch mit den arabischen Regimen, mit dem sie kollaborieren zur Folge hätte. Die revolutionäre palästinensische Linke hatte immer die Position, den antizionistischen Kampf als Teil einer arabischen revolutionären Entwicklung zu führen. Dies ist der Kampf, den wir unterstützen.
Der Kampf des palästinensischen Volkes ist vergleichbar mit dem der afrikanischen und asiatischern Völker gegen ihre Kolonialherren. Es ist das Recht der kolonialisierten Völker, gegen ihre Kolonialherren zu kämpfen, das kann auch die untere Klasse des kolonialisierenden Volkes einschließen, wenn diese nicht bereit ist, gemeinsam mit dem unterdrückten Volk gegen die Kolonialisierung zu kämpfen. Jeder, der Land besetzt und raubt, muß mit dem Widerstand und Haß derer rechnen, die bestohlen wurden. In "Israel" ist eine jüdische antizionistische Position zwar vorhanden, die den Staat "Israel" ablehnt, aber sie ist so marginal, daß es verwundert, wie sehr sich die PalästinenserInnen bemühen, auf diese einzugehen und mit diesen zusammenzuarbeiten. Nur eine Verschärfung des Kampfes gegen "Israel" kann die zionistische Gesellschaft dermaßen polarisieren, daß es letztlich zum Bruch eines Teils der unterdrückten Klasse in "Israel" mit dem Zionismus kommt.

Weiter behaupten die RZ tatsächlich doch **"Wo zwei ethnische Gemeinschaften Ansprüche auf dasselbe Stück Land erheben, gibt es keine revolutionären Lösungen"**. Wer so denkt, kann keine revolutionären Lösungen finden. Wenn es nicht mehr darum geht, das Richtige durchzusetzen, sondern "Ausgleich" zu finden, kann es nur reformistische Lösungen geben. Auch der bewaffnete Kampf verkommt dann zum bewaffneten Reformismus.
Das erklärte Ziel des palästinensischen Befreiungskampfes ist ein säkulares Palästina, d.h. ein Palästina, in dem Juden und Palästinenser gleichberechtigt leben können (und natürlich nur die, die das so wollen). Soviel zu den angeblich "nicht vorhandenen revolutionären Lösungen".

Der Charakter "Israels", war den RZ "Grund genug und zugleich Vorwand", trotz Ausschwitz gegen "Israel" zu kämpfen. Wieso Vorwand? Es ist nunmal so: die Punkte, die die RZ aufführen, warum "Israel" bekämpft werden muß, sind gute Gründe. Die zionistische Ideologie, die (unabhängig von den heutigen Kräfteverhältnissen in der UNO) rassistisch und die unabdingbare Grundlage des Staates "Israel" ist, steht einer Lösung im Interesse der Völker entgegen: "Israel" muß weg!

Wenn die RZ ihre Positionen zu "Israel" ungenau entwickelt hatten, hätten sie diese genauer entwickeln sollen, stattdessen schieben sie Gründe vor, sich nicht mehr damit auseinandersetzen zu müssen. **"Wir hatten allen Grund zur Zurückhaltung, wenn wir uns mit Motiv und politischem Gehalt des Antizionismus beschäftigten. (...) Das Dilemma der politischen Abstinenz, das sich daraus ergab, schien einigen von uns dahingehend auflösbar, daß wir den Begriff der NS-Kontiunität und unser Leben in diesem Land zu Anlaß nahmen, nach den Spuren jüdischen Widerstands gegen die nationalsozialistische Neuordnung zu suchen und uns darauf zu beziehen, als daß wir zwecks Legitimation und Befriedigung des eigenen Handlungsbedarfs politisch fatale Analogien zogen, wie dies in manchen Dokumenten des linken Antizionismus geschieht."**

Der schwelende Vorwurf, linker Antizionismus sei antisemitisch geprägt, wird seit langem als Propagandaargument gegen die Solidaritätsarbeit zu Palästina benutzt. Und diese Anschuldigung wird von den meisten (so auch von den RZ) benutzt, um wie zuletzt im Golfkrieg, eine pro-israelische Politik zu legitimieren. Die Argumentation arbeitet mit der Gleichsetzung "Israels" mit den Juden und der Bezeichnung "Israels" als Judenstaat. Diese Gleichsetzung, die sowohl von Zionisten als auch von Teilen des linken Spektrums vorgenommen wird, hat weitreichende

Folgen. Durch diese Methode wird Antisemitismus gefördert. Antisemitismus ist wie jede Form von Rassismus durch nichts zu entschuldigen. Die Gleichsetzung "Israels" mit Juden und die des antizionistischen Kampfes mit Antisemitismus, leistet diesem aber Vorschub. Die Assoziierung "Israels" mit dem "Judenstaat" führt im Bewußtsein der Bevölkerung dazu, daß durch den Charakter und die Praxis "Israels" antijüdische Ressentiments" verstärkt oder sogar erzeugt werden. Eine Auseinandersetzung in unseren Reihen sollte immer das Ziel haben, genauere und bessere Positionen zu entwickeln und sie sollte solidarisch geführt werden. Das schließt das leichtfertige Umherwerfen mit Antisemitismus-Unterstellungen aus.

Die Frage ist auch, ob der Antisemitismusvorwurf häufig nicht nur vorgeschoben wird, sich nicht verhalten zu müssen. Hierzu nur ein Beispiel : In Hamburg bemalten Leute aus der Hafenstraße eine Wand aus Solidarität mit der Intifada mit folgenden Parolen:

"BOYKOTTIERT 'ISRAEL' ! WAREN,KIBBUZIN + STRÄNDE
PALÄSTINA DAS VOLK WIRD DICH BEFREIEN
REVOLUTION BIS ZUM SIEG"

Hierauf wurde sowohl von der bürgerlichen Presse, als auch von Teilen der GAL, von Reemtsma und anderen, der Vorwurf erhoben, die Hafenstraße vertrete antisemitische Parolen. Aus "Boykottiert Israel" wurde "Kauft nicht bei Juden". Leute aus der Hafenstraße, aus ihrem Unterstützerkreis und aus der Solidaritätsbewegung zu Palästina, setzten sich sehr intensiv mit diesem Vorwurf auseinander. Ergebnis war eine Großveranstaltung, die von 600-800 Leuten besucht wurde. Die Auseinandersetzung führte dazu, daß einige, z.B. viele GAlier den Vorwurf zurücknahmen. Der Antisemitismusvorwurf war als Grund genannt worden, warum sie nicht mit auf die Straße gingen um die Intifada zu unterstützen, oder warum sie die Boykottkampagne nicht mittrugen. Es ist bezeichnend, daß auch nach Ausräumen dieses Grundes keine Aktivitäten zur Unterstützung des palästinensischen Befreiungskampfes durch diese Kreise unternommen wurden.
Ein ganzes Stück ehrlicher finden wir das von der RZ proklamierte 'back to the roots' des bürgerlichen Antifaschismus: "Vergessen waren die Sätze, die Ulrike Meinhof knapp zehn Jahre zuvor aus Anlaß des Sechs-Tage-Krieges geschrieben hatte: 'Es gibt für die europäische Linke keinen Grund, ihre Solidarität mit den Verfolgten aufzugeben, sie reicht bis in die Gegenwart hinein und schließt den Staat Israel mit ein'."
Vergessen wollen die RZ heute, wie die Revolutionärin Ulrike Meinhof und andere Genossinnen und Genossen ihre frühere prozionistische - dem bürgerlichen Antifaschismus der jungen Oppositionsbewegung in den 60iger Jahren geschuldete- Position theoretisch wie praktisch kritisierte und revidierte, indem sie den antiimperialistischen Kampf hier in der Metropole BRD auf die Tagesordnung setzten. (Wir empfehlen in diesem Zusammenhang das Papier der GenossInnen der RAF zum Schwarzen September, in dem ihre antizionistischen Positionen deutlich werden.)
Die RZ wollen- deutlicher läßt es sich nicht darstellen- zum Ausgangspunkt zurück: Zu der bürgerlichen Bewegung, die, da ihr antiimperialistische Analyse und Praxis noch unbekannt war, die von den Geschwistern Scholl wußte und deren integere individuelle Haltung bewunderte, aber der der kommunistische Widerstand noch unbekannt war. Zurück zu der Bewegung, die das Grauen vor den Verbrechen der "Vätergeneration" im Faschismus in eine zutiefst philosemitische Haltung –den"Schutz Israels" als lebenslange Buße der "Kollektivschuld"– transferierte.
Augen zu und durch: Was den RZ bei diesem Gewaltmarsch zurück ins bürgerliche Lager alles unterläuft, scheint ihnen nicht mehr bewußt zu werden: Der selbstgezogene Verweis auf den Krieg 67 im Zusammenhang mit der proklamierten "Solidarität mit Israel" kann nur als Legitimation der zionistischen Expansion - der Besetzung des Sinai, der Golanhöhen, Gazas und der Westbank - verstanden werden. Der 'Schutz Israels' - nichts anderes war die zionistische Propaganda-Klammer für diesen Krieg im Juni 67. Dieser Krieg stürzte, wenn auch mit zeitlicher Verzögerung, die metropolitane Linke (20 Jahre nach den Massakern von 47) in erste Widersprüche zur eigenen, anerzogenen prozionistischen Haltung. Im Zusammenhang mit dem neu erwachten antiimperialistischen Bewußtsein der jungen Linken (Vietnam-Solidarität) begann diese erstmals antizionistische Positionen einzunehmen.

Die RZ schreiben: "Daß wir seitdem (Entebbe) nichts mehr unternommen haben, was auf israelische Einrichtungen zielte, ist uns erst wesentlich später aufgefallen." Uns ist noch etwas aufgefallen: auch zu den revolutionären Gefangen haben sich die RZ seitdem extrem zurückgehalten. So haben sie es geschafft, zur Zeit des letzten Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF und dem "antiimperialistischen Widerstand" zwei Anschläge auf Gerichte durchzuführen und in der Erklärung mit keinem Wort auf den Kampf der Gefangen einzugehen, oder sie zumindest zu grüßen!

3. Revolutionäre Gewalt / Revolutionäre Gerichtsbarkeit

"Der Sinn der Veröffentlichung ist denkbar einfach: Wir wollen verhindern, daß ein Genosse, der uns wichtig ist, spurlos verschwindet. Wir wollen uns dem Eindruck widersetzen, als könne einer der unsren ohne Widerspruch umgebracht werden, selbst wenn uns die Mittel fehlen, dies zu vergelten. Wir wollen jeglichen Funken an Zweifel auslöschen, daß es für diese Entscheidung irgendeine Rechtfertigung gibt, die mit unseren eigenen Maßstäben in Einklang steht."
Was tun, wenn ein solches Ziel verfolgt wird? Es muß eine Auseinandersetzung mit der palästinensischen Gruppierung geführt werden, die dieses Todesurteil verhängt hat. Werden die Fragen nicht beantwortet, ist es nötig, diese Fragen öffentlich zu machen. Wo aber bleiben die Fragen an die palästinensische Gruppierung? Stattdessen erfahren wir, daß für die RZ die Integrität von Gerd außer Frage steht und es keinen Grund geben kann, der seinen Tod rechtfertigt. Es ist wichtig zu wissen, daß seine GenossInnen aus der RZ sagen, nein, wir stehen zu ihm und können uns keinen Grund vorstellen, der mit Gerd zu tun hat. Es ist wichtig, weil es die Notwendigkeit und Bedeutung einer Untersuchung unterstreicht.
Die Möglichkeit, daß ein Genosse oder eine Genossin zu Unrecht durch die eigen Reihen getötet wird, besteht, es ist auch richtig, daß die Revolution viele ihrer besten GenossInnen auf dem Gewissen hat, und daß sich Konterrevolutionäre es oft zunutze machen konnten, mit Verratsgerüchten und Intrigen zur Schwächung und Spaltung der revolutionären Kräfte beizutragen.
Die RZ fragen nicht öffentlich, welche Gründe es gab. Es ist wichtig, zu erfahren, was die Palästinenser in ihrer Entscheidung bewogen hat, rauszukriegen, ob es ein schwerer, bitterer Fehler war, ob es eine Geheimdienstintrige war, oder was sonst vorgefallen ist. Es geht hier nicht darum, irgendwelche Gründe aus den Fingern zu saugen, deshalb nun keine Spekulationen über diese Frage. Die RZ ziehen aber Schlüsse, ohne die Voraussetzungen dafür zu haben. So wird für sie Gerds Hinrichtung zum Tribunal gegen alle "Facetten des leninistisch-stalinistischen Verständnisses nationaler Befreiung"; und eben auch zum Tribunal gegen Gerds Internationalismusverständnis und gegen das, was ihm wichtig war: gegen den palästinensischen Widerstand.
Aus ihrem alten Verständnis "Unser Begriff von Solidarität verbot Kritik an den GenossInnen; eine Diskussion über Fehler lehnten wir ab..." ist das Erkämpfen eines kritisch-solidarischen Verhältnisses natürlich schwierig, die RZ haben das nicht geschafft oder nicht versucht und sich stattdessen auf andere Themen konzentriert und ihre Erfahrungen zum Allgemeingut erhoben. So kommt es, daß sie sich nicht vorstellen können, daß es auch anders geht; daß sie denken, daß alle, die andere Erfahrungen und Lehren gezogen haben, sich was vormachen. So kommt ihre Verachtung für GenossInnen, denen die Zusammenarbeit mit Befreiungsbewegungen wichtig ist, so kommt es, daß von den RZ nicht ihre eigenen Fehler selbstkritisch hinterfragt werden und sie es versuchen besser zu machen, sondern, daß die, mit denen sie einst gekämpft haben, zum Fehler erklärt werden, indem der Nationale Befreiungskampf zum Fehler erklärt wird.
Die Völker im Trikont schaffen sich die Organisationsformen, von denen sie sich am meisten versprechen. In vielen Ländern sind dies nationale Befreiungsbewegungen. Diese haben das Recht, eine Gerichtsbarkeit zu entwickeln, die den Bedingungen ihrer Kämpfe entspricht, und die auch das Recht einschließt, als äußerstes Mittel mit dem Tod zu bestrafen. Unser Vertrauen, daß dieses Mittel nicht leichtfertig angewandt wird, schließt die Möglichkeit von Fehlern mit ein. Hinterfragen und Kritik durch uns ebenso. Mißbraucht eine Organisation ihre Gerichtsbarkeit, kann dies zum Bruch mit dieser Gruppe führen, nicht aber dazu, daß damit alle Befreiungsbewegungen in Mißkredit gebracht werden, wie faktisch durch die RZ: "Nein: die Bereitschaft zur Ermordung eines Genossen läßt sich nicht mit der Härte der Bedingungen entschuldigen, sie ist Ausdruck einer Programmatik, ***deren einziger Gehalt*** die Erringung der Macht und deren Sprache die der künftigen Despoten ist..." (Hervorhebung durch uns).
Später schreiben die RZ: "Die Auseinandersetzung, die die Ermordung von Gerd ausgelöst hat, spielt sich diesseits der Barrikade ab." Naja, diesseits ist relativ, es kommt drauf an, wo mensch sich befindet. Auseinandersetzungen auf unserer Seite der Barrikade jedenfalls laufen anders ab. Sie sind geprägt vom Willen, gemeinsam weiterzukommen.

4. Soziale Basis unserer Kämpfe

"1973 haben GenossInnen der RZ in einem Interview gesagt: 'Es gibt aber auch einen Teil unserer Politik, den (...) viele Genossen nicht verstehen und nicht akzeptieren, und den die Massen auch nicht verstehen und der sie vorläufig auch nicht interessieren wird. Wir halten ihn dennoch für richtig. Dieser Teil des Kampfes bezieht sich auf den Internationalismus, wo es primär um die Solidarität mit den Genossen ausländischer Guerillabewegungen geht und die Solidarität mit den kämpfenden Völkern anderer Länder.' Was dort als Versuch formuliert wurde,eine Antwort auf die weltweite Ungleichzeitigkeit revolutionärer Entwicklung zu finden, war faktisch zugleich die Abkopplung vom hiesigen Sozialprozeß. Es war der Freibrief für eine Praxis, die sich um politische Vermittlung nicht einmal dem Anspruch nach zu bemühen braucht. "

Solch ein Zitat alleine kann kein Freibrief sein, es ist die Frage, wie er verstanden wird. Es gibt in der BRD derzeit keine Analyse über den Charakter der Metropolenbevölkerung im internationalen Zusammenhang, und die daraus resultierenden Analysen über die Bedeutung der sozialen Kämpfe hier, über den Stellenwert, die Rolle und die Aufgaben revolutionären Kampfes hier fehlen. Das ist kein Problem einzelner Strömungen, sondern eine allgemeine Erscheinung. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben, die anstehen, wenn wir nicht ewig vor uns hinarbeiten wollen, ohne zu wissen, was dabei rauskommt. Die Orientierung Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre auf die Anti-AKW-Bewegung, auf die antimilitaristische Bewegung, über das Entdecken der Arbeiter von Rheinhausen und die Definition einiger Stadtteile zu "unseren Vierteln", haben eins gemeinsam: Es waren Versuche, eine soziale Basis zu gewinnen, ohne klar zu haben, was das hier sein kann. In Situationen, in denen eine richtige, die Befreiungsbewegungen miteinbeziehende Analyse fehlt, ist es durchaus legitim, in der Praxis danach zu suchen. Das Ergebnis davon ist aber mehr als mager. Es gibt keine Definition dessen, was hier "Sozialprozeß" ist und es gibt insbesondere keine Einordnung des "Sozialprozesses" in das internationale Kräfteverhältnis, keine aktuelle Analyse über die Bedeutung von Kämpfen hier im internationalen Zusammenhang. Im Zeitalter des Imperialismus gibt es keinen "Sozialprozeß" in den Metropolen, der unabhängig von seinen weltweiten Auswirkungen bestimmt werden kann.

Ausgehend davon, daß der relative Wohlstand und die Befriedung in den Metropolen mit dem Blut und Elend der Menschen im Trikont erkauft ist, ist es nicht verwunderlich, sondern Ausdruck dieses Verhältnisses, daß internationalistische Aktionen und Positionen keine Massenbasis erreichen. Aber unabhängig davon ist eine solche Arbeit richtig und notwendig, wenn wir uns im internationalen Zusammenhang begreifen, was die GenossInnen aus den RZ 1973 noch bestätigen konnten.

Die RZ sollten untersuchen, ob es nicht eher an ihrer Rangehensweise im Konkreten -z.B. der großen Bedeutung der militaristischen Komponente in der Zusammenarbeit und der geringen Bedeutung der politischen Debatte darin- lag, daß sie sich von Verantwortung für ihr Tun losgesagt haben, als an einem solchen, bei richtiger Methode richtigen Zitat. Es gab und gibt einen Mythos von Militanz und dadurch eine Blindheit für politische Fragen. (Leider wird auch zu dieser Frage -wie zu vielen anderen- das Kind häufig mit dem Bade ausgeschüttet.)

Das Ziel, unseren internationalistischen Kampf auf eine breitere Basis zu stellen und hier, bei aller Schwäche, effektiver eingreifen zu können, beinhaltet die Notwendigkeit, internationalistische Politik zu vermitteln. Es ist ein Ausdruck des falschen Politikverständnisses der RZ, wenn sie sagen: **"...was wir auf internationaler Ebene machten, war nicht die antiimperialistische Dimension dessen, wofür wir in der BRD kämpften, sondern stand in krassem Gegensatz dazu."** Es zeigt, daß die RZ es nicht versucht haben, daß was sie "in der BRD" machten, international einzuordnen, bzw. ihre lokale Praxis internationalistisch zu hinterfragen und die internationale Praxis an ihren Zielen zu hinterfragen. Die weltweiten Zusammenhänge und die Unterschiedlichkeit der Bedingungen in den Metropolen und im Trikont, sind der Grund dafür, daß die Kämpfe im Trikont nicht die direkte internationale Dimension der Massenkämpfe in den Metropolen (so sie denn stattfinden) sein können.

Weiter schreiben die RZ **"Wir mußten uns entscheiden. Wer unsere Politik in den 80er Jahren verfolgt hat, weiß, wie diese Entscheidung ausgefallen ist."**

Auch wir teilen die Position Gerds und anderer GenossInnen:

DER PREIS, DEN IHR FÜR DIE "HERVORKEHRUNG EURER AUTONOMIE" BEZAHLT HABT, IST, INTERNATIONAL BETRACHTET, DAS VERSCHWINDEN IN DER BEDEUTUNGSLOSIGKEIT!

★ 3. Februar 92



aus: Radikal Nr.145

Gehversuche

Diskussionspapier einer weißen, gemischten Gruppe über Erfahrungen mit Flüchtlingsarbeit

Wir sind eine gemischte (mehr Männer als Frauen), weiße Gruppe, die sich mit Flüchtlingspolitik auseinandersetzt, d.h. punktuell Flüchtlinge unterstützt. Vor Mitte 1991 haben wir uns vorwiegend allgemein mit Rassismus und 'Migrationsbewegungen' auseinandergesetzt. Durch die Verschärfung der Asylgesetze und die Ereignisse im Sommer haben wir dann, wie viele andere Gruppen auch, begonnen, Kontakte zu Flüchtlingen aufzubauen. Wir haben hier versucht, unsere Erfahrungen und die anderer Gruppen zusammenzufassen und wollen damit Anregungen für eine gemeinsame Diskussion von UnterstützerInnengruppen geben. Praktisch kann das Paper in zwei Teile eingeteilt werden, die Vermittlung von Erfahrungen aus der praktischen Arbeit und die daraus resultierende Diskussion über Rassismen und Sexismen. In dem Text beziehen wir uns nur auf Erfahrungsberichte von weißen UnterstützerInnen und nicht auf Texte von Schwarzen. 'Schwarz' ist hier als politischer Begriff gemeint.

Praktische Flüchtlingsarbeit der letzten Monate

Wir beginnen mit der Flüchtlingsarbeit bzw. Antirassismusarbeit vor Ort. Seit einigen Monaten gibt es konkrete Erfahrungsberichte von Gruppen, die sich an bestimmten Punkten mit den Flüchtlingen solidarisieren bzw. mit ihnen zusammenarbeiten. Es wurden Flüchtlinge versteckt, über die Grenzen gebracht, öffentliches Kirchenasyl organisiert, die 'Doppelflüchtlinge' (aus der Ex-DDR) untergebracht oder aber gegen die Unterbringung, Versorgung und die soziale Entrechtung der Flüchtlinge protestiert, wobei teilweise kleine Verbesserungen erreicht worden sind.

Beispiele, bei denen Flüchtlinge Aktionen gemacht haben, die auch durch Gruppen unterstützt wurden, gab es viele. Hier nur ein kurzer Ausschnitt:

- in Tübingen haben Sinti und Roma über Wochen eine Kirche besetzt, um ihr Bleiberecht zu erkämpfen;

- in Düsseldorf gab es monatelang ein Zeltlager der Roma vor dem Landtag, wobei es ihnen auch um ihr Bleiberecht ging;

- in Berlin widersetzten sich JüdInnen aus der ehemaligen UDSSR gegen ihre Abschiebung nach Israel;

- viele Flüchtlinge, die nicht in die Ex-DDR verschubt werden woll-ten, kamen nach Berlin, Hessen oder Niedersachsen (wie die Flüchtlinge in der Kirche in Norderstedt), um für ihren Aufenthalt in Berlin oder überhaupt im Westen zu kämpfen.

Unterstützung - aber wie???!

Wir können hier nicht alle Kämpfe und Konflikte nennen, wichtig ist nur festzustellen, daß es eine andere Art der Poltik ist, die Flüchtlinge direkt zu unterstützen als sich theoretisch über Rassismus oder Fluchtbewegungen auseinanderzusetzen.
Aus den konkreten Kontakten ergaben sich oft Probleme, wie die so z. B. die von Männern aus einer UnterstützerInnen Gruppe in Bochum, die von den Roma zuerst gefragt wurden, "ob wir [sie] sozialarbeiter oder bullen" seien, da das die "einzigen alternativen" für sie waren. (aus 'Diskussion von Männern aus der Roma-UnterstützerInnengruppe in Bochum'(Interim Nr.150) Oder den Roma, denen der Bio-Eintopf der Tübinger UnterstützerInnen nicht schmeckte und die dazu noch keine Dankbarkeit für den Eintopf zeigten. (aus 'Kampf ums Bleiberecht' aus Radikal 140 und Südwind Nr.12).
In der konkreten Situation treten immer Reibungen auf. Fehler und der Umgang mit Problemen können dazu führen, neue Ansätze zu erkennen.
In der Unterstützung der Flüchtlinge geht es darum, die Forderungen der Flüchtlinge zu unterstützen, Kontakte und Strukturen zur Verfügung zu stellen, Öffentlichkeit herzustellen durch Pressearbeit, das Kontaktieren von AnwältInnen, den gemeinsamen Besuch der 'Ausländer'behörde, das Drucken von Flugis mit den Erklärungen der Flüchtlinge usw.

'Bedingungslose' Unterstützung der Flüchtlinge ?!?

Alles dies erscheint als 'bedingungslose' Zusammenarbeit mit den Flüchtlingen, sagt aber nichts anderes aus, als daß "*im Gegensatz zu anderen politischen Kämpfen es von vorneherein unmöglich ist, uns als im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehend zu sehen, wie Autonome das oft und gerne tun*" (UnterstützerInnengruppe aus Neumünster, die die Flüchtlinge in Norderstedt unterstützt).
'Bedingungslose' Unterstützung heißt nicht eigene Positionen über Bord zu werfen, sondern sich an den Schritten der Flüchtlinge zu orientieren und in diesem Rahmen selber handlungsfähig zu werden, z.B. dadurch, indem Schweine, die Flüchtlinge unterdrükken oder ausbeuten, konkret unter Druck ge-setzt werden, unabhängig von den Flüchtlingen. (z.B.:Brandanschlag auf ein Busunternehmen in Berlin, das Flüchtlinge in die Ex-DDR transportieren sollte.)
Außerdem bedeutet das nicht, gegenüber den Flüchtlingen andere Maßstäbe anzulegen als an Deutsche. Wenn wir das Geschlechterverhältnis nicht beachten, ist das einmal eine Aufgabe von den von uns erarbeiteten Bedingungen, stellt aber auch eine Form von Rassismus dar. (Durch 'positive Diskriminierung' oder bloße Betrachtung des 'Opfers', daß kein 'Täter' sein kann). Diese Überlegungen müssen von Anfang an miteinbezogen und diskutiert werden, bei der Zusammenarbeit mit den vorwiegend männlichen Flüchtlingen. Und nicht nur von den Frauen, auch 'antirassistische' Männer müssen ihre Position zu Sexismen formulieren. (Weiter unten nochmal genauer)
Diese Art der Unterstützung schränkt Überlegungen nicht ein, eine eigenständige weiße, antirassistische Position zu entwickeln, sondern sie kann daraus entwickelt werden.

'Bedingungslose' Unterstützung - Sozialarbeit ?!?

Dadurch, daß immer wieder Menschen in die BRD flüchten, ist ein Ende der praktischen Arbeit nicht abzusehen.
Einige Gruppen kritisieren,
- daß diese Arbeit dazu führt, daß die eigenen Inhalte nicht mehr auftauchen,
- daß das autonome Selbstbeschäftigung sei,
- daß dadurch die eigene Perspektivlosigkeit aufgehoben wird,
- daß sich hinter den Flüchtlingen versteckt wird usw.

Das mag ja alles stimmen.
Aber die Erfahrungen in der konkreten Unterstützung führen dazu, daß sich eine Handlungsfähigkeit an neuen Punkten ergibt, eigene Strukturen und politische Verhältnisse neu überdacht werden können. "*In der konkreten Arbeit mit Flüchtlingen und ImmigrantInnen ist deutlich, daß wir nicht alle von den gleichen Ausgangsbedingungen kämpfen. Wir müssen uns über gemeinsame Ziele und Perspektiven und Unterschiede auseinandersetzen. Dies wird nicht nur über theoretische Diskussion möglich, sondern über die praktischen Versuche der Zusammenarbeit und der ständigen Reflektion und dem Eingestehen gemachter Fehler. D.h. für uns Kontakte zu knüpfen und Beziehungen anzufangen, im Kampf gegen den alltäglichen Behördendschungel zu helfen, Alltag mit organisieren, Leute verstecken oder über die Grenze zu holen, heißt oft einfach Sozialarbeit zu machen. Das kann einer /m schnell über den Kopf wachsen und die Grenzen subjektiver Belastbarkeit erreichen.*" (Tübinger UnterstützerInnen Gruppe, siehe oben)
Sozialarbeit ist bei der konkreten Unterstützung auch ein Bestandteil, da ohne die direkte Unterstützung, z.B. bei den Behörden, sich auch kein Vertrauen entwickelt. Wir übernehmen Aufgaben, wie unsere Kenntnis über Behörden, Gesetze und Rechte den Flüchtlingen zu vermitteln, nutzen dabei unsere priviligierte Stellung, z.B. wenn Flüchtlinge bei Behördengängen in unserer Begleitung zuvorkommender behandelt werden. Nicht alle Flüchtlinge können so unterstützt werden. Nur ein Ausschnitt derer, die hier ankommen, können von uns begleitet werden. Gleichzeitig bekommen wir auch mal die rassistischen Zustände innerhalb der Gesellschaft mit, die bis in unsere weiße 'Szene'-Nische meist nicht vordringen.



Zusammenarbeit - mit wem ?!?

Einige dieser Aufgaben wurden sonst von dem bürgerlich-aufgeklärten Spektrum übernommen, das sich aber immer mehr zurückgezogen hat. "*Nach der Widervereinigung oder besser nach der Eingliederung der DDR in das Machtgefüge der BRD, hat sich ein neues Nationalbewußtsein manifestiert. Die großen Gruppierungen in der Gesellschaft haben sich dem Deutschlandtaumel angeschlossen. Die Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, die Grünen, die SPD und auch linke Gruppierungen haben dieses Großdeutschland begrüßt.* ***Dies ist die Grundlage für die Hetze gegen ImmigrantInnen, für die Hetze gegen Flüchtlinge.*** *Nie zuvor konnte die Das-Boot-ist-voll-Mentalität so leicht propagiert werden.*" (aus 'Massendeportationen in der BRD nach dem 30.6.91' Flüchtlingsbüro Paderborn, in Unfassba Nr.9)
Genau in solch einer gesellschaftlichen Atmosphäre, wo der Rassismus oder besser die Rassismen überall ins Auge stoßen, geht es aber um konkrete, sichtbare Schritte.
Trotzdem bilden sich oder gibt es noch Strukturen und Kontakte zu humanistischen und liberalen Personen, die durchaus bereit sind, an gewissen Punkten sich über die von ihren Organisationen gesetzte Norm hinwegzusetzen oder den staatlichen Rahmen zu unterlaufen. Indem sie z.B. Flüchtlinge verstecken.
Hieran schließt sich auch die Kritik an der Ignoranz an der weißen Linken an:
"Hinzu kommt, daß linke Kräfte und linke Gruppen (K-Gruppen, SozialdemokratInnen, Grüne, Alternative, Autonome, Antifas) oft unbewußt rassistische Strömungen fördern, weil die eigenen Vorstellungen und Erfahrungen auf rassistische

Gedanken aufbauen: Die Ideologie des multikulturellen Konzepts propagiert unterschwellig eine Verelendung deutscher Lebenskultur: Indianer-Schmuck als Mode, chinesisches, indisches, jugoslawisches Essen; Musik und Literatur aus Lateinamerika oder Afrika; Urlaub in Indonesien, China, Türkei.
Es werden Teile konsumiert, die in eigene Lebensbereiche passen oder sie bereichern. Insofern werden andere Einflüsse heute nicht mehr eliminiert, sondern dienen bei ihrer systematischen Entwurzelung der deutschen Kultur. Direkte Beziehungen mit Menschen aus anderen Ländern dagegen werden kaum eingegangen, vielleicht ansatzweise an den Unis mit ausländischen intellektuellen StudentInnen. Kontakte werden lediglich über "politische Arbeit" wahrgenommen, wenn sie Opfer faschistischer Arbeit werden." (aus 'Massendeportationen in der BRD nach dem 30.6.91' Flüchtlingsbüro Paderborn, in Unfassba Nr.9)

Auswirkungen der Praxis

Die Praxis im Umgang mit anderen Menschen bedeutet auch eine Veränderung des 'linken' Alltags. Vertrauen wird durch Verbindlichkeit in Bezug auf die Probleme der Flüchtlinge aufgebaut. Ansonsten wirkt unsere gesamte Politik immer nur als Feuerlöscher (wenn's brennt, versuchen wir zu löschen). Erst aus einem Verhältnis zwischen uns und den Flüchtlingen, das auf gegenseitigem Respekt aufgebaut ist, und das auch Kontinuität hat, kann der Boden geschaffen werden, für weitere Überlegungen, z.B.dafür, gemeinsam an die Öffentlichkeit zu treten. Das funktioniert nicht von einem autonomen oder antirassistischen Plenum aus, sondern Vorort: in den Flüchtlingsunterkünften, in den Wohnungen, an den Treffpunkten der Flüchtlinge und auch auf der 'Ausländer-' und Sozi-Behörde. Das bedeutet nicht, daß jede/r diese Praxis wählen sollte, sondern es sind unsere Erfahrungen, im Umgang mit Flüchtlingen, um Kontakte mit ihnen aufzubauen.

Wenn wir uns unsere Strukturen angucken, sehen wir sehr schnell, daß es bisher in allen Städten, in denen konkrete Flüchtlingsarbeit lief, nur vereinzelt oder in kleinen Gruppen gelang, kurzfristige Initiativen durchzuführen. Antirassistische Arbeit wird nur von einem kleinen Teil der Szene unterstützt. Solange das Bewußtsein von dem Zusammenwirken der drei Unterdrückungsmechanismen, Rassismus, Sexismus und Imperialismus, in der weißen, radikalen Linke nicht vorhanden ist, wird dies wohl so bleiben.

Gleichzeitig sind dann auch die Besetzung der TU oder die Unterbringung der Flüchtlinge in Norderstedt nur ein Tropfen auf den heißen Stein, da die Herrschenden zu keinem Zeitpunkt auf der Tagesordnung stand. Diese Frage wurde von den UnterstützerInnen in Tübingen, Neumünster, Berlin nicht gestellt. Es ging in der bisherigen Unterstützung von Flüchtlingsgruppen, seien es Sinti, Doppelflüchtlinge, oder Einzelpersonen, um deren alleinige Unterstützung, bzw. deren Forderungen und Kämpfe. Dies mag auf die Dauer nicht reichen, führte aber zumindest dazu, daß die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gezwungen waren, sich zu verhalten und dazu, daß einige Flüchtlinge hier bleiben konnten.

In Berlin konnten die Flüchtlinge aus Hoyerswerda ein Bleiberecht erkämpfen, allerdings unter der Anrechnung auf die von Berlin als Quote aufzunehmenden Flüchtlinge. In Tübingen wurde ein großer Teil der Roma abgeschoben. In Schwalbach wurde dadurch, daß nur ein Teil der Doppelflüchtlinge in Hessen bleiben konnten, durch staatliche Maßnahmen eine Spaltung unter ihnen undundundu... .Nicht alle Kämpfe sind erfolgreich und vor allen Dingen nicht ausschließlich an Erfolgskriterien zu messen. Wir finden solche Initiativen in jedem Falle sinnvoll, weil durch sie, Bewegung in die Auseinandersetzung kommt und auch ein gewisser Druck gegenüber den Herrschenden entsteht. Auch können sie, trotz zweifelhaften Ergebnisse für die Flüchtlinge, für die weißen UnterstützerInnen neue Perspektiven bewirken.

Unterschiedliche Bedingungen von Flüchtlingen!!

Für die praktische Unterstützung ist es notwendig, die unterschiedlichen Bedingungen der Flüchtlinge zu kennen und zu berücksichtigen. Sinti und Roma aus Osteuropa sind anders drauf als Flüchtlinge aus dem Senegal oder aus Sri Lanka. Das einzige, das sie meistens gemeinsam haben, ist, daß sie hier leben wollen und sich hier ein besseres Leben versprechen als in ihren Herkunftsländern.

Sinti und Roma reisen meistens mit ihrem ganzen Familienzusammenhang ein oder leben teilweise schon seit Jahrzehnten hier und verbinden somit ganz andere Perspektiven mit der BRD als andere Flüchtlinge. Sie haben die Familienstruktur, auf die sie vertrauen, und innerhalb der sie auch den Widerstand organisieren. Es gibt in vielen Regionen Roma und Sinti, z.B. In Köln, Dortmund, im Neckarraum und in Hamburg. Die meisten von ihnen fordern ein generelles Bleiberecht, was ihnen aber von den Behörden verweigert wird.

Sie sind fast alle in der Roma-Union organisiert und werden somit auch von ihr vertreten. (Was natürlich nicht bedeutet, daß die Roma-Union das auch leistet.)
Die Struktur der Roma ist patriarchial, so gibt es kaum Sprecherinnen. (Soviel wir wissen keine.) Weiße Männer haben dadurch einen 'leichteren' Zugang zu ihren Strukturen. Bei der konkreten Unterstützung kann dieses Verhältnis zu Problemen führen

"Eine starke hierarchische Struktur führte zu zusätzlichen Schwierigkeiten, weil sie im Widerspruch zu unseren Vorstellungen von basisdemokratischer Arbeit steht. Die Organisation und die Diskussion der Roma waren für uns nicht immer klar und nachvollziehbar. Die hierarchischen und patriarchalischen Strukturen, von denen auch unsere Zusammenhänge nicht frei sind, entsprachen nicht unserem politischen Selbstverständnis, stellten uns vor einige Fragen und führten zu z.T. heftigen Auseinandersetzungen: Es gab unter uns - d.h., zwischen Männern und Frauen - unterschiedliche Auffassungen, bei welchem Maß an patriarchalem Verhalten keine gemeinsame Arbeit mehr möglich ist. Frauen mußten sich individuell überlegen, ob und wann sie ihre Solidaritätsarbeit abbrechen. Wir können unsere Politikvorstellungen nicht zum alleinigen Maßstab für die Zusammenarbeit machen, weil wir nicht die gleichen Bedingungen haben. Diese unterschiedlichen Ausgangsbedingungen sind Ausdruck rassistischer Gewaltverhältnisse, die wir uns bewußt machen müssen, da wir schließlich nicht ausserhalb von ihnen stehen!" (aus 'Kampf ums Bleiberecht' aus Tübingen s.o.) Wichtig und ergänzbar finden wir bei dem Zitat noch, daß nicht nur Frauen sich Gedanken über ihre Soli-arbeit machen müssen, sondern auch Männer sich ihr Verhältnis dazu überlegen müssen und nicht durch ihre priviligierte Stellung die Arbeit bestimmen können.
Gleichzeitig muß auch eine Auseinandersetzung über unsere eurozentristische Denkweise stattfinden, wie auch bei dem nächsten Zitat deutlich wird. *"Der Mann begab sich abends auf politische Treffs und nahm dort am Kampf fürs Bleiberecht teil. Die Frau saß derweilen zu Hause, pflegte die Kinder und kümmerte sich um Essen und Wohnung. ... Und bei näherem Kennenlernen der Lebensumstände der Frau wurde deutlich, daß sie es an Militanz in Aktionen und Zähigkeit im Kampf für ein Ziel (Bettelmarsch) doch locker mit jedem autonomen Fighter aufnehmen kann. Ihr täglicher Kleinkrieg ist jedoch der Reproduktionsbereich, ihr Schlachtfeld sind Sozialarbeit, Ausländeramt, Krankenhaus und Wohnheim, nicht in erster Linie die Straße."* (Diskussionspapier zur Erfahrung mit Flüchtlingsarbeit in NRW aus Ruhrgebietsinfo Nr.3



Viele Flüchtlinge sind es nicht gewohnt, abstrakte Diskussionen über Imperialismus, Patriarchat und Rassismus zu führen. Dies ist dadurch verständlich, da die meisten Flüchtlinge aus ihrer ökonomischen Lage heraus, gezwungen waren praktisch zu werden und ihre Lebensumstände bzw. Klassenlage andere sind als die der meisten UnterstützerInnen, die meist aus einem kleinbürgerlichen Spektrum kommen, eine Schulbildung haben, Zeit und Geld hatten sich weiterzubilden und sich deshalb auf der abstrakten Ebene zurechtfinden können.

Roma sind z.B. vom westlichen Bildungssystem ausgeschlossen. Ihre Forderungen und ihre Realität unterscheidet sich von unserer Realität:
"Die Roma antworten auf Zigeunerhaß, Vertreibung und Rassismus nicht nur mit ihrer Fortexistenz, mit ihrem Überleben, mit ihrer Anwesenheit und der juristischen Forderung nach Bleiberecht, sondern kämpfen um einen Stellplatz, um eine anständige Wohnung, um Sozialhilfe, um Arbeit oder um das Recht auf Faulheit, um Schwarzarbeit, um medizinische Versorgung, um die Wohnwagen, der ihnen gefällt, mit dem Benz davor." (NRW-Paper Diskussionspapier zur Erfahrung mit Flüchtlingsarbeit s.o.)
Aber jetzt nochmal zurück zu den verschiedenen Ausgangsbedingungen der Flüchtlinge.
Bei den Schwarzen, die meistens aus afrikanischen Ländern kommen, ist die Situation völlig anders. Sie kommen hier als Einzelpersonen an, haben ab und zu Verwandte, die in benachbarten europäischen Ländern leben. Meistens wurden sie von ihrer Familie nach Europa geschickt, um diese materiell zu unterstützen. Oft sind sie als letzte Hoffnung ihrer Familie hier, um ihr den 'Wohlstand' zu bringen. Die Schwarzen, fast nur Männer, stehen so unter einem enormen Druck, da sie die Erwartungen, die in sie gesteckt wurden, erfüllen müssen. Sie merken sehr schnell, daß dies nicht so einfach funktioniert. Meistens versuchen sie irgendwie an Geld zu kommen, auch über den Verkauf von Drogen.

Diese Flüchtlinge sind aufgrund ihrer Hautfarbe häufig rassistischen Angriffen ausgesetzt. Aber nicht nur durch die Faschos, sondern auch durch die Bullen. In vielen Großstädten legitimieren diese ihre rassistischen übergriffe damit, daß Schwarze mit Drogen handeln. Terrorisiert werden aber alle Schwarzen. Die rassistischen Angriffe auf die Schwarzen werden begleitet von den besonders rassistischen Bullen, die soweit gehen, sich einzelne Schwarze herauszupicken und diese dann, zum Ausleben ihrer Kaputtheit, fertigmachen.

"Hat jemand keine Papiere, ist er der gnadenlosen Willkür rassistischer Bullenschweine ausgeliefert:

- Leute werden in den Wald gefahren, ausgezogen, an Bäume gefesselt, zusammengeschlagen und liegengelassen;

- Leute werden mit einem Strick um den Hals an den Reifen eines Bullenautos gebunden und durch Rollenlassen des Autos verletzt;..." aus 'Gedanken zur Konstabler Wache: Mauerstützen' in Swing Nr.37)

Solch drastische willkürliche Übergriffe der Bullen sind auch aus mehreren Städten (Hannover, Stuttgart, Bremen und Frankfurt) bekannt geworden. Auch hier gibt es in der Praxis Schwierigkeiten Strukturen aufzubauen oder Kontakte zu Schwarzen zu bekommen, um auf die Bullenübergriffe gemeinsam reagieren zu können.

Längerfristig bietet die BRD ihnen keine Perspektive, da Asylanträge nur selten anerkannt werden. Sie sind somit gezwungen entweder illegal hierzubleiben, was aber durch die Bullenübergriffe erschwert wird, oder sich in ein anderes Land abzusetzen. Meistens bleiben sie solange hier, bis sie alle Geldmittel ausgeschöpft haben. Da viele Englisch oder Französisch sprechen, kommen dann Städte in Frage, in denen es größere Schwarze Gemeinschaften (Communities) gibt, und in denen schon massig 'Illegale' leben, wie in Paris, London und Amsterdam.

Hier wurde jetzt hauptsächlich die Situation von Männern beschrieben, weil wir zu den Lebensbedingungen der Frauen wenig mitbekommen haben.

Es kommen weniger schwarze Frauen als Männer nach Europa. Wenn sie dann hier sind, sind sie oft gezwungen als Prostituierte zu arbeiten. Unterkünfte von Frauen werden von weißen Typen belagert, weil diese mitbekommen haben, daß dort schwarze Frauen leben, die sich prostituieren. Der einzige Ausweg für ein juristisches Bleiberecht ist oft die Heirat mit einem weißen Typen, da frauenspezifische Fluchtgründe nicht anerkannt werden. Diese Notlage wird von weißen Typen ausgenutzt, um die Frauen an sich zu binden. Viele gehen sogar soweit, die Frauen auf den Strich zu schicken. Wenn eine sich dagegen wehrt, hat sie nach einer Scheidung automatisch kein juristisches Bleiberecht mehr. Vier Jahre Zwangsehe, nur in *Härtefällen* 3 Jahre, muß sie überstehen, um einen eigenen Status zu bekommen.

- Leute werden zusammengetreten, daß sie sich tagelang nicht rühren können;

- auf der Wache darf jeder Bulle, der reinkommt, mal zuschlagen;

Flüchtling - Neues Subjekt der Autonomen?!?

Die Unterschiedlichkeit der Flüchtlinge ist sehr weitgehend und bedeutet, daß diese Kämpfe, nur am Ziel orientiert, vereinheitlicht werden können und nicht allgemein, weil sie Flüchtlinge sind.

"der widerstand der flüchtlinge gegen die rassistischen weißen angriffe in der metropole unterscheidet sich für uns stark voneinander: der kampf der roma gegen ihre deportation und der widerstand z.b. gegen die neuen ausländergesetze, der vor allem von türkischen leuten getragen wird, erscheinen uns als zwei wirklich verschiedene dinge, obwohl sie sich gegen dasselbe herrschaftskonzept und gegen dieselben herrscher richten. was sie unterscheidet, sind zunächst zeitpunkte und kampfformen. dahinter steht aber eine verschiedenheit der perspektive." (Männerdiskussionspapier aus Bochum s.o.)

Oder nochmal anders formuliert aus einem Papier 'Erfahrungen einer Flüchtlingsinitiative' aus der Wilcat Nr.44: *"Die Grenzen ... kollektiver Aktionen* [von Flüchtlingen] *liegen darin, daß sie sich nur daran vereinheitlichen, weil der Staat alle zu 'Asylanten' macht und den gleichen Bedingungen unterwirft. Sind diese Bedingungen (z.B. Zwangsarbeit) durch den gemeinsamen Kampf abgeschafft, treten die Unterschiede voll heraus. 'Flüchtling' ist kein homogenisierender [homogen - einheitlich] Begriff; niemand betrachtet sich selbst in erster Linie als 'Flüchtling'. Die Flucht oder Auswanderung ist in der Regel ein sehr individueller Schritt, auch wenn er durch soziale Zusammenhänge ermöglicht wird* [s.o. z.B. bei den Schwarzen]. *Dementsprechend individuell sind auch die Perspektiven hier."*

Für Alle, die aus anderen Ländern hierher kommen, gibt es spezifische Gründe. Sie können nicht als neue 'Subjekte' erkannt werden und auch nicht von KritikerInnen an der UnterstützerInnen-Szene zu solchen gemacht werden. Obwohl Außenstehenden schon diesen Eindruck bekommen können, besonders dann, wenn die Selbstaufgabe, im Sinne von Auspowern der Kräfte, in konkreten Kämpfen schon recht hoch ist. Dieser Konflikt tritt dann auf, wenn wenige viele Aufgaben übernehmen müssen, z.B bei der Kirchenbesetzung der Sinti und Roma, oder der Unterstützung der Doppelflüchtlinge aus der Ex-DDR.

Konflikt - Kopf- und Handarbeit

Flüchtlingspolitik sollte öffentlich auf Seiten der Flüchtlinge geführt werden. Dabei kommt es nicht darauf an, ob sie praktisch mit Flüchtlingen zusammen geschieht oder ob sich Menschen, Weiße oder Schwarze, getrennt organisieren und konkret rassistische Stellen in Frage stellen oder angreifen. Wir sollten eine Spaltung an diesem Punkt vermeiden, wie es so oft sehr schnell passiert, wenn diese Trennung in Kopf- und Handarbeit, in Theorie und Praxis vollzogen wird

Bei unserer Politik haben wir uns für die Praxis, der praktischen Zusammenarbeit mit den Flüchtlingen entschieden, wollen aber deshalb nicht die Gruppen verurteilen, die dort ansetzen, die Bedingungen hier aus ihrer Position als weiße Deutsche zu verändern. Z.B. wenn die RZ bei der Kampagne 'Für freies Fluten gegen imperialistische Flüchtlingspolitik' die konkreten rassistischen Stellen (Ausländerzentralregister, den Richter Korbmacher, Ausländerbehörden usw.) angreift, was be- und verhindern und praktische Solidarität übt; und dies aus der eigenen Analyse heraus.

...nnte Wracks hinterließ ein Brandanschlag auf ein Berliner Bus-Unternehmen

Die Macht des Stärkeren!!!

Bei der Betrachtung der Struktur unserer Gruppe, drängte sich uns die Frage auf: Wie ist es möglich, die Unterschiede zwischen den Geschlechtern, der Hautfarbe, der Klassen in unseren Alltag mit einzubeziehen?

"Unterschiede sind nicht nur kulturell bedingt im Sinn von verschiedenen Sprachen und Dialekten, Religionen und Essen, noch rein physisch [körperlich] im Sinn von Hautfarbe und Haarstruktur. Unterschiede sind meist an sozio-ökonomische [gesellschaftlich-wirtschaftlich] und politischen Machtstrukturen gebunden." (aus 'Unterschiede zwischen Frauen' im Forum Nr. 156)

Um diese Machtverhältnisse verändern oder angreifen zu können, müssen wir uns mit ihnen auseinandersetzen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß wir durch unsere Stellung, als Weiße davon profitieren, daß Menschen aus anderen Ländern ausgebeutet und ImmigrantInnen, Flüchtlinge und hiergeborene 'nicht-deutsche' Frauen und Männer unterdrückt werden.

Auch wenn wir Flüchtlingsarbeit leisten, sind wir nicht davon befreit rassistische Denkstrukturen, Gefühle und Verhaltensweisen zu haben, sondern erst im Alltag wird deutlich, daß wir keine 'besseren' Menschen sind.

Wir müssen uns klar darüber werden, welche Machtpotentiale wir besitzen und lernen, sie nicht gegen Schwarze auszuspielen; genauso wie weiße Männer lernen müssen ihre Machtpotentiale zu benennen. Durch die weiße Hautfarbe, bzw. Männer durch ihre Geschlechtszugehörigkeit, verfügen über Privilegien, die zunächst rechtliche, politische, soziale und ökonomische Macht beinhaltet. Erst wenn Männer und weiße Frauen sich diesen Machtverhältnissen bewußt werden und in ihren Alltag miteinbeziehen, ist es möglich über Gemeinsamkeiten zu sprechen.

Nicht nur im allgemeinen gesellschaftlichen Rahmen, sondern genauso in unseren Zusammenhängen sind diese Machtstrukturen unweigerlich vorhanden. Ein Beispiel, das dies deutlich machen soll. Eine Beobachtung bei der TU-Besetzung in Berlin:

"Während den Versuchen von kontinuierlicher antirassistischer Arbeit im Frühjahr und Sommer war die Zusammensetzung der Gruppen vor allem durch Frauen geprägt. An dem Punkt, wo anscheinend über autonome medienwirksame Highlights kurzfristig Erfolge zu erwarten sind, ändern sich in typisch männlich dominierten Stil, die Zusammensetzung und auch die Formen der inneren Struktur." (Kritik und Überlegungen ... Interim Nr.168).

Diese patriarchalen Machtstrukturen werden häufig ignoriert und nur von wenigen, meistens ist das die Rolle von Frauen, thematisiert.

Eigene Herrschaftsansprüche, die aus weißer bzw. männlicher Dominanz herrühren, sind oft unausgesprochen. Es wäre schon ein Schritt gemacht, wenn in diesem Rahmen gemischte weiße Strukturen bewußt zu ihrer Zusammensetzung Stellung beziehen würden, weil dadurch die vorher beschriebenen Machtstrukturen und somit Herrschaftsansprüche benannt werden. Gemischte Strukturen werden meist von Männern als 'normal' hingenommen, bewußte Entscheidungen und Auseinandersetzungen damit werden nicht öffentlich, außer von Frauen aus dieser Struktur, die oft in die 'Rolle, des sich erklären müssens, gedrängt werden.

Eine ähnliche Rolle haben die Frauen aus diesen Strukturen, wenn es um Sexismen geht. Sexismus wird als 'ihr Problem' (zwar nicht offen ausgesprochen, da mann das nicht mehr macht) angesehen, sie haben sich damit auseinanderzusetzen.

Weiße Männer müssen lernen sich eigene Positionen zum Sexismus zu erarbeiten, um Stellung zu beziehen. Bei der praktischen Arbeit mit Flüchtlingen heißt das, daß sie sich Gedanken darüber machen müssen, wie die gemeinsame Arbeit mit den vorwiegend männlichen Flüchtlingen aussehen kann. Und sie mit ihren Privilegien, die sie als Männer haben, bewußt umgehen. Z.B: Nicht den Frauen, die nicht bereit sind in

eine Unterkunft zu gehen, weil sie sich dort gegen Anmache wehren müssen, nicht genügend Einsatz vorzuwerfen oder diese Mechanismen ignorieren. Und diesen Umgang mit der Anmache, als 'persönliches Problem' der Frauen werten und sie nicht zum allgemeinen Thema machen. Es erscheint uns notwendig, Gruppenprozesse innerhalb der gemischten Struktur zu überprüfen. Wie einige UnterstützerInnengruppen festgestellt haben, liegt in bezug auf den Geschlechterwiderspruch einiges im Argen. Typen setzen sich in den Vordergrund, bestimmen die Diskussionsstruktur, Rödeln ohne Ende und bestimmen so ihre Wichtigkeit usw. Darüber muß geredet werden, aber oft sticht Frau/mann dann in ein Wespennest und alles fliegt auseinander, aber besser so als garnicht. Denn Weiße Männer können sich entscheiden, wann und wo sie sich ihrer eigenen Sexismen und Rassismen bewußt werden. Frauen und Schwarze haben diese Entscheidung nicht. Diese gesellschaftliche Realität kann nicht ausgeblendet werden, sondern sie ist die Grundlage der unterschiedlichen Bedingungen.

Anti Rassismus ist zu wenig!!!

Wie wir oben schon angesprochen haben, haben wir bei der praktischen Arbeit bemerkt, daß wir die Flüchtlinge, bzw. die männlichen Flüchtlinge, nicht 'ernst' genommen haben. Wir haben in ihnen nur die 'Opfer' und nicht die 'Täter' gesehen. Jeder schwarze Mann ist genau wie jeder weiße Mann ein potentieller Vergewaltiger. Die Erfahrung zeigt auch, daß sich die körperliche Macht der weißen oder schwarzen Männer gegen die weißen und schwarzen Frauen richtet. Schwarze haben durch die Kolonisation, die überwiegend durch weiße Männer durchgeführt wurde, die Werte der patriarchalen, westlichen Welt aufgezwungen bekommen und diese z.T. übernommen. Auch aus der Kolonialzeit übriggeblieben, oder besser gesagt immer wieder belebt,

daß wir (Männer und weiße Frauen) die 'Macht zu bewerten' besitzen. Die Relevanz hängt natürlich von unserer jeweiligen Position (Geschlecht, Klasse) ab.

"*Es stimmt, daß die Bevormundung [Paternalismus] und Entmündigung aller nicht fließend deutsch sprechenden und denkenden Menschen ein rassistischer Standard ist, der auch unser Handeln z.T. bestimmt. Und es stimmt, daß es bei der Unterstützung von kämpfenden Flüchtlingen immer den Widerspruch zwischen solidarischer Hilfe auf der einen Seite, und Bevormundung auf der anderen Seite, geben wird.*" (Redebeitrag des Antirassistischen Zentrums in Interim Nr.171)

Die Bevormundung kann auch als positive Diskriminierung (positiver Rassismus oder Sexismus) verstanden werden, wo Typen und weiße Frauen den 'armen unterdrückten' Frauen und Flüchtlingen 'helfend' zur Seite stehen. Dabei geht es auch darum, zu erkennen, inwieweit wir unsere Fähigkeit, uns in diesem gesellschaftlichen Rahmen bewegen zu können (z.B. kennen wir die Tricks auf dem Sozi oder beim Arbeitsamt) als Macht gegen die Flüchtlinge ausspielen. Indem wir z.B. unser Wissen für uns behalten und nicht an sie weitergeben, damit sie selbständig damit umgehen können. Oder ihnen auch Zugang zu 'unseren' Projekten verschaffen, indem wir bei der Stellenvergabe 'Quotenregelungen' einführen.

Ausblick

Nur zeitlich begrenzte, am Ziel orientierte Zusammenarbeit, zwischen Frauen und Männern, Schwarzen und Weißen, werden realistische Forderungen durchsetzen. Der gegenseitige Respekt muß aber erstmal erlangt werden, um über eine solche Zusammenarbeit zu diskutieren. Um Gemeinsamkeiten zu erlangen, liegt es an weißen anti-rassistischen Gruppen nicht nur ihre Erfahrungen zu dokumentieren, sondern auch gemeinsame Grundlagen zu erarbeiten. Unsere Privilegien zu erkennen und sie zu nutzen, beinhaltet auch sich einzumischen und nicht aus Harmoniebe-streben Machtstrukturen nicht zu benennen. Sich selber in die Konfrontation zu begeben und darüber nicht in ein Schwarz-Weiß-Denken zu verfallen.

Dabei ist es unabdingbar Achtung vor sich selbst zu haben und nicht sich selber rauszulassen. Den Respekt, den jede/r für sich selbst will, auch gegenüber anderen zu zeigen; Männerbünde zu brechen, genauso wie die Einheit der Weißen gegenüber den Schwarzen. Da liegt es an jeder/m selbst, das bei sich zu überprüfen. Dies kann dann auch zu einer Abnabelung von den herrschenden männlichen, weißen Strukturen führen. In der Praxis wird sich zeigen, ob Frau oder Mann dazu fähig sind, ob wir uns abnabeln von der Macht der weißen und männlichen Ideologie.

"*Dabei müssen wir uns immer wieder bewußt machen: die Tatsache, daß wir über Macht und Privilegien verfügen, die wir abgeben oder konstruktiv nutzen, charakterisiert unser Verhältnis zu schwarzen Frauen - wir können kein Vertrauen erwarten, wir können nur immerwieder das unsere dazu tun, es aufzubauen. Und wir dürfen nicht aus dem Auge verlieren. Es finden Machtverschiebungen statt, nicht nur zwischen Frauen und Männern, sondern auch zwischen weißen Frauen und Schwarzen Frauen, die sich weltweit organisieren und ihren eigenen Weg gehen.*" ('Unterschiede zwischen Frauen' s.o.)

Die genannten Machtstrukturen immer im Hinterkopf zu haben, ist ein Beginn. Gleichzeitig müssen wir Flüchtlinge in unserer Arbeit wahrnehmen und genauso wie Männer dazu aufgefordert sind, nicht an Flüchtlingen und Frauen vorbeizuorganisieren.

Zum Schluß

Immer gibt es eine Mehrzahl von Komponenten, die nicht alle in ein Papier gepackt werden können. Es mußte noch mehr Stellungnahmen geben die unterschiedliche Bedingungen zu beschreiben.



S P E N D E N A U F R U F

Am 11.12.1991, 12.oo Uhr, hat die Shalomkirche in Norderstedt die humanitäre Hilfe und die Versorgung der Flüchtlinge, die sich dort aufhalten, eingestellt. Seit dieser Zeit, werden die Flüchtlinge von den Menschen versorgt, die Ihre Forderungen solidarisch unterstützen. In diesen fünf Wochen aber, ist das finanzielle Polster, daß nach dem ersten Spendenaufruf spontan von Euch geschaffen wurde, reichlich zusammengeschrumpft und es läßt sich absehen, daß sehr bald kein Geld mehr vorhanden ist.

Im Klartext heißt das:
D A S G E L D W I R D K N A P P

Für die Versorgung der Flüchtlinge werden ca. 300 DM am Tag gebraucht und die Öffentlichkeitsarbeit reißt auch mächtige Löcher in den Geldtopf.

Da eine alte Weisheit, die nach wie vor Gültigkeit hat, besagt, daß Menschen die hungern, der Mut und die Kraft verläßt und das dort wo keine Öffentlichkeit hergestellt wird, der Widerstand im Sande verläuft, treten wir heute noch einmal mit der dringenden Bitte an Euch herran

SAMMELT UND SPENDET GELD

um so den Kampf der Flüchtlinge zu unterstützen.

Spendenkontos:
INFOLADEN
Postgiroamt Hamburg
Kontonummer 16468-203
BLZ 200 100 20
Stichwort: ASYL

oder

Postgiroamt Hamburg
Perschewski
Kontonummer 635806-208
BLZ 200 100 20

ERKLÄRUNG DER FLÜCHTLINGE AUS NORDERSTEDT VOM 08.02.92

Seit dem 12. September leben wir Flüchtlinge unter schwierigen Umständen in Kirchen. Während dieses 5-monatigen Widerstandes wurden uns Ultimaten gestellt, wurden wir für illegal erklärt, wurde uns mehrere Male mit schneller Abschiebung gedroht.
Außerdem erfuhren wir die Einstellung der humanitären Hilfen, medizinische Versorgung, Lebensmittel, Telefonmöglichkeiten und: Wir müssen in der Kälte schlafen.
Der Grund, weshalb wir noch immer diese Umstände in der Kirche ertragen müssen, ist, daß wir uns weiterhin wehren, nach Ost-Deutschland geschickt zu werden, nachdem wir Anfang November in Greifswald von "fremdenfeindlichen Fußballfans" angegriffen worden sind. Einige von uns waren bereits in Rostock (MVP) und Thüringen angegriffen worden, bevor wir nach Greifswald gehen mußten. Später, in der Silvesternacht wurden einige von uns in Schwerin erneut angegriffen.
Was wir in der Schalom-Kirche erdulden, ist die Strafe für unsere Flucht nach Schleswig-Holstein vor den Gewaltausbrüchen gegen Flüchtlinge.
Die Erklärungen verantwortlicher Politiker, die Gewalt sei ein Anzeichen für die Ängste großer Teile der Bevölkerung vor einer Zunahme von Asylsuchenden, ist ein deutliches Zeichen, wie Duldung von Gewalt für ein Verdecken rassistischen Terrors arbeitet. Diese deutsche nationalistische Krankheit, die von Regierenden, als Versuch von ihrer skandalösen Politik abzulenken, gefördert wird, malt ein Bild, als ob Deutschland bevorstünde, von Flüchtlingen "überfallen" oder "überflutet" zu werden.
Bangladesch z.B., eines der ärmsten Länder der Welt, nimmt mehr als eine Million Flüchtlinge auf. 1991 kamen 250.000 Flüchtlinge nach Deutschland. Ca. 60.000 von ihnen kommen aus Jugoslawien und wollen zurückkehren, wenn der Krieg vorbei ist.
In jenem Bild wird ein Image vorgegeben, in dem wir Flüchtlinge übel, schmutzig, verwerfliche Sündenböcke und Kriminelle sind.
Ein Beispiel hierfür findet sich in einer Pressekonferenz, in der Sozialminister Jansen sagt, daß die Flüchtlinge in Norderstedt nicht etwa eine zu bemitleidende Gruppe von Ausländern sei, sondern eine "Power-Gruppe" (vgl. WELT 31.1.92).
Die Verurteilung der rassistischen Gewalttäter durch die politisch Verantwortlichen war nicht unzweideutig, sondern verbunden mit einer Erklärung, daß die Asylgesetze von Flüchtlingen mißbraucht würden.

Während der fünf Monate Widerstand haben wir unter den Auswirkungen der Nazi-Angriffe in der Ex-DDR und dem Druck, den Kirche und Regierung ausüben, gelitten, aber wir ziehen es vor, in Schleswig-Holstein zu leiden.
Es ist kein Vergnügen für uns, in einer Kirche zu leben, und auch hier besteht die Gefahr eines rassistischen und faschistischen Angriffs. Aber der Unterschied ist, daß wir dann nicht allein und isoliert sein werden wie im Osten.
Ferner ist Isolation eine Methode, die Asylverfahren verschlechtert.
Überall in Deutschland gibt es Rassismus, aber der Grund, warum wir uns hier sicher fühlen ist, daß die Leute seit Jahren mit AusländerInnen vertraut sind und beschützende und informative Unterstützung leisten.

Wir fühlen uns nicht als "andersartig" unter diesen Leuten.

Es gibt auch Menschen, die uns vertreiben wollen.
Um Druck auf die Gruppe auszuüben, haben sie verschiedene Waffen benutzt.
Ein Beispiel ist, wie eine Gruppe von Flüchtlingen durch andere Flüchtlinge, die von der Kollaboration zwischen Kirche und Regierung geschickt wurden, zu überzeugen versucht wurde, in die Ex-DDR zu gehen.
Auch drohen sie uns mit einer Polizeiräumung, falls wir nicht dort hingehen.
Einige Flüchtlinge konnten den unterschiedlichen Druck nicht aushalten und gingen widerwillig in die Ex-DDR. Einige von ihnen, die dorthin gehen mußten, sind aus Deutschland geflohen.
Die Flüchtlinge, die jetzt die Zwangsverteilung nicht akzeptieren, sind diejenigen, die die Einschüchterungen und den Druck noch aushalten können.
Ihre letzte Drohung ist eine schnelle Abschiebung nur für diese spezielle Gruppe in der Kirche. Einige von uns, die in die Ex-DDR gehen mußten, konnten aus Deutschland fliehen, andere leben wieder in den westlichen Bundesländern, gefährden ihre Asylverfahren und geben wie tausende anderer Flüchtlinge ihren legalen Status auf.
Dieses Ergebnis ist das beste Beispiel, welches aufzeigt, was sie mit der letzten Einschüchterung, Schnellverfahren nur für uns, welche bis Ende Februar abgeschlossen sein sollen, beabsichtigen.
Dies ist der letzte Schritt, die letzte Drohung der Regierung, damit wir unsere Forderung, in Schleswig-Holstein zu bleiben, aufgeben.
Im Gegensatz zu dem, was Jansen bisher anstrebte, leben wir Familien, die von Greifswald flohen, immer noch in Schleswig-Holstein, ungeachtet allen Druckes und aller Schwierigkeiten.
Wir können immer noch nicht das Risiko auf uns nehmen, nach Mecklenburg-Vorpommern zu gehen und wir stellen uns der Drohung beschleunigter Asylverfahren, die bis Ende Februar abgeschlossen sein sollen.

Wir haben keine andere Möglichkeit als einen gemeinsamen und unbegrenzten Hungerstreik.
Dies heißt, daß wir Flüchtlinge für unsere natürlichen Menschenrechte nichts mehr einzusetzen haben, außer unsere Körper.

Deshalb sind wir, Einzelpersonen und Eltern, heute um 10.00 Uhr in den Hungerstreik getreten.

Mit Ausnahme der, aufgrund der schwierigen Bedingungen und der Kälte wärend dieser fünf Monate Widerstandes, erkrankten Flüchtlinge.

Wir fordern hiermit:

- DAS RECHT IN SCHLESWIG-HOLSTEIN ZU BLEIBEN
- STOPPT DAS UNFAIRE ASYLSCHNELLVERFAHREN
- STOPPT DIE ABSCHIEBUNG IN DIE HERKUNFTSLÄNDER

ZWANGSVERTEILUNGEN, ein Beispiel

Gedächtnisprotokoll einer Asylbewerberin 29.01.92

Am 23.01.92 haben wir, ich, mein Ehemann und unser Sohn Zugfahrkarten nach Chemnitz bekommen. Am selben Tag hatten wir bereits die Aufforderung erhalten, uns umgehend nach Schwarzenberg zu begeben. Am Freitag, den 24.01. sind wir um 16.50h von Berlin losgefahren, um 19.50h in Chemnitz angekommen.
Vom Chemnitzer Sozialamt wurden wir sofort in die Pankstr.44 geschickt, wo sich schon andere Asylbewerber befanden. Ebenso wie andere Familien bekamen wir ein Zimmer zur Verfügung gestellt, dessen Mobiliar in sehr schlechtem Zustand war (z.Bsp. Matratzen voller Blut- und Essensflecke, die hygienischen Verhältnisse waren insgesamt sehr ungenügend). Wir alle wurden in diesem Haus eingeschlossen und nur zum Essen in einer Kantine außerhalb herausgelassen.
In diesem Haus befanden sich insgesamt 40 Personen, aus Rumänien, Bulgarien, aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus Indien. Das Essen war sehr unappetitlich, sodaß die Kinder es nicht aßen. Es gab jedoch keine Möglichkeit rauszugehen, um für sie etwas anderes zu bekommen. Am Montag, den 27.01. wurden alle Bewohner dieses Hauses mit einem Bus zum Sozialamt von Chemnitz gebracht.
Von 8.00h morgens bis 16.30h wurden dort von allen Personen die Daten aufgenommen. Es wurde kein Essen verteilt, und wir durften nicht rausgehen, um etwas einzukaufen. Es waren unter den Personen jedoch insgesamt 15 Kinder, davon 5 unter fünf Jahre alt.
Ohne Essen wurden dann um 16.30h insgesamt 50 Flüchtlinge per Autobus aus Chemnitz herausgefahren. In diesem Bus befanden sich neben den oben genannten Personen noch 10 weitere Flüchtlinge aus Rußland, Senegal und China.
Um ca. 19.00h erreichten wir Schwarzenberg, wo uns mitgeteilt wurde, daß wir nicht direkt in Schwarzenberg untergebracht würden, sondern etwas außerhalb.
Danach dauerte die Fahrt noch etwa zwei Stunden bis wir gegen 21.00h in Johann-Georgenstadt ankamen. Die Ortschaft bestand aus etwa drei bis vier Häusern; dort mussten wir aussteigen und mit Gepäck und kleinen Kindern in der Dunkelheit und im Schnee einen ca. fünfzehnminütigen Fußmarsch antreten. Nach einer Viertelstunde erreichten wir eine Art Lager mitten im Wald, bestehend aus einigen Holzbaracken. Der Busfahrer führte uns zu der Beracke, in der sich Küche und Kantine befanden. Dort bekam jede Person einen Apfel und vier papierdünne Scheiben Salami, eine halbe saure Gurke ond Brot. Danach haben wir uns Schlaf- und Waschräume angesehen:

PROPAGANDA-VERANSTALTUNGEN DER HOECHST ZU GENTECHNOLOGIE

die hoechst führt zur zeit eine "film-matinee" durch. mit nettem beiprogramm, hochglanzbroschüren und freiem eintritt geht es neben der werbung für diesen (nicht-nur-)-chemie-multi vor allem um eines:

GENTECHNOLOGIE: ein aufwendig produzierter film soll "sachlich informieren", um diese technologie mehrheitsfähiger zu machen. so werden die "leistungen" der gentechnologie in der medizin herausgestellt: stichwort insulin.....

für diese "film-matinee" wird unter anderem massiv an schulen geworben.



Hoechst Film-Matinee 1992

Ort	Datum	Ort	Datum
Aachen	12. 1.	Hannover	1. 3.
Aschaffenburg	15. 3.	Kassel	23. 2.
Augsburg	26. 1.	Kiel	1. 3.
Berlin	29. 3.	Koblenz	2. 2.
Bonn	16. 2.	Konstanz	9. 2.
Braunschweig	8. 3.	Lübeck	15. 3.
Darmstadt	16. 2.	Mainz	19. 1.
Dortmund	19. 1.	Marburg	26. 1.
Duisburg	9. 2.	Nürnberg	19. 1.
Erlangen	22. 3.	Saarbrücken	22. 3.
Freiburg	12. 1.	Tübingen	8. 3.
Göttingen	2. 2.	Würzburg	23. 2.
Hamburg	26. 1.	Wuppertal	23. 2.

Die Veranstaltungen finden jeweils sonntags, 11 Uhr, statt.
Der Eintritt ist frei.
Die Einlaßkarten erhalten Sie 14 Tage vor der Veranstaltung.

WC: kaputte Wasserleitungen, Klobecken verdreckt und verstopft, Fußbodenablauf verstopft, dadurch der ganze Fußboden mit Abwasser überschwemmt, Wasserhähne fehlten, Duschköpfe ebenfalls und es herrschte ein solcher Gestank, daß sich einige Leute übergeben mußsten .
FLUR: vom WC her überschwemmt.
SCHLAFRAUME: extrem dreckig und voller Gestank, Linolium völlig durchlöchert, überall auf dem Fußboden und den Wänden Essensreste, daß Mobiliar z.T.stark beschädigt.
Die ZUstände dort waren so schrecklich, daß wir nicht bleiben konnten. Geschlossen liefen wir zurück zum Bus und verlangten vom Busfahrer, daß er uns nach Chemnitz zurückbringe.
Als wir in Chemnitz ankamen, fand sich bei der Ausländerbehörde niemand, der mit uns verhandeln wollte. Unserem Wunsch man möge uns in der Pankstr.44 übernachten lassen wurde nicht entsprochen. Stattdessen kamen 4 Polizeiwagen, die unseren Bus zurück nach Johann-Georgenstadt begleiteten, wobei sie jedoch behaupteten, man würde uns in ein anderes Heim bringen.
ES war ca. 2.00h nachts, als wir wieder in Johann-Georgenstadt ankamen.
Wir weigerten uns den Bus zu verlassen, wurden jedoch solange von der Polizei bedrängt (u.a. wurde das Gepäck rausgeschmissen), bis zuerst Frauen, dann auch Männer ausstiegen. Danach fuhren der Bus und die Polizei ab und Ließen uns mitten in der Nacht allein vor den Baracken zurück. Wir liefen alle zurück zum Bahnhof von Lohann-Georgenstadt. Um 3.55h fuhr der kleine Pendelzug von Johann-Georgenstadt nach Leipzig, von dort fuhren wir weiter nach Berlin. Wir fuhren alle ohne Fahrkarten, wurden mehrmals kontrolliert, wurden jedoch nicht daran gehindert weiter nách Berlin zu fahren, ausgenommen eine Person, die durch keinerlei Unterlagen nachweisen konnte, daß sie aus Berlin gekommen war. Alle Flüchtlinge kehrten dahin zurück von wo sie gekommen waren.

Dies ist dem Protokoll der letzten Sitzung des Flüchtlingsrats entnommen. Das Protokoll wurde von einer Beratungsstelle angefertigt. Berliner Behörden sollen ersucht werden, die Flüchtlinge solange aufzunehmen, bis eine ordentliche Unterkunft in Sachsen zur Verfügung gestellt wird - steht dort.

National-Zeitung 7.2.92

Auf nach Passau!

Mitfahrgelegenheiten zur Großkundgebung der DEUTSCHEN VOLKSUNION am 14. März 1992 in der Passauer Nibelungenhalle

BERLIN-BRANDENBURG: DVU-Landesverband, Postfach 510135, 1000 Berlin 51, Tel.: (030) 4118059, Bus-Gemeinschaftsfahrt. Abfahrt am 13. 3.: Berlin 7 Uhr, Potsdam 7.40 Uhr.

SCHLESWIG-HOLSTEIN: DVU-Landesverband organisiert Gemeinschaftsfahrt. Anmeldung über den Landesschatzmeister: Tel.: (040) 877747 (ab 19.00 Uhr).

MECKLENBURG-VORPOMMERN: DVU Mecklenburg-Vorpommern, Postfach 78, O-2850 Parchim, Gemeinschaftsfahrt.

HAMBURG: DVU-Landesverband, Postfach 730924, 2000 Hamburg 73, Tel.: (040) 6722250 od. (040) 2296556 (jeweils zwischen 20 u. 21 Uhr) organisiert Bus-Gemeinschaftsfahrt. Fahrpreis: DM 130,– (incl. Abendessen, Übernachtung, Frühstück). Abfahrt: 13. 3. 1992, 8.00 Uhr. Überweisungen bis zum 24. 2. 1992 auf Konto Nr. 7298-200, Postgiroamt Hamburg, BLZ 20010020.

NIEDERSACHSEN: DVU-Landesverband, Postfach 910226, 3000 Hannover 91, Tel.: (0511) 867156; Gemeinschaftsfahrt.

BREMEN: DVU-Landesverband, Postfach 105601, 2800 Bremen 1, Tel.: (0421) 443801, Gemeinschaftsfahrten von Bremen und Bremerhaven.

SACHSEN-ANHALT: DVU-Landesverband organisiert Gemeinschaftsfahrt. Anmeldungen über (040) 2296556.

NORDRHEIN-WESTFALEN: DVU organisiert Gemeinschaftsfahrten. Raum **Bielefeld, Hamm, Paderborn:** Herr Wiegräfe, Postfach 100638, 3167 Burgdorf, Tel.: (05136) 85508, Fax (05136) 86344.

Bochum, Dortmund, Hagen: Gemeinschaftsfahrt. DM 50,–. Schriftliche Anmeldung mit Rückporto an: Heinz-Dieter Kastien, Goswinstraße 10, 5800 Hagen 1. Platzreservierungen in der Reihenfolge der Anmeldungen. Überweisungen auf das Konto 222030054, BLZ 45050001, Sparkasse Hagen, Stichwort Passau, bis spätestens 28. 2. 92.

Raum Hamm: Bus-Gemeinschaftsfahrt (Zusteigemöglichkeiten an Raststätten der A 45 zw. Hamm und Westhofener Kreuz sowie an den Raststätten der A 1/Sauerlandlinie). DM 110,– (incl. Übernachtung m. Frühstück). Abfahrt: 13. 3., 11 Uhr. Überweisungen bis 29. 2. 92: Kto.-Nr. 2010217800, BLZ 41010111, BfG Hamm (Stichwort Passau). Informationen: G. Glanert, Herringer Weg 59, 4700 Hamm 1 (Rückporto). Tel.: (02381) 440037. Parkmöglichkeit für mit dem Pkw nach Hamm anreisende Teilnehmer.

Kreisverband Soest: Eugen Dux, Postfach 3, 4775 Lippetal-Herzfeld, Tel.: (02923) 1692, Gemeinschaftsfahrt.

SACHSEN: DVU-Landesverband organisiert Bus-Gemeinschaftsfahrten von Chemnitz, Dresden und Leipzig. Nähere Informationen: O. Scholz, Jupiterstraße 39/909, O-7060 Leipzig.

THÜRINGEN: DVU-Landesverband, Postfach 51, O-5210 Arnstadt, Bus-Gemeinschaftsfahrt. Fahrpreis: DM 40,–, einzuzahlen auf Konto-Nr. 49052495, BLZ 82054122, Sparkasse Arnstadt (Stichwort Passau). Einzahlungsbeleg gilt als Fahrausweis.

Weimar: Mitfahrgelegenheit (Auto), ggf. Fahrtkostenbeteiligung. DVU-Kreisverband Weimar, Pf. 324, 3340 Eschwege/Hessen.

HESSEN: DVU-Landesverband, Postfach 1222, 6084 Gernsheim a. Rhein; Bus-Gemeinschaftsfahrt, verschiedene Zusteigemöglichkeiten.

Main-Kinzig-Kreis: Bus-Fahrten, verschiedene Zusteigemöglichkeiten. Nähere Informationen: DVU-Kreisverband Main-Kinzig, Postfach 1, 6483 Salmünster.

Werra-Meißner-Kreis: DVU-Kreisverband, H. Kurth, Otto-Seng-Straße 5, 3440 Eschwege, Tel.: (05651) 20994 oder (05542) 5845.

RHEINLAND-PFALZ: DVU-Landesverband (Zusteigemöglichkeiten Mainz, Bad Kreuznach, Ludwigshafen) org. Bus-Gemeinschaftsfahrt. Nähere Informationen: Tel.: (06345) 7634.

SAARLAND: DVU-Landesverband org. Bus-Gemeinschaftsfahrt. Anmeldung über Tel.-Nr. (06864) 7726 (Hr. Scherer).

BADEN-WÜRTTEMBERG: DVU-Kreisverband Stuttgart org. Bus-Gemeinschaftsfahrt. Tel.: (0711) 8872410. Fahrpreis: DM 50,–, einzuzahlen auf Konto-Nr. 73056006, BLZ 60090500, bei der Württ.-Handelsbank Stuttgart (Stichwort Passau), Einzahlungsbeleg gilt als Fahrausweis. Einzahlungsschluß: 28. Februar 1992. (Bitte unbedingt beachten.)

Heilbronn, Hohenlohekreis, Schwäbisch Hall: DVU-Kreisverband Heilbronn, Postfach 1530, 7100 Heilbronn, organisiert Gemeinschaftsfahrt.

Raum Mannheim: DVU-Kreisverband Mannheim-Heidelberg organisiert Gemeinschaftsfahrt. Anmeldung über Tel. (0621) 825646 (Mo. bis Fr. ab 19.00 Uhr).

Konstanz: DVU-Kreisverband organisiert Busfahrt ab Singen. Fahrpreis: DM 50,–, Tel.: 07731/69235.

BAYERN: DVU-Landesverband organisiert Gemeinschaftsfahrt: Paosostraße 2, 8000 München 60 (Herr Berger), Tel.: (089) 8348065. Wichtig: Bitte rechtzeitig anmelden!

Kaufbeuren-Ostallgäu: Busfahrt wird organisiert. Anmeldungen unter Tel. (08341) 67773.

Kempten-Oberallgäu: Busfahrt wird organisiert. Anmeldungen unter Tel. (0831) 66176.

Oberpfalz: DVU-Bezirksverband organisiert Gemeinschaftsfahrt ab Regensburg, Hauptbahnhof, 8.00 Uhr; Anm. unter Tel.: (0941) 792561 oder (09404) 8441 (ab 18 Uhr).

Erlangen: Gemeinschaftsfahrt. Informationen über: Herr H. Schraudner, Röntgenstraße 8, 8250 Erlangen.

Nürnberg: Mit DM 25,– sind Sie dabei. Sichern Sie sich durch baldige Einzahlung Ihren Fahrplatz: Postgirokonto Nürnberg, Kto.-Nr. 307875-859, Helmut Böhm. Info-Ruf (09151) 3224.

ÖSTERREICH: Hin- und Rückfahrt Wien–Passau: 500 S. Dr. Otto Rosskopf, 2380 Perchtoldsdorf, Kunigundbergstr. 9, Tel.: (Wien) 8630434.

SÜDTIROL: Mitfahrgelegenheiten organisiert Ch. Meister, Hauptstr. 18, 39028 Schlanders, Südtirol. Ruf: (0473) 71353.

ANDERE ORTE: Wer Mitfahrgelegenheiten aus anderen Orten sucht oder anbieten kann, der möge sich bitte melden bei: DVU, Paosostraße 2, 8000 München 60, Tel.: (089) 8348065 (Hr. Ge..gk).

PASSAU IST NICHT ALLE TAGE –
SIE KOMMEN NICHT HIN; KEINE FRAGE!

Unser Vorschlag zum 14.3.: Über die Telefonnummern lassen sich mit etwas Geschick Abfahrtszeiten/Orte rauskriegen. Kommt als Erstes zum Treffpunkt & zieht das Fahrzeug aus dem Verkehr oder sagt den Schweinen gleich mal persönlich Eure Meinung.... Auch zum Fotographieren ist evtl. Gelegenheit. Wenn Ihr die Abfahrt verhindert habt, auf nach Passau!

Die National-Zeitung erscheint freitags & die Liste wird bestimmt in jeder Nummer vervollständigt.



Buko Kampangnenkoordinierungsausschuß und
Münchner Bündnis gegen den Weltwirtschaftsgipel laden ein zur

2. bundesweiten Aktionskonferenz Kampagne 1992

Ort: 6000 Frankfurt 1, Mainzer Landstraße 147, KEW Haus
Zeit: Sa. 12.00 Uhr 29.02 bis So. 13.00 Uhr 1.3.

Ziele der Aktionskonferenz soll die Diskussion inhaltlicher Positionen, sowie die Absprache und Planung konkreter Aktionen und Arbeitsstrukturen sowohl für eine gemeinsame Mobilisierung gegen den WWG in München als auch innerhalb der 500 Jahre Kolonialismus und Widerstand Kampagne sein.

Vorläufige Tagesordnung:

12.00 - 14.00 Plenum: Stand der Vorbereitungen:

Bericht dezentraler Aktivitäten und Planungen zur Kampagne 500 Jahre Kolonialismus und Widerstand sowie gemeinsame Vorschläge für Aktionen

Bericht vom Münchner Bündnis zum Stand der Vorbereitungen von Demo und Aktionstagen gegen den WWG

Bericht vom letzten bundesweiten Treffen zur Bildung eines TrägerInnenkreises für die Durchführung eines internationalen Gegenkongresses gegen den WWG 1992 in München

Bericht über die Planung des BUKO-Kongresses im Mai in Stuttgart

Vorstellung der AG´s

14.00 - 15.00 Pause

15.00 - 19.00 AG´s

500 Jahre Kolonialismus und Widerstand: Ziele und Schwerpunkte der Mobilisierung, z.B. Kontinuitäten kolonialistischer Politik, gemeinsames Motto für Oktober, gemeinsame Arbeitsstrukturen über Oktober hinaus, z.B. EG-Binnenmarkt

Bundesweite Mobilisierung gegen den WWG: Demo und Aktionstage. Inhaltliche Schwerpunkte der Aktionstage, z.B. Rassismus und Flüchtlingspolitik, Rolle der BRD etc., Planung der Großdemo: gemeinsamer Aufruf und Motto

So. 10.00 - 13.00 Plenum

Bericht aus den AG´s, Beschlüsse über gemeinsame Aktionen, Arbeitsstrukturen und weitere Terminplanung, Verabschiedung zentraler Zielsetzungen und Forderungen der Kampagne

Grundlage der Diskussion sind die Arbeitsergebnisse der 1. Aktionskonferenz (Konzeptvorschlag von Demo und Aktionstagen, Rohgerüst für einen gemeinsamen Aufruf zum WWG) und die Kölner Erklärung des BUKO. Zu erhalten bei dem Anti-WWG Koordination, c/o Anti-Atom-Büro, Holzstr. 2, 8000 München 5, Fax.:089/260 35 13

Anmeldung: BUKO, Nernstweg 32 - 34, 2000 Hamburg 50

Die Militarisierung der ökologischen Frage

Von der HERRschenden Notwendigkeit, "unsere" ökologische Sicherheit militärisch durchzusetzen: Das Konzept "Grünhelme".

"Bei den traditionellen Bedrohungen wissen wir, was zu tun ist. Als Saddam Hussein in Kuwait einmarschierte, haben wir entschlossen und in Windeseile große Kräfte mobilisiert. Ist überhaupt der politische Wille vorhanden, in ähnlicher Weise gegen diese neuen (ökologischen, d.Verf.) Gefahren mobil zu machen?" (Dr. Gwyn Prins, Globales Sicherheitsprogramm, Universität Cambridge)

In dem folgenden Beitrag soll ein Aspekt herrschender "Umweltpolitik" näher dargestellt werden, der unserer Einschätzung nach relativ unbekannt ist, zunehmend aber an Bedeutung gewinnen wird und daher dringend einer linken Gegenöffentlichkeit bedarf: es ist das Konzept der Militarisierung der ökologischen Frage, d.h. der Aufstellung sog. "Grünhelm"-Truppen im Rahmen der UNO (oder anderer internationaler Institutionen). Die Herstellung einer linken Gegenöffentlichkeit zu diesem Konzept ist um so dringender, da absehbar ist, daß im Rahmen der propagandistischen Vorbereitung und Begleitung der UN-Konferenz "Umwelt und Entwicklung" in Rio de Janeiro im Juni `92 die BRD - Öffentlichkeit von einer Medien-Lawine überrollt zu werden droht, die die Etablierung öko-imperialistischer Strukturen ideologisch vorbereiten will.

Schon 1969 - also noch vor der Veröffentlichung des ersten Berichtes des Club of Rome "Grenzen des Wachstums" - setzte die NATO einen Umwelt-Ausschuß ein, der die Aufgabe hatte, die strategische Bedeutung globaler ökologischer Zerstörungen herauszuarbeiten. Herausgekommen sind dabei folgende bemerkenswerten Überlegungen: "Es steht außer Frage, daß wir uns in einer (ökologischen, d.Verf.) Krise befinden, die sich letzten Endes als genauso ernst erweisen vermag, wie die Frage von Krieg und Frieden." Darum müsse die NATO "bei der Schaffung einer menschenwürdigen Umwelt einen bedeutsamen Beitrag leisten." Und weiter wird festgestellt: "Für die Verschlechterung und den Verfall der Umwelt und der Ökologie und die damit verbundenen sozialen Erschütterungen, die für die etablierte Ordnung in den entwickelten Ländern vielleicht die ernsteste Bedrohung darstellen, gibt es in der Menschheitsgeschichte kein Vorbild." Daraus schließen die NATO-Strategen, daß Umweltfragen zu "Angelegenheiten von globalem Interesse werden." (aus einem NATO-Strategie-Papier aus dem Jahre 1971 (!!), zitiert in der FR v. 29.5.89) Der NATO-Einschätzung folgend bestand für die herrschenden politischen Kräfte damit - wie es im polit-technokratischen Vokabular heißt - Handlungsbedarf, mit dem

Ziel, die prognostizierte Gefahr für den "Bestand der etablierten Ordnung in den entwickelten Ländern" abzuwehren. Aus diesem Ansatz heraus entwickelten und entwickeln die herrschenden politischen Kräfte ein ideologisches, ökonomisches, technokratisches und militärisches Instrumentarium, das den bisherigen Dimensionen imperialistischer Politik die Dimension des Öko-Imperialismus hinzufügt. Das Konzept "Grünhelme" ist dabei der heutige Ausdruck des militärischen Aspektes öko-imperialistischer Politik.

Das zentrale Stichwort zur Legitimation militärischer Gewalt ist das der "globalen ökologischen Sicherheit", die es zu verteidigen gilt. Im Originalton hört sich dies wie folgt an:

"Ohne Zweifel spielen Umweltfaktoren eine wichtige, ja, sehr wichtige Rolle bei der gesamten Sicherheitsproblematik. Man braucht sich nur die Auswirkungen von Bodenerosion, Dürre oder grenzüberschreitender Umweltverschmutzung vor Augen zu führen - da hat man schon die potentiellen Konfliktquellen, wie es sie auch in der Vergangenheit gegeben hat. Ja, Umweltfaktoren sind sehr wichtig und werden wohl im Hinblick auf die globale Sicherheit zunehmend an Bedeutung gewinnen." (Sir Julian Oswald, Admiral bei der brit. Royal Navy)
Oder: "Früher hielten wir Amerikaner die Umweltbelastung für ein räumlich begrenztes Problem, das nur die unmittelbare Umgebung oder Wohngegend des einzelnen betraf. Doch in den letzten zwanzig Jahren haben wir begriffen, daß sie nicht nur eine regionale oder nationale, sondern eine grenzüberschreitende Herausforderung darstellt. Folglich hat sich unser bisher militärisch geprägtes Feindbild erweitert und schließt nun die Bedrohung der Umwelt und der Weltwirtschaft mit ein." (Henry Hatch, Generalleutnant bei der US-Army)
(Beide Zitate sind entnommen aus der Fernseh-Produktion des WDR: "In Zukunft ... Superbomber und giftige Wale. Umweltpolitik als Sicherheitspolitik der Zukunft.", ausgestrahlt am 12.7.91)

Politische Bahnbrecher für das Konzept "Grünhelme" finden sich in der BRD in allen etablierten politischen Parteien, aber auch in der Wissenschaft und - dies ist von zentraler Bedeutung - in der Atom-Lobby.
Für die CDU spielt BRD-Umweltminister TÖPFER die Rolle der Gallionsfigur. Auf dem 43.Landesparteitag der saarländischen CDU z.B. sprach sich TÖPFER für die Bildung einer ökologischen Eingreiftruppe der Vereinten Nationen aus. Diese solle weltweit gegen "die neue Aggression über Umweltverstöße" einschreiten (taz v. 27.5.91) Ähnlich äußerte sich TÖPFER auch im WDR am 8.6.91: Grünhelme sollten überall dort eingreifen, wo Verbrechen an der Natur begangen werden. In der FDP ist es BRD-Außenminister GENSCHER, der in das "Grünhelm"-Horn bläst. Im Juli 91 erklärte GENSCHER in einer Grundsatzrede "Zukunft Europa", die er anläßlich eines politischen Besuches in Portugal hielt, daß sich europäische Einheiten an der Aufstellung gemeinsamer Grünhelm-Verbände im Rahmen der UNO beteiligen sollten, die die Aufgabe hätten, für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu sorgen (FR v. 13.7.91).
Jüngste politische Initiative in diese Richtung ist GENSCHER's Forderung auf der 2.Außenministerkonferenz der KSZE in Prag im Januar '92, im Rahmen der KSZE "Grünhelm"-Einheiten zu formieren, die für die "Sicherung unserer (!!,d.Verf.) natürlichen Lebensgrundlagen" zu sorgen hätten (FR v. 31.1.92).
Aber auch in der Sozialdemokratie und bei den GRÜNEN wird der "Grünhelm"-Ansatz politisch vorangetrieben. So fordert Freimut DUVE (SPD) die Einschränkung der Souveränität nationaler Staaten, u.a. wenn "die Übernationalität von Umweltproblemen (Wasser, Klima) nicht respektiert wird". Zur Durchsetzung solle der "Weltknüppel" eingesetzt werden.
Als Bonbon für darüber möglicherweise empörte linke Sozialdemokraten bietet DUVE an, daß in diese Drohung alle Staaten der Welt einbezogen seien und damit "in der neuen Rechtsordnung der Welt auch die Supermächte nicht mehr souverän seien". (Es darf spekuliert werden, ob DUVE nun ein realitätsblinder Phantast oder doch nur ein bösartiger Betrüger ist - allemal steht er mit diesen Worten in schlechter Tradition sozialdemokratischer Märchenerzähler.) Mit einer ähnlichen Argumentations-Struktur plädiert auch Michael MÜLLER, sich fortschrittlich gebender und ökologisch profilierender sog. "Klima-Experte" der SPD, für die Schaffung von Strukturen, die eine "ökologische Weltinnenpolitik" durchsetzen können. Notwendig dafür sei ein "neues Souveränitätsverständnis und ein partieller Verzicht auf nationale Rechte, sowie eine Verbesserung der Qualität und Effizienz internationaler Institutionen".
Geschaffen werden müsse ein "ständiger Rat für Umwelt und Entwicklung, der mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet ist", sowie die "verbindliche Festlegung wirkungsvoller Sanktionsmechanismen" bei Verstößen gegen UN-Umwelt-Konventionen. Auch bei MÜLLER muß mensch nicht lange auf das sozialdemokratische Bonbon warten, denn die von MÜLLER geforderte Erweiterung imperialistischer Machtpolitik wird im Zusammenhang mit der Forderung nach einer "gleichberechtigten Mitsprache" aller Länder und einer "Demokratisierung" internationaler Institutionen, sowie einer "reformerischen Gestaltung der Industriegesellschaft" offeriert. (Jahrbuch Ökologie, hrsg. vom Beck-Verlag, Januar 1992)
Bei den GRÜNEN wird der "Grünhelm"-Ansatz in gewohnt brutal-offener Weise von dem Beton-Realo Udo KNAPP formuliert. Seine These: Der Welt-

Norden sei im angeblichen gemeinsamem Interesse der Weltbevölkerung zur "ökologischen Vorherrschaft verpflichtet". Der Norden müsse sich zu einer für die Menschen aus dem Süden nicht erreichbaren "Festung" formieren, um aus dieser Position heraus "eine gemeinsame ökologische Außenpolitik" umzusetzen. Der Norden sei dabei "angehalten, jedwede finanzielle, ökologische und politische Anstrengung zu unternehmen, die den Weltsüden zur unabdingbaren Kooperation bewegen kann. Ein wichtiger Schritt zu dieser Zusammenarbeit (!!,d.Verf.) wäre es, ein internationales ökologisches Gewaltmonopol einzurichten. Es müßte auf der Basis eines internationalen Umweltrechtes ausgeübt werden. Das wäre notwendig zur Legitimation, ... (um) internationale Umweltverbrecher wirksam bekämpfen"zu können. (natur 2/92. Die Tatsache, daß die Fachzeitschrift natur KNAPP`s öko-imperialistische Visionen veröffentlicht, ist ein bedenklicher Hinweis auf die Akzeptanz dieses Ansatzes innerhalb der Umwelt-Bewegung.)
Ein letzter Hinweis darauf, daß das Konzept "Grünhelme" auch innerhalb der etablierten Wissenschaft diskutiert wird, soll noch angeführt sein. Der Prof. für Umweltpolitik am Wissenschaftszentrum Berlin und Vorsitzende des Kuratoriums der deutschen Umweltstiftung Udo Ernst SIMONIS fordert im bereits erwähnten Jahrbuch Ökologie des Beck-Verlages:"Die UN - und damit UNEP (Umwelt-Programm der Vereinten Nationen, d.Verf.) - sollten weiter gestärkt, über Grünhelme müßte jetzt ... entschieden werden."
All die genannten politischen Erklärungen stehen in inhaltlicher Übereinstimmung mit einem Strategie-Papier, das 1988 von der Kernforschungs-Anlage (KFA) Jülich veröffentlicht worden ist. Darin heißt es: Notwendig sei die Etablierung einer "ökologischen Weltinnenpolitik" unter der Herrschaft eines "Weltregimes". Dieses "Weltregime" müsse stark genug sein, "durch Machtpolitik auf die außerhalb des Regimes stehenden Staaten einzuwirken, um sie zu Vermeidungsmaßnahmen zu bewegen. (...) Staaten wie China, aber auch Indien, potentielle Großmächte des 21. Jahrhunderts und auf die Nutzung fossiler Energien ... ausgerichtet, können von den Supermächten nicht ohne ein hohes Maß an Konfliktbereitschaft durch die Sanktionsspannen der Macht zu durchgreifenden, sie wirtschaftlich schwer belastenden Vermeidungsmaßnahmen gedrängt werden. Aus ihrer Interessenposition heraus könnten solche Länder, wie andere Staaten mit reichen Kohlenwasserstoff-Vorräten oder die großen Tropenwaldbesitzer (B_rasilien, Zaire, Indonesien) auch, der ihnen nahegelegten Vermeidungsstrategie (von ökologischen Schäden, d.Verf.) eine Blockierungsmacht entgegenstellen, um die Bildung eines umfassenden Regimes zu verhindern. (...) Die nationale und die internationale Politik könnte vor einer schwierigen Wahl stehen: Die zumindest ansatzweise antizipierbaren Konflikte im Rahmen einer Vermeidungsstrategie auszutragen (sprich: Krieg zu führen gegen sog. Umwelt-Verbrecher, d.Verf.) oder gänzlich unvorhersehbare Konflikte in einer mit einem neuen Klima konfrontierten Welt zu riskieren." (aus: Sassin/Jäger/Jill u.a., Das Klimaproblem zwischen Naturwissenschaft und Politik, hrsg. v. KFA Jülich, Oktober 1988) Schon die Wortwahl der letztgenannten Alternative, vor allem aber die Erfahrung mit der real praktizierten Politik der herrschenden politischen Kräfte während des Golfkrieges 1991 geben eindeutig Antwort auf die Frage, in welche Richtung die internationale "Umweltpolitik" gelenkt wird.

Das Konzept "Grünhelme" bringt den imperialistischen Charakter herrschender Umweltpolitik auf den Punkt. Der Ansatzpunkt für die Abwendung der katastrophalen Folgen der Erwärmung der Erdatmosphäre sind in diesem Konzept nicht die verursachenden, zerstörerischen, aber profitträchtigen industriellen Produktionsanlagen im "Norden" - oder ist etwa vorstellbar, daß "Grünhelme" in den USA, in West-Europa oder in Japan zum Einsatz kämen? Nein, Ansatzpunkt und im Fadenkreuz der Militärs ist wieder einmal der "Süden", dessen industrielle Entwicklung verhindert werden muß.

Ideologisch überbaut wird das Konzept "Grünhelme" durch die Neuauflage der alten "Wir sitzen alle in einem Boot"-Ideologie - jetzt auf globalem Niveau -, durch die Behauptung technologischer Überlegenheit der industrialisierten Staaten und durch die Betonung der "Bevölkerungsexplosion" als Ursache und Ansatzpunkt zur Lösung der "ökologischen Krise".
Die herrschende Ideologie greift die Parole von der"Einen Welt" auf, die von Menschen geprägt wurde, die damit ihr solidarisches Verhältnis zu den verelendeten Menschen in der sog. "3.Welt" ausdrücken wollten, und benutzt sie zur Rechtfertigung ihrer "ökologischen Weltinnenpolitik". Da ist dann auf einmal die Rede von einer neuen "Umweltpartnerschaft zwischen Nord und Süd" (Bundesumweltminister Töpfer) - eine Partnerschaft allerdings, die real eine durch ökonomische Erpressung und militärische Drohung zusammengehaltene Z_wangsehe zu werden droht, in der der eine "Partner" den anderen "Partner" fortgesetzt gnadenlos mörderisch auspreßt - auspreßt durch den politischen und ökonomischen Druck zur Rückzahlung angeblicher Schulden und durch den rücksichtslos gierigen Raubbau an den in der sog. "3.Welt" vorhandenen Rohstoffen zu ungerecht betrügerischen Weltmarktpreisen.



Es wird weiterhin behauptet, daß wir alle – gemeint ist damit die Weltbevölkerung – gleich betroffen von der globalen ökologischen "Krise" seien, um daran anschließend zu fordern, daß wir darum auch alle zusammen an der Lösung des Problems arbeiten müßten, und letztlich darauf zu verweisen, daß nur die führenden Industriestaaten über die technologischen und ökonomischen Möglichkeiten verfügen würden, der ökologischen "Krise" HERR zu werden. Damit schließt sich der Argumentationskreis, um rechtfertigen zu können, daß die ökologische "Krise" unter Beibehaltung der etablierten weltweiten Herrschaftsstrukturen gelöst werden muß.

Ebenfalls auf der ideologischen Ebene wird die Bevölkerungs-"Explosion in der sog. "3.Welt" als Ursache und Ansatzpunkt zur Lösung der ökologischen "Krise" in's Bewußtsein gebracht. Auf einem Gastvortrag, den E.U. v. WEIZSÄCKER, zwischen 1984 und 1991 Direktor des Instituts für Europäische Umweltpolitik und jetzt Präsident des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt und Energie, an der Berg. Universität mit dem sinnigen Titel "Überwindung der Dinosauriermentalität" hielt, wurde dieser von einem seriösen, beschlipsten und beanzugten Herrn mittleren Alters gefragt, ob wir uns nicht die Frage stellen müßten, ob wir denn überhaupt noch weiteren Menschen in der 3.Welt Lebensraum bieten könnten. Die Antwort des HERRN v.WEIZSÄCKER:"Ja, in der Tat, die Bevölkerungsexplosion ist eines der größten Umweltprobleme." WEIZSÄCKER befindet sich mit dieser, die Tatsachen vollkommen verdrehenden Ursachenbestimmung in trauter Übereinstimmung mit einem Bericht, den der Bevölkerungsfond der Vereinten Nationen (UNFPA) im Herbst 1991 veröffentlichte. In diesem heißt es, die Überbevölkerung der Welt sei Hauptursache für die Probleme der Umweltzerstörung. Und: "Das Bevölkerungswachstum hat höchst nachteilige Folgen für die Umwelt." (FR v. 25.10.91) Auch in der Umweltbewegung wird diese Argumentationslinie vertreten. Hubert Weinzierl, Vorsitzender des BUND, erklärte im September 1989:"Nur wenn die Hauptsorge der Menschheit, die Eindämmung des Überbevölkerungsstromes, gewährleistet ist, wird es einen Sinn haben und wird eine Aussicht bestehen, an einer durch-aus verbesserungsfähigen Umwelt zu bauen, unsere Zivilisationslandschaft zu gestalten, daß sie wert bleibt Heimat genannt zu werden." (Kampagnen-Heft 1992 des BUKO). Vor diesem ideologischen Hintergrund ist es dann auch kein Zufall mehr, wenn in dem Bericht des Nationalen Komitees zur Vorbereitung der UNCED in Brasilien, lediglich von einer "Mitschuld der Industriestaaten an der Zerstörung der Umwelt" die Rede ist (FR v. 29.´.92)

Die UN-Konferenz "Umwelt und Entwicklung" wird voraussichtlich ein weiterer Schritt hin zur Durchsetzung eines (dann auch ökologisch legitimierten)"Weltregimes" (KFA Jülich) unter der Herrschaft der G7-Staaten sein. Es scheint so zu sein, als könne dieser Prozeß nur durch die Konkurrenz der G7-Staaten untereinander (z.B. verweigert die US-Regierung bis heute verbindliche CO_2-Reduktions-Zusagen) oder durch "starke" "3.Welt"-Staaten (z.B. China, Indien oder Brasilien) blockiert werden. In der Vorbereitung und der Begleitung der UNCED ist jedoch allemal mit einer ideologischen Offensive herrschender öko-imperialiatischer"Umweltpolitik" zu rechnen. Es ist die Aufgabe linker Öffentlichkeit, daß dies nicht widerspruchsfrei geschehen kann. Dabei muß es darum gehen, Bewußtsein dafür zu schaffen, daß – so richtig und notwendig internationale Abkommen zur Abwendung unabsehbarer ökologischer Katastrophen weltweit sind – dennoch eine Teilnahme an oder der konstruktive Dialog im Rahmen der UN-Konferenz abzulehnen ist, weil die Konferenz unter dem imperialistischen Diktat der G7-Staaten stehen wird und nur die bestehenden weltweiten Herrschaftsverhältnisse auch auf das Gebiet der Ökologie auszudehnen versucht. Für die verelendeten Menschen in der sog. "3.Welt" kann dies nur zu einer Verlängerung und Vertiefung ihrer katastrophalen Lebenssituation führen.

Autonome Ökologie-Arbeitsgruppe Wuppertal, Februar '92

P.S.: Für InteressentInnen können wir eine Info-Sammlung zur UNCED-Konferenz verschicken. Kontakt: Autonome Ökologie-Arbeitsgruppe, c/o Infoladen, Brunnenstr.41, 5600 Wuppertal 1, oder Tel.: 0202 - 310677 (Andreas).





Eine subjektive Auswahl von Berichten aus einer linken baskischen Tageszeitung - herausgepickt und übersetzt vom ÜbersetzerInnenkollektiv Nürnberg.



Tifariti in den von der Frente Polisario befreiten Gebieten

DER LETZTE WINTER IN TIFARITI ?

Seit April 1991 gibt es für die letzte Kolonie Afrikas, die Westsahara, einen von der UNO-Vollversammlung beschlossenen Friedensplan, der die 16jährige Besetzung des Landes durch Marokko und den verlustreichen Krieg beenden soll. Dieser Plan befindet sich allerdings in einer äußerst kritischen Phase. Auf verschiedenste Weise versucht die marokkanische Regierung die Bedingungen für das für Ende Januar vorgesehene Referendum zu diktieren: Militäroperationen kurz vor dem vereinbarten Waffenstillstand, Abrücken von dem spanischen Zensus von 1974 als Grundlage für die Stimmberechtigung, Behinderung des UNO-Personals und nicht zuletzt durch eine massive „demographische Operation" in Form eines neuen „grünen Marsches" und der Deportation der ortsansässigen sahrauischen Bevölkerung. (AK 338)

Ein leichter Wind bewegt den Sand, der wie heißer Schnee alles in Tifariti bedeckt. Hier, mehr als 300 Kilometer im Inneren der befreiten Gebiete der Westsahara, wurde den Dünen der Verzweiflung in einem sonderbaren Kampf gegen die Zeit Leben abgerungen; Es dauert noch knapp zwei Wochen, und kein äußerliches Anzeichen deutet darauf hin, daß die von den Vereinten Nationen für den 23.Januar in Aussicht gestellte Volksbefragung dann stattfinden wird. Mehrnoch, die zahlreichen Anzeichen, daß das Regime Hassans II. neue Eindämmungsmauern errichtet hat, scheinen diese überhaupt in Frage zu stellen.

Früher, zu Zeiten der spanischen Kolonialherrschaft, Militärbeobachtungsposten, war Tifariti immer ein Kreuzungspunkt der Wege der zahlreichen Nomaden in der Grenzregion zwischen Mauretanien, Algerien und Marokko.

Mitte letzten Jahres wurde es als eine der Anlaufstellen für die sahaurische Bevölkerung während der Befragung ausgewählt, momentan dient die armselige Stadt einer der sechs Beobachtergruppen der Minurso (Mission der UN für das Referendum in der Westsahara) als provisorisches Lager, deren Ziel es ist, die Erfüllung des von den Konfliktparteien gebilligten Friedensplans zu überwachen.

18 Militärs aus 12 Nationen bilden das kleine Kontingent, das von der Minurso in diese gespenstische Ortschaft mitten in der Wüste der Westsahara entsandt wurde. Dieser Bestimmungsort ist ziemlich weit entfernt vom bequemen Leben, welches sie normalerweise in ihren Kasernen führen: Sie leben in den Ruinen eines Gebäudes, welches letzten August von der marokkanischen Luftwaffe bombardiert wurde. Gegenüber weht die blaue UN-Fahne über einigen Zelten und einem weiteren bei diesem Luftangriff zerstörten Gebäude. Ein schöner Beweis für den freundlichen Empfang, den Marokko der Friedensmission der Weltorganisation bereitet hat.

Der französische Hauptmann Daniel Biron ist einer der UN-Beobachter und - solange wir uns nicht als Journalisten zu erkennen geben, erweist er sich als der Gesprächigste. Weil er verärgert über diesen Auftrag ist, kann er die Einstellung eines im französischen Kolonialheer ausgebildeten nur schlecht verbergen. In perfektem Spanisch sagt er: "Wir haben einen Vertrag mit der UNO geschlossen und demgemäß sollen wir sechs Monate lang an Ort und Stelle die Einhaltung des Friedensplans durch die Frente Polisario und die marokkanische Armee überwachen."

Er betont seine Zufriedenheit mit der Behandlung von Seiten der Frente Polisario in den Gebieten, die sie wie die Region Tifariti kontrolliert und erzählt, eine ähnliche Erfahrung mit den marokkanischen Truppen auf der anderen Seite der Mauer gemacht zu haben. Aber nachdem er bestätigt hat, daß die Polisario nicht gegen die Übereinkünfte verstoßen hat, antwortet er auf die entsprechende Frage bezüglich der marokkanischen Armee mit einem lakonischen:"Militärgeheimnis."

"Wir sind nur Militärbeobachter und müssen technische Einzelheiten sammeln, damit hinterher die Politiker in New York das entscheiden können, was ihnen opportun erscheint. Deshalb sind unsere Untersuchungen strenges Militärgeheimnis."

"Aber", fragen wir nach, "wenn eine der Kriegsparteien in skandalöser Weise gegen den verabschiedeten Friedensplan verstossen würde, und die politischen Instanzen würden dies nicht anprangern, würden Sie es dann nicht der internationalen Öffentlichkeit zugänglich machen?"

"Nein", antwortet Biron, "weil unser Vertrag uns permanent ein Dienstgeheimnis auferlegt".

In einem Fahrzeug sitzt der Hauptmann Miranda, ein Nordamerikaner puertoriquenischen Ursprungs, und spielt mit dem darin installierten Computer; Mithilfe zweier Satelliten programmiert er einen neuen Weg In Richtung auf die von Marokko errichteten Mauern ein, was verhindern soll, daß sie sich in der Weite der Wüste verfahren. Er sagt:"Jeder Fahrer der Frente Polisario kommt ohne solch komplizierte Gerätschaften aus, ohne sich auch nur um einen Millimeter zu irren, sogar mit geschlossenen Augen".

Der Venezulaner José Rodriguez, "El Tigre", ist ebenfalls Hauptmann und ein weiteres Mitglied der Mission. Eine Narbe auf der Nase, das Lächeln eines kleinen Gauners und ein Bauch so groß wie die Auslandsschulden des Landes, welches er repräsentiert, bringen einen Schuß südamerikanischen Salsa in das Beobachterkontingent. "Mann, ich will bloß heim nach Venezuela zu meiner Familie. Ich bin jetzt seit fast 3 Monaten hier und hier tut sich nichts." sagt er, während er einen sahaurischen Compadre grüßt.

Er verweigert es generell, irgendetwas zu ihrer Mission zu sagen und ergeht sich stattdessen in Lobreden über "CAP" (Carlos Andrés Pérez), den momentanen Präsidenten seines Landes, von dem er sagt, er sei "ein Super-Typ", dann erzählt er, daß er, um die Zeit totzuschlagen, auf einem improvisierten Platz inmitten einiger von der marokkanischen Luftwaffe zerstörter Gebäude

täglich vier Stunden Volleyball spielt. "Hier hast Du viel Zeit, um nachzudenken, und mit irgendwas mußt Du Dich ja beschäftigen", sagt er. "Ich will demnächst einen kleinen Pokal besorgen, um den dann alle hier spielen können."

Nicht weit entfernt treffen wir Omar Hussein, der von der Frente Polisario mit der Betreuung der Minurso-Gruppe beauftragt ist. Er ist sicher, daß er bald in seine Heimatstadt El Aiun zurückkehren kann, von wo er mithilfe eines Basken namens José Luis im Alter von 23 Jahren fliehen mußte. Außer dem Namen weiß er nichts über ihn. Er sagt: "Auch wenn wir hier frei sind, haben wir noch nicht die Freiheit, uns innerhalb unseres Landes dorthin zu begeben, wo wir hinwollen. Der Tag, an dem wir unser Land zurückbekommen, wird der Schönste unseres Lebens sein, auch wenn uns niemand die verlorene Zeit und die Toten zurückgeben kann."

Er zeigt zum Horizont und deutet eine Stelle an, wo Hunderte von Menschen begraben liegen, die bei der Befreiung der Stadt 1977 gefallen sind. Mehrere von ihnen waren seine Freunde."Die Marokkaner hinterließen das Gebiet völlig vermient und das kostete uns anfangs weitere zahlreiche Tote."

Wir gehen an den verwehten Schützengräben aus der Zeit der Belagerung Tifaritis entlang, er bückt s sich und findet eine Kugel im Sand, und sagt:"Die Geduld der Sahauris hat eine Grenze. Vorausgesetzt, Marokko erfüllt den Friedensplan der UNO, war das vielleicht die letzte Kugel, die hier abgefeuert wurde."

Sein Zelt hat er etwas außerhalb von Tifariti aufgeschlagen, aber diese Wohnstatt ist weniger provisorisch als die meisten seiner letzten Lebensjahre. Gründer und erster Generalsekretär der Frente Polisario, als Verteidigungsminister fast 15 Jahre lang Hauptverantwortlicher für die Kriegsführung gegen Marokko, ist Ibrahim Gali zur Zeit Mitglied des Nationalsekretariats der sahaurischen Unabhängigkeitsbewegung, Chef der 2.Militärregion und außerdem in seiner Freizeit Fossiliensammler.

Er erklärt, daß Marokko bisher nicht mit dem Rückzug seiner Truppen, wie es der UNO-Plan vorsieht, begonnen hat und bezweifelt, daß der Abzug während des Referendums "abgeschlossen sein wird", aber er vertraut darauf, daß der Sicherheitsrat "konsequent die Vereinbarungen durchsetzen" wird.

Im Gegensatz zu Marokko hat sich die Armee der Polisario auf Antrag der Minurso an verschiedenen Orten gesammelt. "Ich bezweifle, daß die UNO-Beobachter die marokkanischen Stellungen hinter der Mauer 30 Kilometer von hier besuchen dürfen. Sie zeigen ihnen nur die Stellungen im Hinterland, während sie ihnen die offensiven Eingreiftruppen in unserem Gebiet verbergen. Sie spielen Versteck mit ihnen."

Er berichtet von den ständigen Luftraumverletzungen, "außerdem haben sie kürzlich diesseits der Mauer Straßen vermient, auch einige, auf denen Minurso-Militärs unterwegs waren, aber wir haben es geschafft, sie darauf hinzuweisen, und sie konnten selbst beobachten, wie Mienen gelegt wurden."

Er vertraut in die Neutralität des von der UNO entsandten Militärpersonals, glaubt, daß ihre Informationen "der Realität nahekommen", auch wenn er sich total skeptisch zeigt gegenüber der Rolle, die die Politiker in New York spielen.

"Das sahaurische Volk hat genug gelitten und die internationale Gemeinschaft sollte ihm ein bißchen mehr Aufmerksamkeit schenken. Wir dürfen keine Ausnahme sein, wenn die meisten Konflikte auf der Welt gelöst werden. Heute gibt es international Auftrieb für die Rechte der Völker und wir verlangen nur, daß dies auch für hier gilt".

"Schau", er zeigt mir eine Meeresschnecke, ein Fossil, das er in Händen hält, "vor acht Millionen Jahren lebten diese Tiere hier, wo jetzt die Sahara ist. Auch, wenn es weitere acht Millionen Jahre dauert, werden wir unseren Kampf nicht beenden, solange das Land nicht befreit ist."

Viele Worte sind seine Sache nicht, aber jetzt spricht er über die Vorbereitungen für die Zeit nach dem letzten Winter in Tifariti:"Wenn wir das Referendum gewonnen haben und unabhängig sein werden, haben wir weitere wichtige Kämpfe vor uns. Ich bereite mich schon auf den nächsten Krieg vor, auf den Klassenkampf, wobei es darum geht, daß es Privateigentum nur bis dahin geben soll, wo die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen anfängt."



Errarhib Rabea, Mirage F-1 -Pilot und Gefangener der Polisario

Errarhib Rabea ist ein gefangener marokkanischer Luftwaffenpilot, der kurz, nachdem er mit seiner Mirage F-1 Tifariti bombardiert hatte, mit einer Rakete der sahaurischen Armee abgeschossen wurde. Obwohl er erst 32 Jahre alt ist, ist er schon ein Veteran im Krieg gegen die Polisario, an dem er seit 1983 teilgenommen hat.

Für die Behandlung von Seiten der Polisario nach seiner Festnahme hat er nur Lob übrig, als er sein erstes Interview mit Journalisten hat. Gerade hat er an seine Familie geschrieben. "Im Moment meiner Gefangennahme hatte ich schreckliche Angst, aber das verging schnell, weil ich praktisch sofort bemerkte, daß sie mich korrekt behandeln würden. In Marokko glaubte ich, die Polisario wäre etwas Unmenschliches, ein fremder, unsichtbarer Feind. Zu keinem Zeitpunkt dachte ich an die politischen Aspekte dieses Krieges oder darüber nach, ob ihre Sache gerecht ist oder nicht. Für mich als Soldat war das meine Arbeit, Befehle, die ich auszuführen hatte. Mittlerweile, nach diesen fünf Monaten hier, weiß ich, daß es noch eine andere Wahrheit gibt, die nicht zu ignorieren ist. Wenn ich nach Hause gehe, wird es sehr schwer für mich werden, dasselbe zu machen wie vorher. Ich bin jetzt ein anderer Mensch."

Er ist davon überzeugt, daß das marokkanische Volk diesen Krieg nicht will, und nach den Informationen, über die er verfügt, "erfüllt das marokkanische Regime nicht den UN-Friedensplan, vor allem, was die Registrierung der Wahlberechtigten angeht, weil da jetzt andere Kriterien angewandt werden als diejenigen, auf die man sich früher geeinigt hatte."

In seiner Armee sieht er zwei unterschiedliche Positionen, die derjenigen auf dem Schlachtfeld, "die am meisten leiden und wirklich demoralisiert sind" und auf der anderen Seite "die Offiziere und Truppen in der Etappe, die es sich Hunderte von Kilometern entfernt gemütlich eingerichtet haben."

Immer, wenn er den Namen König Hassans II. ausspricht, zittern seine Lippen, weil er weiß, daß seine Freilassung"nur von der Frente Polisario abhängt und an einen Gefangenenaustausch nicht zu denken ist". Trotzdem sieht er der Zukunft optimistisch entgegen: "Eine militärische Lösung ist unmöglich. Dieser Krieg dauert jetzt ohne Sieger und Besiegte 16 Jahre und der einzige Ausweg ist eine Verhandlungslösung direkt oder indirekt über eine neutrale Organisation wie die UNO. Dieser Krieg ist für Marokko sehr teuer und unsere Armee ist völlig in der Defensive. Ich glaube, die Tage dieses Konflikts sind gezählt und daß dies mein erster und letzter Winter in Tifariti ist."

Während der letzten 15 Jahre haben die von der marokkanischen Armee verfolgten Nomaden des östlichen Teils der Sahara Schutz bei der Sahaurischen Volksbefreiungsarmee gefunden. Nach der Einschränkung ihrer Bewegungs freiheit durch die vom Regime Hassans II. errichteten Mauern mußten die umherschweifenden und geschwächten Einwohner dieser Wüstengegend mitten im August, wenn die Temperaturen 50 Grad erreichen, die Zerstörung der Wasserstellen bei Tifariti und Bir Lahlu durch die marokkanische Luftwaffe verkraften.

Weil ihre traditionelle Lebensweise sich schlecht mit dem Leben in den Flüchtlingslagern an der algerischen Grenze vereinbaren ließ, nutzten sie den Schutz durch die Anwesenheit der Minurso-Truppen, um allmählich die Gegend hier wieder zu bereisen.

"Sie kommen hierher, weil sie hier auch den Schutz der Frente Polisario haben", sagt Magay, ein Alter von mehr als 70 Jahren, der als Koch für das Personal der UNO arbeitet.

"Ich habe darum gebeten, daß sie mich in die von unserer Armee befreiten Gebiete schicken. Wir wollen alle in unsere Heimat zurück. So werden wir wenigstens, wenn wir sterben, in unserem Boden begraben. Nichtmal die Toten wollen in den Flüchtlingslagern bleiben."

Txema García aus der Sahara,
Befreite Gebiete

BRIEFWECHSEL

...von draußen nach drinnen nach draußen...

Lieber Lutz,

Wir, die 'Initiative für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen' in Tübingen, haben über euren befristeten Hungerstreik und die zwei dafür entstandenen Erklärungen diskutiert.

Wir haben beschlossen, die Diskussion zusammenzufassen und sie den dreien in Celle und allen anderen pol. Gefangenen (und sonst niemandem) zu schicken. Da in der Initiative verschiedenste Leute arbeiten (uns gibts seit dem HH-Aufruf "Zusammenlegung der politschen Gefangenen - jetzt", wir arbeiten seitdem kontinuierlich, vielleicht habt ihr schonmal was von uns gehört?), es unter diesen auch Widersprüche und verschiedene politische Verständnisse gibt, gab es in der Diskussion auch verschiedene Interpretationen zu der Aktion und den Erklärungen. Welche das waren und an welchen Punkten die Diskussion langgegangen ist, das wollen wir euch mit diesem Brief zeigen. (Die direkte Anrede bezieht sich ab jetzt auf Lutz, Knut und Karl-Heinz).

Unser dringendes Ziel ist es, euch einfach mal widerzuspiegeln, wie weit interpretierbar, ungenau und unverständlich eure Aktion und die dazugehörigen Erklärungen sind und wie das auf uns gewirkt hat. Wir wollen nicht mit Unterstellungen arbeiten und wenn sichs doch manchmal so anhören sollte, dann deshalb, weil wir hauptsächlich auf Interpretationen angewiesen sind und lange Zeit mit Spekulationen ("wie ist jetzt was gemeint?") verbracht haben bzw. verbringen mußten. Wir wollen euch mit den Fragen auch nicht "abchecken", manches ist zugespitzt gesagt, weil wir darauf angewiesen sind, aus der Unübersichtlichkeit was auf den Punkt zu bringen.
Unsere eigenen Positionen kommen hier leider zu kurz; das liegt zum einen daran, daß es den Rahmen des Briefes gesprengt hätte, wenn wir die unterschiedlichen Positionen hätten genau darstellen wollen, und zum anderen war einfach nicht klar, worauf (auf welche Interpretationen?) wir uns dabei genau hätten beziehen können.

Eine wichtige Frage war, wieso ihr schreibt: "Wir fordern Formen der Zusammenlegung...". Wieso laßt ihr offen, welche Formen ihr da meint. Wer etwas von eurer Situation versteht, weiß, daß es im Ziel eigentlich nur um die ZL in 1 oder 2 große Gruppen gehen kann. Wer eure Situation aber nicht verstehen will oder kann, kann sich unter "Formen der ZL" vorstellen, was er/sie will. Ein Punkt, der in diesem Zusammenhang in der Diskussion immer wieder auftauchte, war, ob eure Bedingungen so unerträglich sind, daß ihr euch nicht genauer ausdrücken könnt oder wollt. An verschiedenen Punkten hatten einige den Eindruck, daß ihr euch bewußt so ausdrückt, daß die Möglichkeiten zur Interpretation beinahe unbegrenzt sind (siehe später). Da es euch bei der Aktion aber darum ging, ein Tonbandinterview durchzusetzen, ist klar, daß ihr ja was zu sagen habt und was sagen wollt. Was allerdings, das blieb für uns in den Erklärungen völlig unklar.

Es gab die Position, daß ihr damit die Widersprüche im Apparat ausnützen wollt ("Endkampfvertreter bestimmen weiter das Verhältnis..."), daß ihr also bewußt die "harte Haltung" denunzieren (CDU) und die weiche Linie (Mini-ZL, Lochte-Linie) stärken/ausnutzen wollt, um damit euer Ziel zu erreichen; konkret im Celler Knast, in eurem Bundesland, unter den gegebenen Bedingungen.
Es wurde auch gesagt, daß ja die FMLN z.B. auch versucht, wenn sie ihre Politik im Bezug auf die USA bestimmt, Widersprüche zwischen Republikanern und Demokraten auszunutzen, um einen Schritt vorwärts zu kommen.
Dagegen kam aber von anderen, daß zwischen SPD und CDU keine Widersprüche sichtbar sind, die in gesellschaftlich relevanter Weise zugespitzt werden könnten. Die Unterschiede sind kosmetisch (was DDR, Krieg, Asyl etc. angeht) und es werden eben nur verschiedene Wege für dasselbe Ziel (Lochte, SPD für Mini-ZL, um dem Kampf für ZL die Spitze zu nehmen, CDU für "harte Haltung") genommen.
Euer Gespräch mit VertreterInnen des Staates und die Art und Weise, wie ihr darüber schreibt ("das Gespräch war gut, es ging fast immer um eine pol. Lösung"...) hatte auch die Diskussion zur Folge, ob Reformismus bzw. individueller Kampf um persönliche Situationsverbesserungen nun an die Stelle politisch revolutionären Kampfes zur Veränderung der gesellschaftlichen Realität getreten ist.
Daß ihr von politischer Lösung sprecht und - davon gehen wir aus - genau wißt, was darunter z.B. in Italien verstanden wird, ohne dazu etwas klarzustellen, läßt auch alles offen. Zudem ist auch hier in der BRD die Erfahrung aus den letzten 3 Jahren, daß der Begriff desorientierend, verwirrend ist. Während des Hungerstreiks '89 war klar, was mit 'politische Lösung' gemeint war: Die direkte Forderung an den Staat, den zugespitzten politischen Widerspruch zwischen seinem Vernichtungsinteresse und euren Forderungen, eurem Kampf und einer relativ breiten politischen Mobilisierung für die Forderungen dadurch zu entschärfen, daß er einen Schritt zurückweicht; damals war zumindest offen, ob an diesem Punkt nicht das Kräfteverhältnis zu unseren Gunsten zu kippen wäre. Schon am Ende des Hungerstreiks und heute nochmal deutlicher standen und stehen wir aber vor einer anderen Situation, das Kräfteverhältnis ist momentan sicher nicht 'offen'. Was ihr unter politischer Lösung heute versteht und wie ihr euch eine solche (als Fortschritt für das Projekt der Gefangenen) beim momentanen Kräfteverhältnis vorstellt, bleibt völlig unklar. Oder heißt politische Lösung hier, daß ihr die Bedingungen nicht mehr aushaltet und deshalb zurückweicht, also sowas wie Kapitulation unter bestimmten Bedingungen, oder Ruhe, bis bessere Kampfbedingungen erreicht sind, oder gar Abschwören? Es bleibt alles offen und interpretierbar.

Eine weitere Position war, ihr wollt damit nicht die Widersprüche im Staatsschutzapparat zuspitzen, sondern den Widerspruch ins Lager derer tragen, die als humanistische/demokratische Kräfte während dem HS 89 eure damals konkreten Forderungen unterstützt haben. Eben als eine Art Appell. Ihr weist nochmal auf die unveränderte und unhaltbare Situation, auch in den Kleinstgruppen, hin, geht aber politisch nicht darüber hinaus, daran zu erinnern und euch darüber

zu 'beschweren'. ("Den Staat öffentlichkeitswirksam angreifen..."). Für einige hier war es ein bitterer Widerspruch, einerseits dem Apparat zu bescheinigen, daß er "nicht die Kapazität und die Kompetenz hat", mit eurem Ansatz konstruktiv umzugehen - aber als abschließenden Satz dem Apparat die Initiative zuzuschieben ("es liegt am Staat, das militärische Verhältnis gegen uns aufzubrechen").
Für viele kommt ein Widerspruch zu eurem Hungerstreik auch daraus, daß euer Ausgangspunkt so verstanden wurde: Unter den gegebenen Bedingungen ist eine Diskussion nicht möglich. Andererseits kämpft ihr für dieses Interview. (Ein Interview zu machen, das setzt doch voraus, daß es etwas zu sagen gibt!)

Gut: Zentraler Punkt war aber, was ihr unter "Abschluß einer geschichtlichen Periode" versteht, was es heißt, das Projekt der sozialen Befreiung neu zu begründen, was inhaltliche Resultate des "Umdenkens" sind. Abgesehen davon, daß wir das Projekt der sozialen Befreiung nicht neu begründen müssen - es geht für uns immer noch um dasselbe (nämlich, grob gesagt, um die Befreiung von Imperialismus, Rassismus und Patriarchat), worin Perspektiven und Strategien aber immer wieder neu bestimmt werden müssen, wissen wir nicht, von welchem Abschluß, welcher Periode ihr sprecht (wieder bleibt alles frei interpretierbar) und vor allem mit wem ihr darüber sprechen wollt. In euren Erklärungen kommen ohnehin hauptsächlich nur VertreterInnen des Staates bzw. VertreterInnen einer reformistischen Politik vor, aus dem Gefangenenkollektiv nur die Gefangenen aus der RAF (was ist mit den Gefangenen aus dem Widerstand?) und auf die meisten bisher in der Bewegung draußen aktiven politischen Kräfte bezieht ihr euch überhaupt nicht.
Was ihr mit inhaltlichen Resultaten des "Umdenkens" meint, was ihr mit "Umdenken" meint - ohne nur irgendetwas dazu zu sagen, was das für euch heißt, halten wir für äußerst gefährlich und eben für frei interpretierbar. "Auf ins Offene" fiel jemand von uns dazu ein. In dem Zusammenhang gab es auch Widerspruch gegen eure Interpretation, der Staatsschutzapparat ziele in erster Linie auf deutlich durch seine Macht/Gewalt gebrochene gefangene RevolutionärInnen ab; wir meinen, dem Staat gehts vor allem ums Abschwören, um die öffentliche Erklärung, daß alles falsch und sinnlos war.
Daß eure Geschichte von 21 Jahren ein Fakt (und ein politischer Faktor) ist, konnten einige von uns aus euren Erklärungen auch nicht entnehmen, sondern höchstens als "Drohung mit einem Trumpf in der Hinterhand" verstehen, sozusagen als Tauschobjekt für bessere Bedingungen.

Wir gehen davon aus, daß unter euch Gefangenen die Diskussionen über den befristeten Hungerstreik und die dazugehörigen Erklärungen längst im Gange sind; wir schreiben euch unsere Diskussion, weil wir denken, daß euch Fragen und Kritik von draußen wichtig sind. Wir schreiben aber auch, weil wir Antworten auf unsere Fragen brauchen und nicht länger auf Interpretationen und Spekulationen angewiesen sein wollen.

Rote Grüße aus Tübingen

21.12.91

grüß euch, ihr tübinger

euer brief ist hier am 16.12. eingegangen.
das zentrale problem dabei ist, daß es bei uns etwas gibt, wovon wir abschwören könnten, bei euch nicht. die seiten von euch lesen sich, als habe sie ein beamter verfaßt, der sich darüber beschwert, daß er keine genauen anweisungen von oben bekommt. es fällt mir deshalb schwer, euren brief zu beantworten. er strömt diesen in der nase beißenden geruch des sektiererischen aus. aber das ist nicht so sehr mein problem.
ich weiß einfach nicht, wozu ihr diese antwort auf diese fragen von uns wollt. wir wissen nicht, wer ihr seid. zwar haben wir schon mal von euch gehört - ich erinnere mich, vor ein oder eineinhalb jahren mal einen leserbrief von euch in konkret gelesen zu haben - um honnecker gings, gell?! - aber wer ihr seid, also womit ihr euch abkämpft und was ihr politisch akkumuliert, das bleibt völlig im dunkel. so bleibt ihr für uns in eurem brief völlig farblos, um nicht zu sagen anonym.
ich weiß nicht, zu welchem konkreten ziel ihr solche diskussionen führt, wie ihr sie im brief beschrieben habt. zu wissen, hier beginnt eine reife und verbindliche gemeinsame arbeit, wäre nützlich, um diesen brief schreiben zu können. zu ahnen, daß auch dieser brief ohne jedes produktive echo bleiben wird, macht mich nicht gerade versessen darauf, stunden darauf zu verwenden.

es ist nicht so, wie ihr ressentimentsgeladen spekuliert, daß wir eine diskussion mit sog. revolutionären gruppen oder individuen nicht wollen. stattdessen das gespräch mit reformisten suchen. umgekehrt wird ein schuh draus: nachdem wir ein jahrzehnt lang in harter arbeit - ohne übertreibung - uns bemüht haben, mit menschen und gruppen draußen ins gespräch zu kommen, die sich mit dem begriff oder etikett revolutionär bezeichnen, bemühungen, die etliche leitzordner von ausgearbeiteten briefen und texten füllen, ohne daß diese aberwitzige anstrengung auch nur den schatten einer verbindlichen gemeinsamen arbeit zum resultat gehabt hätte, haben wir uns die freiheit genommen, mit menschen und gruppen zu arbeiten, die sich engagieren statt im trüben zu fischen.
ich würde mal vorschlagen, da ihr in eurem brief immer wieder am sortieren seid: die guten revolutionäre, die schlechten reformisten - wir führen davor ein anderes kriterium zum sortieren ein: solche die kämpfen und sich abkämpfen - und solche, die rumhängen und sprüche klopfen. mit einem reformist, der sich abkämpft, weiß ich, hat es einen sinn, schon manch ein reformist ist im lauf seines kampfs zum revolutionär geworden.
ihr schreibt: "uns gibts seit dem hh-aufruf 'zusammenlegung der politischen gefangenen - jetzt'" - der aufruf stammt von der reformistin rosita timm.
tut mir leid, unter den leuten, mit denen wir zusammenarbeiten, ist niemand, der uns damit in den ohren liegt, daß das bestehende imperialistische system im prinzip ok ist und es nur darum ginge, um diese oder jene verbesserung zu kämpfen. was versteht ihr unter reformisten? die leute und gruppen, mit denen wir regelmäßig zusammenarbeiten, sind: hafenstraße, tupamaros, wolfgang grell, rosita timm, helmut frenz, norman paech, die celler gruppe, die vor ein paar wochen einen text g e g e n 'auf ins offene' im ak veröffentlicht hat. von all diesen menschen hat uns noch keiner zum abschwören aufgefordert.

ihr stellt fragen, von denen ich nicht verstehe, wie sie ein politisch denkender mensch überhaupt stellen kann. etwa, was ihr als zentralen punkt in eurer diskussion benennt: was wir unter "abschluß einer geschichtlichen epoche" verstehen. eine solche sache sei "gefährlich".
in unserer hs-erklärung haben wir geschrieben:
"...durcharbeitung der geschichte der letzten 20, 25 jahre, der geschichte der linken, der raf, der gefangenen - abschluß einer geschichtlichen periode; analyse und neubewertung der heutigen politischen und gesellschaftlichen situation; schlußfolgerungen für eine revolutionäre (!!) politik der zukunft."

als ich vor 17 jahren in die illegalität gegangen bin, sah sich die raf in folgendem weltpolitischen koordinatenkreuz agierend: demarkationslinie ost-west, konfrontationslinie nord-süd. demarkationslinie ost-west heißt, daß die su und der wp mehr oder weniger passiv, durch ihre existenz und ihr drohpotential, dem westlichen imperialismus ein globales kräfteverhältnis aufzwingt, das seine handlungsfreiheit gegenüber den bewegungen der nationalen befreiung in der dritten welt begrenzt. allzu groß waren diese begrenzungen nicht, aber immerhin. die bewegungen der nationalen befreiung zwischen nordirland und namibia, uruguay und vietnam waren fast alle deutlich sozialistisch oder jedenfalls progressiv. nehmt mal lateinamerika: während die größte militärmaschine der welt in vietnam von einem bauernvolk auf gummireifensandalen und in pyjamas immer tiefer in eine aussichtslose lage getrieben wurde, gab es in lateinamerika in jedem land mindestens eine bewaffnet kämpfende befreiungsbewegung. in venezuela gab es eine, in chile zwei, in argentinien und kolumbien drei usw.usf. ähnlich sah es im nahen osten aus. in den metropolen hatte es rebellionen gegeben, in japan ebenso wie in den usa, in frankreich, italien, in der bundesrepublik. wir hatten die damalige situation deshalb so eingeschätzt, daß sich der imperialismus in der 'strategischen defensive' befindet. "mit vietnam ist der us-imperialismus in die strategische defensive gekippt", so einer der häufiger gesagten und geschriebenen sätze (prozeßerklärung). der status der bundesrepublik deutschland, heute von petras, den tupamaros und anderen als eine gefährliche weltmacht der unmittelbaren zukunft eingeschätzt, wurde von uns damals noch mit "us-kolonie" beschrieben. als brd-medien - 1972, kontext arabisch-israelischer krieg - von der heimlichen verschiffung us-amerikanischer waffensysteme von bremerhaven aus kritisch berichteten, wurde der damalige bundeskanzler willy brandt von der us-regierung öffentlich zur schnecke gemacht. die damalige einschätzung lief also darauf hinaus, daß die weltweite offensive aller möglichen befreiungskräfte in eine strategische offensive gegen das imperialistische system insgesamt, das, seiner zentralpotenz beraubt, dem würde nicht standhalten können.

das hat sich als falsch herausgestellt. die su und den wp gibt es nicht mehr, nachdem der sozialismus in seiner bisherigen gestalt - staatsozialismus, sozialismus von oben, herrschaft einer bürokratenklasse - den menschen nicht weniger, wenn auch andere entfremdung als im westen gebracht hat. die seit dem letzten jahrhundert bestehende hoffnung, der sozialismus würde der arbeiterklasse im besonderen, dem ganzen volk im allgemeinen ein leben in menschlicher, ökonomischer, sozialer und politischer würde ermöglichen, wurde ein jahrhundert lang enttäuscht. von völkern, die immer und immer wieder in ihren hoffnungen auf ein leben in würde enttäuscht wurden, kann man nicht erwarten, daß sie kraft und motivation aufbringen, den imperialistischen riesen im westen niederzuzwingen und die befreiungsbewegungen rund um den globus zu unterstützen. die menschen handeln in revolutionären zeiten nach moral und ideal, ansonsten prüfen sie einen politischen prozeß danach, ob er ihr leben besser oder schlechter macht. und insofern ist "reformistische" taktik im rahmen einer revolutionären strategie mit sicherheit nicht das schlechteste. die dörfer und städte des ostens und des südens sind nicht von antiimperialisten bewohnt. wäre der reformimpuls des prager frühlings 1968 zu einer orientierung in richtung reform des verkrusteten systems des staatssozialismus geworden statt ihn mit panzern abzuwürgen, wäre der forderung der tschechoslowakischen bevölkerung nach beteiligung, nach mitbestimmung im ökonomischen, sozialen und politischen system und nach einem weg zum sozialismus aus den bedingungen der tschechoslowakei und der kultur der menschen, die dieses land bewohnen - nachgegeben worden, sähe die welt heute womöglich anders aus: eine union autonomer sozialistischer gesellschaften im osten, wenn auch nicht basisdemokratisch, so doch mit einer in produktion und politik motivierten bevölkerung, eine autonomie der nationalen kultur und identität - das wäre ein kontrastprogramm zum apokalyptischen system des westens von heute und hätte zudem noch eine gewisse orientierungskraft für den süden. denn die iranische revolution 1979 richtete sich nicht nur gegen die usa und die alten europäischen kolonialmächte, sondern genauso gegen eine su, die im nachbarland afghanistan mit ihrer armee eingerückt war.

die iranische revolution 1979 war die erste geschichtsmächtige revolution nach dem zweiten weltkrieg, die antiimperialistisch u n d antisozialistisch war. es war keine revolution, die die mullahs erfunden hatte, sondern eine, auf die offenbar millionen moslems gewartet hatten (was immer wir davon halten, so sind die fakten), und die inzwischen sogar dabei ist, die führung der intifada, des aufstands der palästinenser, zu erreichen. die ersten kader der raf waren zu beginn der 70er jahre als genossinnen und genossen in den lagern der palästinensischen befreiungsbewegung gewesen.

die nationalistische komponente dominiert die weltlage. das ist unübersehbar. stand für die befreiungsbewegungen des trikonts, die in den 60er und 70er jahren im eingangs beschriebenen koordinatenkreuz ost/west - nord/süd kämpften, eine internationalistische komponente stärker in den vordergrund, haben sich die gewichte sehr stark in eine richtung verschoben, die sagt: von der eigenen kultur, von der eigenen geschichte, von der eigenen nation ausgehen. in den meisten wird dieses gute und emanzipative bedürfnis der menschen von dubiosen und machtgeilen politikern mißbraucht - und so bleiben diese völker bis jetzt auch für den imperialismus und kapitalismus verfügbar - in weniger fällen sehe ich den möglichen beginn eines neuen wegs, der vielleicht 1968 in prag begonnen hatte. ich spreche von lateinamerika, wo die völker, losgelassen von einem herrschafts- und diktaturkatholizismus, der

sich im bett der gorillas und dorfkaziken vor den augen des volks völlig entblößt hat, losgelassen auch von einem marxismus-leninismus westlich-europäischer prägung, konfrontiert aber mit einer neuen dimension imperialistischer gewalt, die nicht nur unterdrückung und ausbeutung ist, sondern kontinentaler genocid - in lateinamerika verhungern jedes jahr 12 millionen kinder -: wo die völker also dabei sind, den eigenen weg zu entwickeln. und daß dies nur aus der eigenen kultur und identität gehen kann, versteht sich von selbst.
die neue weltordnung besteht u.a. darin, daß sich immer mehr menschen und völker, in den metropolen wie im trikont, als für den kapitalismus als nicht mehr verwertbar erweisen. was in unseren strassen in gestalt von wegwerfjugendlichen und immer mehr "marginalisierten" sichtbar ist, sind dort ganze wegwerfvölker. ausgepreßt wie eine zitrone werden sie von der kapitalistischen ökonomie einfach weggeschmissen. der prozeß der nationalen befreiung mußte illusionär bleiben, solange nicht die ökonomische befreiung hinzukommt. die welt des weltmarkts ist es bekanntlich nicht. noch fehlt jenes erlösende ökonomische moment für die jetzt-zeit im trikont, welches für marx und seine zeitgenossen der industrialismus war, die erlösung von der dumpf-dummen und armen gesellschaft des feudalismus. der industrialismus wird erlösung nicht mehr sein. in der alten bundesrepublik fuhren 40 millionen autos. übertragen auf die weltbevölkerung wären das zweikommafünf milliarden autos. wäre binnen kurzem der ökologische weltuntergang. vielleicht werden historiker später mal die einführung des fahrrads in cuba als den seinerzeit verkannten beginn einer neuen epoche einschätzen. wie auch immer: die völker im trikont, die "marginalisierten" menschen in den metropolen sind vollkommen auf sich selbst zurückgeworfen. hilfe haben sie von keiner seite zu erwarten. es ist jetzt schon deutlich, daß die kommende epoche eine epoche der sozialen bewegungen sein wird. oder es wird eine epoche sein, in der die, die außer ihrem leben nichts mehr zu verlieren haben, in einer welt der gewalt und barbarei versacken.

weltweit hat sich also die zentralperspektive, aus der heraus wir vor 20 jahren angefangen haben, aufgelöst. das heißt nicht, daß es keinen internationalismus mehr gibt. aber die ära des gesinnungs-, des goodwill's-internationalismus, wo politische und/oder revolutionäre eliten sich - meist nur verbal - über den köpfen und herzen der bevölkerungen zusammenaddieren, ist vorbei und aus. der internationalismus, der "einheit" ist nur aus der bekämpfung eines gemeinsamen gegners, ist gescheitert. die zukunft gehört einem internationalismus der sozialen bewegungen, einer internationale des überlebens im status des auf-sich-selbst-geworfen-seins, ein internationalismus, der vertrauen hervorbringt, insofern er respekt hat vor der differenz, die lokalen, regionalen, nationalen besonderheiten fördert. selbst die sandinisten, die ja nicht gerade doktrinär verbohrt waren, haben die wahlen verloren, weil ihr patria vor allem eines der internationalen politik war, das patria ihrer wähler aber die wasserzufuhr auf dem maisfeld und die geschichte ihres dorfes war.
oder, um es mit marx zu sagen: die menschen machen ihre geschichte selbst, aber sie machen sie nicht aus freien stücken, sondern aus den vorgefundenen bedingungen, aus der überlieferung...

"dies sind die revolutionären ziele der linken: wenn die leute gegessen haben, wenn sie ein bißchen glücklicher sind, wenn wir diese kleine utopie erreicht haben, dann können wir anfangen, mit ihnen über die idee des sozialismus zu diskutieren...
wenn ich aber als ein führer der tupamaros in einen der armen stadtteile gehe und dort mit dem revolutionären subjekt spreche, dann hat dieses subjekt wahrscheinlich keine zähne, dann hat es an diesem tag nichts gegessen, dann gehen seine kinder nicht zur schule, dann weiß er nicht, wo er hilfe finden kann, wenn er krank ist, dann hat er wahrscheinlich keine wohnung mehr und weiß nicht, wo er leben soll - wenn ich mit einem solchen genossen über dieses thema sprechen würde, dann wäre das, als wenn ich ihn nicht mit genügend achtung behandeln würde. und wenn wir mit diesen arbeitern sprechen, mit diesen marginalisierten, mit diesen arbeitslosen, mit diesen frauen, die im elend leben, dann ist diese utopie, über die wir sprechen, keine angelegenheit von 20, 30 oder 50 jahren, sondern von morgen oder übermorgen, dann ist diese utopie: dreimal am tag essen zu können, kinder aufziehen zu können, zu wissen, wenn man krank ist, bekommt man ein bett im krankenhaus und watte und verbandszeug und etwas zu essen. ich glaube, daß man in meinem land für diese utopie kämpfen kann. diese einfachen, fast elementaren dinge stellen für uns eine utopie dar. der kapitalismus in meinem land ist nicht in der lage, diese probleme zu lösen. sie sind ein traum, man braucht dafür eine revolution." huidobro, karlsruhe sommer 91.

die zentralperspektive hat sich auch innerhalb der metropolen aufgelöst. in den 60er und 70er jahren war es für uns ganz 'natürlich', von einer solchen zentralperspektive auszugehen: arbeiterklasse auf der einen seite, bourgeoisie auf der anderen. auch diese welt existiert so nicht mehr. einiges dazu könnt ihr dem gespräch zwischen luis und mir entnehmen, das im dezember-ak abgedruckt ist. will das hier nicht nochmal wiederholen.

wir müssen also umdenken.

ihr haltet das für gefährlich. "wir wissen nicht, von welchem abschluß, welcher periode ihr sprecht." wir haben beim schreiben unserer erklärung vorausgesetzt, daß politisch interessierte menschen, um das mal ganz vorsichtig auszudrücken, mitbekommen haben, daß wir heute in einer grundsätzlich veränderten welt leben als wenige jahre zuvor. ihr seht euch als revolutionäre - wie kann es angehn, daß ihr in unserer heutigen situation nicht wißt, von welcher periode wir sprechen??! wie sollen wir bei einer solchen babylonischen sprachverwirrung jemals zu einer produktiven arbeit kommen?!

ihr schreibt:
"daß eure geschichte von 21 jahren ein fakt ist (und ein politischer faktor), konnten einige von uns aus euren erklärungen auch nicht entnehmen..."

wir schreiben in unserer hs-abbrucherklärung vom 4.10.91:
"wir haben unsere geschichte. nach 21 jahren ist sie einfach ein politischer fakt und es liegt an der anderen seite, ihr anachronistisches militärisches verhältnis dagegen aufzubrechen."

kommentar überflüssig.

zur gefahr des umdenkens, vor dem ihr uns meint warnen zu müssen und dabei zwischen den zeilen nicht ohne abgefeimte denunziationen auskommt, folgendes zitat aus einem brief von jean marc (gefangener aus der action directe) vom 12.11.1991:
"dazu haben wir einen text geschrieben und der 3. teil (schlußfolgerung) handelt von diesem problem. der text 'zur grenze zweier epochen' behauptet, daß die revolutionäre bewegung einer aufgabe und einer politischen forschungsarbeit gegenübersteht, die genau so wichtig ist, wie bei den großen historischen wenden von 1981 (zur vereinfachung), als sie sich mit den marxistischen parteien ausstattete und den ersten gewerkschaften oder 1914, als sie die II.internationale zurückwies... und kräfte wie die kommunistische partei gründete und die III.internationale, ein typ von organisation, der heute in der totalen krise steckt und immer mehr verschwindet."

außer bei euch. das desorganisierte formalkollektiv, für das ihr steht, hat ausgedient, was wir brauchen, sind organisierte einzelkämpfer.

oder, eine stimme aus einer ganz anderen welt:
"nun, ich denke, daß die dringenste aufgabe die der gemeinsamen ausarbeitung von strategien ist, denn wir haben alle große erfahrung damit, solidarität zu geben und bekommen zu haben. auf allen gebieten, und in all diesen jahren. die materielle solidarität, die moralische solidarität, die politische solidarität, die haben wir gegeben und bekommen. man kann alllgemein sagen, daß man das kann und daß diese aufgaben erfüllt werden, aber daß es nicht genügt. nun ist die gemeinsame theoretische arbeit notwendig, die gemeinsame ausarbeitung von strategien. und diese arbeit ist noch nicht gemacht worden."
huidobro auf einer va des lateinamerika-komitees, 29.5.91, uni heidelberg. gerichtet an uns, die europäische linke.
oder:
"die europäische linke kann nicht einfach nur die linke sein, die etwas gibt. geld, solidarität, unterstützung. und die lateinamerikanische linke kann nicht einfach diese solidarität aufnehmen. zwischen diesen beiden linken muß es eine gemeinsame erarbeitung von strategien geben, eine gemeinsame einschätzung. es muß eine gemeinsame diskussion der probleme geben. ich kenne sehr viel, was von europa aus in meinem land getan wird, was dort geholfen wird und ich habe immer den eindruck, daß das zu instrumentell ist.
wir, die tupamaros, haben immer großen wert darauf gelegt, daß unsere genossen von außerhalb an uneren diskussionen teilnehmen, an der theoretischen ausarbeitung unserer dokumente, an der untersuchung der situation, an den gedanken, die man haben kann, an möglichen lösungen darüber wie man unter der gegebenen situation kämpfen muß."

aber all das ist nicht das problem zwischen euch und uns. auch nicht das, wovon ihr im brief schreibt. ihr habt ein falsches interesse.

erlaubt mal eurem vorpolitischen alltagsverstand, mal wieder in aktion zu treten, um zwei und zwei zusammenzuzählen. wir sind gefangene. gefangene sind in ihrer handlungsfähigkeit bekanntlich begrenzt. das ist schließlich der zweck der gefangenschaft. von der freiheit der gefangenen spricht ihr nicht. das wäre das zentrale revolutionäre thema in bezug auf uns. vielleicht überseht ihr, daß gefangenschaft d i e form staatlicher zwangsgewalt ist. für euch scheint es ein naturzustand wie sonne und regen zu sein. ihr schlaumeier stellt uns die rhetorische frage, ob wirs nach 17 jahren im knast nicht mehr aushalten. ich frage zurück - und ich will eine ehrliche antwort - wie haltet ihr es aus, daß dutzende von revolutionären gefangenen seit teilweise zwanzig jahren sich in den händen des brd-imperialismus befinden?
zusammenlegung, nach der ihr euer BÜRO benannt habt, ist wirklich nur eine andere form der gefangenschaft, eine re-form also. sich zwanzig jahre lang im knast den arsch breit sitzen, ist keine revolutionäre tat. euer blick auf uns ist der des voyeurs. ein solidarisches verhältnis ist es nicht.

politische gefangene sind eingesperrt, um sie in ihrer politischen handlungsfähigkeit zu begrenzen. wenn ich mich da nicht täusche, sind da mal irgendwann irgendwelche genossinnen und genossen auf den raffinierten dreh gekommen, die absicht der herrschenden, über die stillegung der politischen gefangenen via knast ihre politik stillzulegen, dadurch zu durchkreuzen, daß sie draußen die stafette übernehmen. ich rede nicht davon, ihr sollt in die illegalität gehen. ein bißchen legale politik würde uns da schon genügen. gründe dazu gibt es gebirgeweise. möglichkeiten dito. ihr attackiert die reformisten. eine einzelne reformistin hat, wie ichs oben schon gesagt hatte, mit ihrer eher bescheidenen, aber wohlüberlegten und gründlich vorbereiteten initiative eine ganze menge ins rollen gebracht. so hat sie zb. euch mobilisiert. was war daran falsch? wenn ihr doch aber revolutionär seid, und noch nicht mal allein, sondern gleich eine ganze gruppe, müßtet ihr doch, ums mal knapp auszudrücken, eine ganz andere dimension politischer wirkung hervorbringen. wäre das so, es wäre uns mit sicherheit nicht verborgen geblieben, wir sind aufmerksame zeitungsleser. welchen sinn hat es denn, wenn ihr revolutionär seid, wenn ihr so gut wie nichts bewirkt?

nachdem wir zweieinhalb jahre nach ende des letzten hs darauf gewartet haben, daß dies geschieht, haben wir uns selbst darum bemüht, die dinge, die in der öffentlichkeit präsent sein müssten, dort reinzubringen. es ist nicht unsere leidenschaft, uns mit bürgerlichen journalisten herumzuschlagen. mensch, wenn ihr tüchtige und solidarische revolutionäre wärt, hättet ihr das doch getan. das ist doch eigentlich euer job, nicht der von gefangenen! aber da wir sehr lange dabei sind, wissen wir: wo immer es veränderungen für uns gegeben hat, ist dem eine lange und zähe öffentlichkeitsarbeit vorausgegangen. ich erinnere daran, was in den 70er jahren mit der kampagne gegen isolationsfolter regional, national und international alles in gang gesetzt wurde. schafft euch den kram ran und studiert das mal, damit ihr eine ahnung bekommt, was es heißt, ein öffentliches kräfteverhältnis aufzubauen. wenn das die leute draußen nicht gemacht hätten, wenn sie sich so verhalten hätten wir ihr, säßen wir noch heute alle in einzelisolation in hochsicherheitstrakten. jetzt, wo wir die sache selbst in die hand genommen haben, ruft ihr verrat. ja, verrat ist es, verrat am wechselbad zwischen eurem verbalradikalismus und eurer initiativlosigkeit.

wenn ihr nicht versteht, was gemeint ist, hängt das vielleicht damit zusammen, daß ihr euch kein eigenes bild gemacht habt. der beweis der wahrheit liegt in der praxis. es gibt menschen und gruppen, die setzen sich konkrete ziele, und im kampf darum schaffen sie sich in die materie hinein und gewinnen in diesem kampf erfahrung und erkenntnis, und so am ende auch einen ziemlich klaren begriff von der situation, um die es geht.

wir haben vor 2 1/2 jahren einen hs abgebrochen, ohne zl in ein oder zwei große gruppen oder eines der teilziele erreicht zu haben. definitive zusagen hat es nicht gegeben. trotzdem war der hs politisch ein erfolg. ihn ausschließlich daran zu messen, ob wir die ein-zwei-zl durchsetzen konnten oder nicht, wäre unpolitisch gedacht. der streik hat zu einer breiten mobilisierung geführt. eine der wichtigeren wirkungen dieser mobilisierung war, daß zum ersten mal in 20 jahren die staatlich-politische einheitsfront risse gezeigt hat.

der begriff 'politische lösung' ging in richtung gesellschaft, nicht in richtung staat. ohne eine breite politische mobilisierung, die zudem perspektivträchtig ist, bleibt die forderung, der staat müsse sich nun endlich zu uns in ein politisches verhältnis setzen, ein wunsch von naiver kindlichkeit. deshalb - der zweite grund neben dem oben geschilderten - die vorstellung einer diskussion mit allen gesellschaftlichen gruppen. dieser vorschlag ist in den anfängen seiner verwirklichung stecken geblieben. wenn sich im lager der politischen klasse zum ersten mal in zwei jahrzehnten zwei tendenzen abzeichneten, dann nicht deshalb, weil die spd plötzlich ihre sympathie für den bew. kampf oder auch nur für die gefangenen entdeckt hätte oder weil da welche ein schlechtes gewissen wegen unseres streiks und unserer haftbedingungen bekommen hätten, sondern weil sie sehen, daß die repressive linie sowohl drinnen wie draußen gescheitert ist. wir leben aber nicht in einer monarchie, wo es von entscheidender bedeutung ist, ob der, der auf dem thron sitzt, ein gutes herz hat oder nicht. die dinge liegen etwas komplizierter. wenn, wie ihr sagt, die situation nicht mehr offen ist (als ob es sowas für revolutionäre jemals gäbe!!) - dann u.a. deshalb, weil wir drinnen und ihr draußen uns damit begnügt haben, in einer etwas moralisch-idealistischen weise auf unsere gegner zu blicken. als ob der mechanismus im gegenwärtigen parlamentarischen system, über den die dinge in bewegung gesetzt werden, ein moralischer sei. kohl und zachert können damit leben, daß sie im angehörigen-info entlarvt werden. die bürgerlichen politiker h a b e n keine moral, sie müssen nur ab und zu auf moralvorstellungen rücksicht nehmen, wenn sie öffentlich unter druck geraten. das pflegen der empörung darüber, daß der staat, dem wir den krieg erklärt haben, seine zusagen, die er uns gegenüber macht, in dem augenblick vergessen hat, wo die mobilisierung aus der öffentlichkeit verschwunden ist, hat etwas rührend naives. das kann man allenfalls mal in einer öffentlichen agitation ansprechen, aber zur grundlage einer nüchternen bestandsaufnahme sollt man es nicht machen. die welt von treu und glaube existiert zwischen erzgegnern nicht.

wenn der hs politisch ein erfolg war, dann deshalb, weil es eine breite öffentliche mobilisierung gab, wenn er den herrschenden konsens teilweise aufbrechen konnte, dann deshalb, weil dem hs eine öffentliche thematisierung, öffentliche kampagnen vorausgegangen sind - wozu ihr in den letzten zwei jahren kaum was getan habt und wovon ihr uns abhalten wollt. da waren die angehörigen - reformisten reinsten wassers - die vor allem im kontext des stammheim-buchs von bakker schut (rechtsanwalt, ebenfalls reformist) unter teilweise unglaublichen strapazen bis ins letzte kuhdorf gefahren sind, um dort veranstaltungen zu machen. auf diese ganz und gar unrevolutionäre weise haben sie tausende von menschen angesprochen, aufmerksam gemacht, sensibilisiert, agitiert. als dann der hs kam, stand die mobilisierung gewissermaßen auf abruf bereit. da gab es andere thematisierungen, die eigentlich gegen uns gedacht waren. angefangen bei der kampagne deutscher herbst 77, ja selbst die aust-sachen (film und buch), die vollmersche dialogkampagne. und auch wenn euch das sicher nicht ins revolutionäre reinheitsgebot paßt, und auch wenn wir uns einig sind über die abzulehnenden ziele der aust, vollmers und co: gerade weil in der öffentlichkeit, vor allem bei den jungen, eine akzeptanz für unseren kampf da war und noch immer da ist, liefen selbst die veranstaltungen von vollmers und jünschke wie aust-buch und -film unterm strich f ü r uns. erinnert euch, welche dreckkübel im zusammenhang der herbst-77-kampagne über uns ausgeschüttet wurden! und trotzdem hatte der hs eine mobilisierung in einer breite wie noch nie. und das war ein großer politischer erfolg, das hätte euch anstoß sein müssen, die sache weiterzutragen. aus dieser positiven erfahrung entstand die idee, ein diskussionsprojekt zwischen drinnen und draußen zu entwickeln. blickt doch mal unter die oberflächenerscheinungen! seht doch die dialektik in den dingen und ihrer entwicklung! während die medien melden, daß 80% der jugendlichen sich von den politikern betrogen und belogen fühlen, empfehlt ihr uns zurückhaltung. wollt ihr das alles den nazis und skins überlassen? nach einer umfrage halten 50% der früheren ddr'ler den sozialismus noch immer für eine gute idee, die nur schlecht verwirklicht worden ist. usw.usf.

eure dramatische einschätzung, daß die situation nicht mehr offen sei, erinnert mich an die situation des weltbankgipfels in berlin. die antiimperialisten hatten die revolutionäre analyse geleistet, daß es richtig ist, zuhause zu bleiben, weil die berliner innenstadt von den bullen überschwemmt sein würde - auf den plätzen und straßen berlins haben tausende, zehntausende unter spontaner teilnahme der berliner bevölkerung tagelang widerstand geleistet und die situation bestimmt.

arbeitet, kämpft, bis ihr an den bereich eurer physischen und psychischen belastbarkeitsgrenzen kommt. so machen wir das seit 17 jahren, und verlaßt euch drauf, wir könnten es auch noch weitere 17 jahre, was euch wohl das liebste wäre. wenn ihr arbeitet und kämpft, habt ihr das recht und die legitimation und die glaubwürdigkeit, uns bestimmte fragen zu stellen. aber ich bin mir sicher, daß ihr diese fragen dann nicht mehr stellen würdet. weil ihr eine ahnung davon hättet, wovon ihr redet. wenn eure beschwörungen der revolution, also eines zustandes, der dermaßen unerträglich ist, daß er umgewälzt werden muß, von euch selbst ernst genommen würden, wärt ihr menschen, die alles einsetzen, um die unerträgliche lage umzuwälzen. in diesem fall bräuchtet ihr die frage, ob wir schon mal was von euch gehört hätten, nicht stellen. in wirklichkeit findet ihr die verhältnisse erträglich. ihr

findet es erträglich, daß die meisten raf-gefangenen seit über einem jahrzehnt im loch sitzen, es ist euch kein gedanke wert, ihr findet es erträglich, daß ihr seit dem aufruf zusammenlegung jetzt den arsch nicht hochgekriegt habt, ein konzept ausgearbeitet habt, wie die zl erreicht werden könnte, eine kampagne entworfen, um die freiheit der gefangenen in der öffentlichkeit zu thematisieren, euch umgetan, wie das 89 in gang gesetzte diskussionsprojekt in fluß kommen kann, zu dieser oder jener frage, lokal, regional, national, international, fragen, die allen linken weltweit unter den nägeln brennen, ein stück lösung erarbeitet habt - ihr findet diesen zustand erträglich, und uns ruft ihr zu: leute, haltet es aus im knast, und nicht vergessen: die forderungen richtig einhalten.

ich schlage euch vor, zu den obigen und anderen themen zu arbeiten und etwas brauchbares auf die beine zu stellen, es wäre eine grundlage, euch ernst nehmen zu können. bis jetzt geht von euch nur die doppelte moral des deutschen spießers aus, der an sich selbst keine anforderungen stellt, an andere aber alle, und wehe, er erfüllt sie nicht!

wenn ihr es nicht schafft, zu den oben genannten punkten oder anderen relevanten etwas sinnvolles auf die beine zu stellen, seid ihr keine revolutionäre. in dem fall würde ich vorschlagen, in eurem infobüro eine suppenküche für die obdachlosen von tübingen aufzumachen. dabei werdet ihr reichhaltige menschliche, soziale und politische erfahrungen sammeln können, und wenn ihr ein herz für die menschen habt, respekt vor anderem, ein sensorium für das leiden und die not, wenn ihr noch ein gefühl für solidarität und gerechtigkeit habt, wenn ihr das leben liebt - dann werden aus euch vielleicht mal gute reformisten.

ihr schreibt, daß ihr diesen brief nur an die gefangenen schickt, ihr habt wohl davon wind bekommen, daß unsere initiative unter den gefangenen umstritten ist und habt euch gedacht, ihr könnt vielleicht die situation nutzen, um ein politisches schnäppchen zu machen.

wir halten nichts von hinterzimmerpolitik. eine unserer forderungen in stockholm war, daß die verhandlungen öffentlich geführt werden. und so will ichs bis ans ende meiner politischen tage halten. wir werden also euren brief zusammen mit unseren antworten veröffentlichen. politik ist was, was grundsätzlich im öffentlichen raum stattzufinden hat.

lutz taufer, gefangener aus der raf

2. Jobber/innentreffen

Am 31.1 fand im "Clash" (Kneipe im Wedding) ein erstes JobberInnentreffen statt (siehe Interim 177). Wir diskutierten, wie wir stagnierenden bzw. sinkenden Löhnen im entgarantierten Bereich und steigenden Lebenshaltungskosten mit selbstorganisierten Initiativen begegnen können. Ein positives Beispiel war der Bericht einer Taxifahrerinüber den erfolgreichen Kampf in ihrem Betrieb, mit dem die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auch für "AushilfsfahrerInnen" durchgesetzt wurde. Wir kamen zu dem Ergebnis, daß wir wegen der Unterschiedlichkeit unserer jeweiligen Situation Initiativen in unserem konkreten Rahmen starten müssen (Es wurde eine Heinzelmännchen-Initiative gebildet...), uns aber als JobberInnen übergreifend organisieren wollen, da nicht zuletzt das Gegeneinander-Ausspielen unserer jeweiligen Arbeitsverhältnisse für unsere miese Situation verantwortlich ist. Eine solche übergreifende JobberInnen- Selbstorganisierung könnte folgende Funktionen haben:

--Koordinierung verschiedener Initiativen

--Anlaufstelle für Leute, die in ihrem Betrieb/ Bereich was machen wollen und dafür Unterstützung/ Rat/Rückkoppelung brauchen.

--Forum für übergreifende Diskussionen und Aktionen/Mobilisierungen

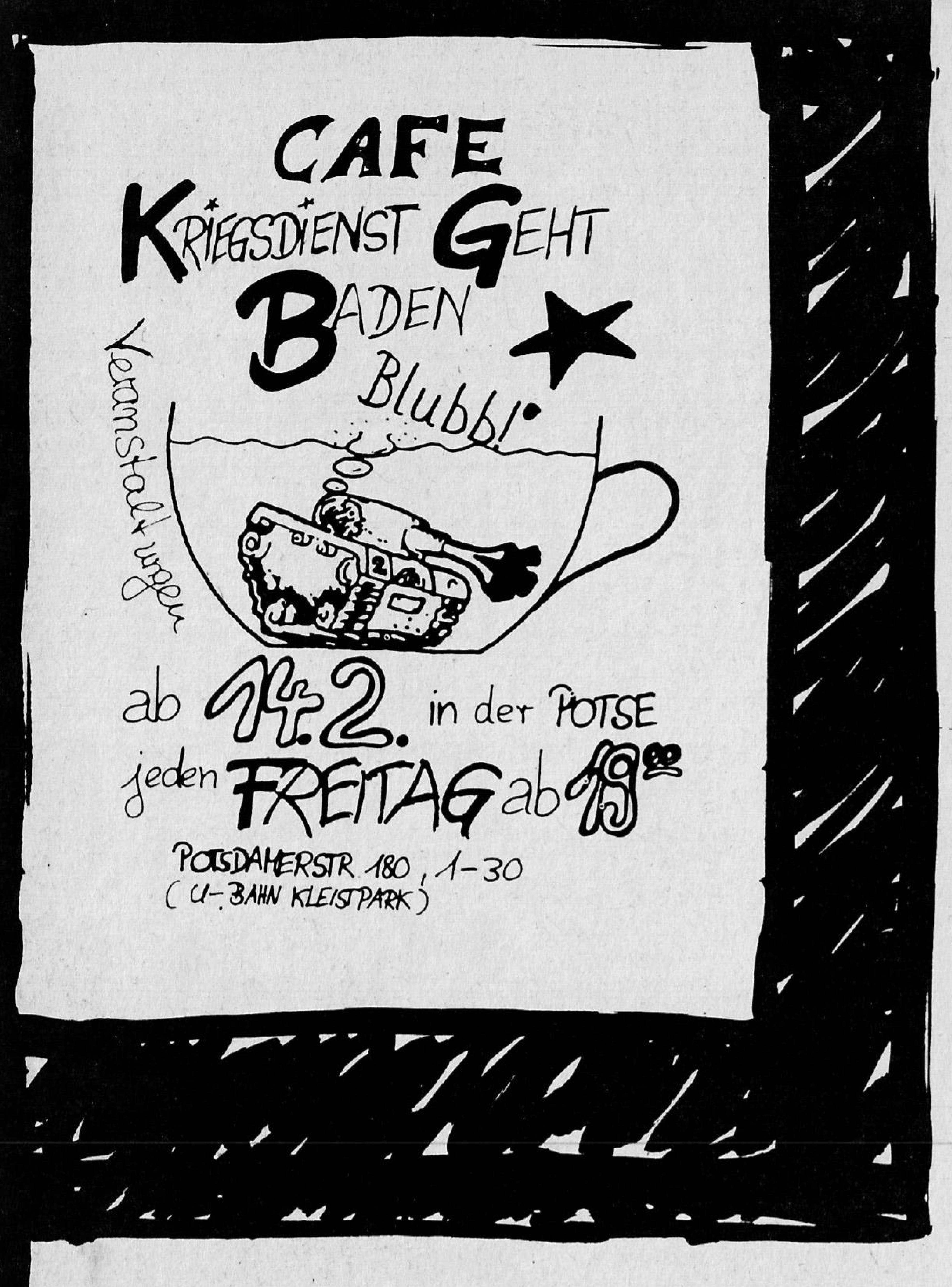
--Schaffung einer JobberInnen- Infrastruktur (Rechtsberatung, Laden o.ä. als ständiger Anlaufpunkt..)

Ziel einer solchen Struktur soll auf jeden Fall sein,über unseren begrenzten (Szene-)Rahmen hinauszugelangen, in möglichst vielen Bereichen der entgarantierten Arbeit präsent zu sei und möglichst für alle JobberInnen zugänglich zu sein.
Das könnten wir z.B. durch Bekanntmachung unserer Treffpunkte etc. in verschiedenen Tageszeitungen, durch gezieltes plakatieren und Flugblattverteilen (bei Sklavenhändlern, Arbeitsamtvermittlungen, Jobbörsen, Klitschen...) erreichen.
Auf dem nächsten Treffen soll auch der technische Rahmen unserer Struktur diskutiert werden. Es gibt biher die Idee einer regelmäßigen (monatlichen ?) offenen JobberInnenversammlung und eines Ladens (brachliegender Stadtteilladen?), der zu bestimmten Zeiten Treff- und Anlaufpunkt sein könnte.

Um diese Vorschläge zu diskutieren und uns an die Umsetzung zu machen, hoffen wir, daß sich noch viele Leute einklinken und ihre Ideen und Erfahrungen aus verschiedenen Bereichen einbringen. Kommt also zahlreich zu unserem nächsten Treffen:

Am Fr. den 21.2 um 19 Uhr im Clash (Uferstr. 13, Wedding;U-Bahnhof Pankstr./ Nauener Platz)

Heinzelmännchen- JobberInnenversammlung am Do, den 20.2.92, um 12 Uhr in Raum L 31 19, Rostlaube(FU),Habelschwerdter Allee 45 (U-Bahn Thielplatz/ Dahlem Dorf) !!!!!





FILM IM EX

Bei jeder sich bietenden Gelegenheit läuft der dreizehnjährige Sascha aus dem Kinderlager davon. Und jeder seiner Fluchtversuche endet damit, daß er sich auf der Polizeistation wiederfindet. Die Beamten bringen ihn dann zurück, wo schon die anderen Heiminsassen auf ihn warten, um ihm die drakonische Strafe zu vergelten, die sie seinetwegen ertragen mußten. Diese dumpfe Routine wird durchbrochen, als Sascha durch Zufall erfährt, in welchem Gefängnis sein Vater sitzt, und sich dorthin aufmacht: quer durch die ganze Sowjetunion zu einem Straflager in Archangelsk am Nordmeer.
Am Ende entwickelt sich sogar so etwas wie eine Beziehung zu seinem Vater und so etwas wie ein Funken Hoffnung auf ein freies Leben.

UdSSR 1989
Regie: Sergej Bodrow
Farbe, 76 Min.

16.2.

FREIHEIT IST EIN PARADIS

Das LAZ hat Platz für Gruppen, die den Laden stundenweise, v.a. abends, mitnutzen wollen (d.h. auch: Miete zahlen, ab und an Plenum).
Bei Interesse bitte kurze, nur Schriftliche Mitteilung ans LAZ, Crellestr. 22, 1/61. Wir melden uns dann bei euch!



TERMINE

Donnerstag, 13.2.
19.30 Uhr Galerie Olga Benario: "Wie der Arbeiter lebt", Video über die Wohn- und Lebensumstände von Proletariern in der Weimarer Republik (Stummfilm, ca 20 min.)und "Marineunruhen", Zeitungsberichte und Dokumentaraufnahmen von der Novemberrevolution in Deutschland (ca 35 min) Ort: Weserstr.5, 1/44

21.00 Uhr Videokino Daneben: Filmreihe Widerstand in den USA: "Have you seen la Nueva Mujer?" Ort: Rigaer Str.84, Friedrichshain

Freitag, 14.2.
18.00 Uhr Potse: Eröffnungsfete des Cafe KGB - Kuchen gegen Bundeshauptstadt Es spielt: Quetschenpaua. Ort: Potsdamer Str. 180, 1/30

21.00 Uhr Videokino Daneben: Lange Monthy-Python-Nacht: "Time Bandits","Ein Fisch namens Wanda", "Das Leben des Brian" Ort: Rigaer Str.84, Friedrichshain

Samstag, 15.2.
21.00 Uhr Videokino Daneben: "Ghosts of the civil Death". Ort: Rigaer Str. 84, Friedrichshain

20.00 Uhr im Rahmen der Ausstellung "100 Jahre Deutscher Rassismus": "Aufenthalt im Widerstand", Film. Ort: Yorkstr.59, HH

Sonntag, 16.2.
20.00Uhr im Rahmen der Ausstellung "100 Jahre Deutscher Rassismus ": "Die Welle",Film. Ort: Yorkstr.59,HH

14.00 Uhr Kiezrundgang zu den Stätten der Novemberrevolution in Kreuzberg und Mitte Mitte. Treffpunkt: Vorm Anhalter Bahnhof, Ruine

20.00 Uhr Film im Ex: "Die Freiheit ist ein Paradies"

Montag, 17.2.
20.00 Uhr im Rahmen der Ausstellung "100 Jahre Deutscher Rassismus ": "Wie andere Neger auch", Film, Ort: Yorkstr. 59, HH

13.00 Uhr Mielke-Prozess, Amtsgericht Moabit, Saal 700

Dienstag, 18.2.
19.30 Galerie Olga Benario: "Zyankali", Spielfilm von Friedrich Wolf über den § 218 während der Weltwirtschaftskrise. Ort: Weserstr.5, 1/44

21.00 Uhr Videokino Daneben: "Unter der Last des Kaffees". Ort: Rigaer Str.84, Friedrichshain

Donnerstag,20.2.
19.00 Uhr Galerie Olga Benario: Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Prof. Jürgen Kuczynski zum Thema: Rätebewegung und Sozialisierungsforderungen, Kapitalismus und SPD

Freitag, 21.2.
19.00 Uhr Clash: 2.JoberInnentreffen Uferstr.13, 1/65
20.30 Ratpub: Info-Filmveranstaltung mit aktuellen Beiträgen und dem Film "Kurdistan: der Krieg geht weiter" - über die Zeit vor und während des Wahlkampfes zu den Parlamentswahlen im Oktober 91. - und Volxküche! Ort: Kastanienallee 86, Prenzelberg

Ausstellungen:
"100 Jahre Deutscher Rassismus", 4.-23.2.,tägl. 16.00-20.00 Uhr Yorkstr.59, Hinterhaus
"Steh auf Arthur, es ist Revolution", Fotoausstellung, Mo-Fr 14-18.00 Uhr, bei Veranstaltungen bis 22.00 Uhr Galerie Olga Benario, Weserstr.5, 1/44

AUSSTELLUNG

YORCKSTR. 59 HH

4.-23. FEBRUAR



100 Jahre deutscher Rassismus

TÄGLICH 16-20 Uhr

FÜR GRUPPEN:
JEDERZEIT TERMINE
NACH VEREINBARUNG
TEL. 786 96 13

U+S YORCKSTR. BUS 119

100 Jahre deutscher Rassismus

Diese Ausstellung ist anläßlich der 50. Wiederkehr des *„Schicksalsjahr 1938"* erarbeiter worden und unternimmt den Versuch, zum ersten Mal den deutschen Rassismus der letzten 100 Jahre in seiner Gesamtheit darzustellen. Es ist ihr Ziel, aufzuweisen, daß Rassismus und Demokratie unvereinbar sind. Wo Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer körperlichen Beschaffenheit die Menschenrechte abgesprochen werden, ist jeder einzelne gefährdet, kann jeder Opfer werden, auch wenn er zunächst nicht einer verfolgten Minderheit oder Volksgruppe angehört und sich konform verhält.

Themen der Ausstellung

1888 - 1913 ***Deutschland über alles***
Allerhöchste und hohe Herrschaften - Schwarze und Gelbe - *Deutsch-Südwest - Germanen und Slawen - Kriminelle - Zigeunerunwesen - Überall stören sie:* Antisemitismus im Kaiserreich - Eugenik - *Wollt ihr solchen Frauen?*

1914 - 1918 ***Gegen eine Welle von Feinden***
Rassich minderwertige Feinde - Kriegsziele - Nibelungenkampf

1918 - 1932 ***Die Zukunft gewinnt, wer die Begriffe prägt.***
Völkische und militärische Vereinigungen - Eugenische und rassenhygienische Vereinigungen - *Dolchstoß - Novemberverbrecher - Schanddiktatur - Judenrepublik - Schwarze Schmach am Rhein - Drohung aus dem Osten: Bolschewikengefahr - Umstrittene Grenze - Ostjudengefahr - Sterbendes Volk - Gegenauslese - Die Last der Kranken und Schwachen - Rassenschande*
Wissenschaft: Baur-Fischer-Lenz - Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie und menschliche Erblehre - Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft - Durchdringung anderer Wissenschaften mit Rasse-Gedanken
Publizistik: Romane - Groschenhefte - Zeitungen - Zeitschriften - Reklame
Politische Reaktionen: Parlamentsdebatten - Gesetze, Verordnungen und Erlasse

Der Volkskörper
Bild - Gegenbild - *Nun wähle!* - Kampf mit Ungeheuern - Raubtiere - Ungeziefer - Dreck wird weggekehrt

1933 - 1945 ***Angewandte Biologie: Aufartung***
Rassenbilanz des deutschen Volkes - Rassenkundliche Meßtechnik - Frauen guter Art - Die richtige Gattenwahl - Das Kreuz der deutschen Mutter

1933 - 1945 ***Angewandte Biologie - Ausmerze***
Diffamierung - Erfassung - Verbot von Ehe- und Liebesbeziehungen - Freiheitsberaubung - Ausplünderung - Körperverletzung - Tötung durch Lebensbedingungen - Mord - Völkermord

1945 - 1988 ***Die deutsche Einheit***
Wie sich die Bilder gleichen - Volksmund und Volksvertreter - Bin ich Rassist?